



# Plenarprotokoll

## 34. Sitzung

Mittwoch, 28. Juni 2006

<b>Nachruf auf den Abgeordneten</b>			
<b>Udo Lumma</b> .....	2348	Dr. Johann Wadephul [CDU].....	2350
		Lothar Hay [SPD].....	2351
<b>Verpflichtung des Abgeordneten</b>		Wolfgang Kubicki [FDP].....	2353
<b>Detlef Matthiessen</b> .....	2348	Anke Spoorendonk [SSW].....	2355, 2360
		Karl-Martin Hentschel [BÜND- NIS 90/DIE GRÜNEN].....	2356
<b>Aktuelle Stunde</b> .....	2349	Günther Hildebrand [FDP].....	2357
		Dr. Ralf Stegner, Innenminister.....	2358, 2361
<b>Kürzung des kommunalen Finanz- ausgleichs und Kompensations- maßnahmen für die Kommunen</b> .....	2349	<b>Angebot für Schulabgängerinnen und -abgänger</b> .....	2362
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2349, 2361	Drucksache 16/851	

Antrag der Fraktionen von CDU und SPD Drucksache 16/889		Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/838	
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2362, 2362, 2373	Beschluss: Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuss.....	2388
Anke Spoorendonk [SSW].....	2362, 2369, 2374	<b>Tätigkeitsbericht der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein bei dem Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages für das Jahr 2005</b> .....	2388
Dr. Johann Wadephul [CDU].....	2364	Drucksache 16/760	
Johannes Callsen [CDU].....	2364, 2375	Torsten Geerds [CDU].....	2388
Anette Langner [SPD].....	2366, 2375	Wolfgang Baasch [SPD].....	2390
Dr. Ekkehard Klug [FDP].....	2367	Dr. Heiner Garg [FDP].....	2391
Jutta Schümann [SPD].....	2372	Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2393
Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2373	Lars Harms [SSW].....	2396
Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2375	Dr. Ralf Stegner, Innenminister....	2397
Bernd Schröder [SPD].....	2376	Beschluss: Überweisung an den Sozialausschuss zur abschließenden Beratung.....	2399
Dr. Heiner Garg [FDP].....	2376	<b>Barrierefreies Fernsehen</b> .....	2399
Dietrich Austermann, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr.....	2377	Bericht der Landesregierung Drucksache 16/773	
Beschluss: 1. Ablehnung des Antrages Drucksache 16/851 2. Annahme des Antrages Drucksache 16/889.....	2379	Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident.....	2399
<b>Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zum Staatsvertrag über das Medienrecht in Hamburg und Schleswig-Holstein (Medienstaatsvertrag HSH)</b> .....	2380	Heike Franzen [CDU].....	2400
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/820		Peter Eichstädt [SPD].....	2401
Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident.....	2380	Dr. Heiner Garg [FDP].....	2403
Wolfgang Kubicki [FDP].....	2381	Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2404
Dr. Johann Wadephul [CDU].....	2382, 2387	Lars Harms [SSW].....	2405
Peter Eichstädt [SPD].....	2383	Beschluss: Überweisung an den Sozialausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss.....	2406
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2385	<b>Tätigkeit des Petitionsausschusses</b> .....	2406
Anke Spoorendonk [SSW].....	2386	a) <b>in der Zeit vom 1. Januar bis 31. März 2005</b> .....	2406
Beschluss: Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuss.....	2388	Drucksache 16/856	
<b>Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Errichtung einer Anstalt öffentlichen Rechts „Offener Kanal Schleswig-Holstein“ (OK-Gesetz)</b> .....	2388	b) <b>in der Zeit vom 1. Juli bis 31. Oktober 2005</b> .....	2406
		Drucksache 16/857	

<b>c) in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 2005</b> .....	2406	Beschluss: 1. Antrag Drucksache 16/843 durch den Bericht des Landtagspräsidenten erledigt	
Drucksache 16/858		2. Überweisung des mündlichen Berichts des Landtagspräsidenten an den Europaausschuss, den Bildungsausschuss, den Wirtschaftsausschuss und den Umwelt- und Agrarausschuss.....	2426
<b>d) in der Zeit vom 1. Januar bis 31. März 2006</b> .....	2406		
Drucksache 16/859			
Berichte des Petitionsausschusses			
Detlef Buder [SPD].....	2406	<b>Auswirkung des Aufstellungsgebotes auf die Geflügelwirtschaft in Schleswig-Holstein</b> .....	2426
Beschluss: Kenntnisnahme der Berichte und Bestätigung der Erledigung der Petitionen.....	2408	Bericht der Landesregierung Drucksache 16/831	
<b>Keine Zustimmung von Schleswig-Holstein zur Elbvertiefung</b> .....	2408	Beschluss: Überweisung an den Umwelt- und Agrarausschuss.....	2426
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN			
Drucksache 16/860			
Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2408, 2417		
Hans-Jörn Arp [CDU].....	2409, 2415		
Thomas Hölck [SPD].....	2411		
Dr. Heiner Garg [FDP].....	2412		
Lars Harms [SSW].....	2413		
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2414	* * * *	
Dr. Christian von Boetticher, Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume.....	2416	<b>Regierungsbank:</b>	
Beschluss: Ablehnung.....	2417	Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident	
<b>Parlamentsforum Südliche Ostsee</b> .....	2417	Dr. Ralf Stegner, Innenminister	
Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW		Dr. Christian von Boetticher, Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume	
Drucksache 16/843		Rainer Wiegard, Finanzminister	
Bekanntmachung des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages		Dietrich Austermann, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr	
Drucksache 16/844		* * * *	
Martin Kayenburg, Landtagspräsident.....	2418, 2425		
Manfred Ritzek [CDU].....	2420		
Astrid Höfs [SPD].....	2421		
Dr. Ekkehard Klug [FDP].....	2422		
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2423		
Anke Spoorendonk [SSW].....	2424		

**Beginn: 10:01 Uhr**

**Präsident Martin Kayenburg:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 14. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtages. Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen und beschlussfähig. Wegen dienstlicher Verpflichtungen auf Bundesebene sind Frau Ministerin Ute Erdsiek-Rave, Frau Ministerin Dr. Gitta Trauer-nicht sowie Herr Minister Uwe Döring beurlaubt.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich)

Am 7. Juni verstarb im Alter von 65 Jahren der ehemalige Abgeordnete des Schleswig-Holsteinischen Landtages, Udo Lumma. Er gehörte dem Parlament in der 9., 10. und 12. Wahlperiode als Mitglied der SPD-Fraktion an. Udo Lumma, in Stargard geboren, war ein bodenständiger, dynamischer und auch geschickter Redner in diesem Haus. Er war fest in seiner neuen Heimat, dem Lauenburgischen, verwurzelt.

Als Kreisvorsitzender von 1971 bis 1982 und Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion von 1974 bis 1990 hat er die Politik im Kreis Herzogtum Lauenburg über nahezu zwei Jahrzehnte maßgeblich mitbestimmt. Im Schleswig-Holsteinischen Landtag brachte sich Udo Lumma mit ganzer Energie insbesondere in der Agrar- und Umweltpolitik sowie in der Innen- und Rechtspolitik ein.

Für seine Verdienste um unser Land wurde ihm die Freiherr-vom-Stein-Medaille verliehen. 1992 wurde er mit dem Verdienstkreuz am Bande geehrt.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag gedenkt Udo Lummas in Dankbarkeit. Unsere Anteilnahme gilt seiner Familie. Ich bitte Sie um ein stilles Gebet. - Sie haben sich zu Ehren des Verstorbenen von Ihren Plätzen erhoben. Ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, der Abgeordnete Klaus Müller hat sein Mandat im Schleswig-Holsteinischen Landtag mit Schreiben vom 16. Juni 2006 niedergelegt.

(Claus Ehlers [CDU]: Das ist aber schade!)

Als Nachfolger hat der Landeswahlleiter Herrn Detlef Matthiessen festgestellt. Herr Matthiessen hat sein Landtagsmandat am 19. Juni 2006 angenommen. Ich bitte Herrn Matthiessen, zur Verpflichtung nach vorn zu kommen. Ich bitte die Anwesenden, sich zu erheben und unterstelle, dass Claus Ehlers dies auch begrüßt.

Herr Abgeordneter Matthiessen, ich spreche Ihnen die Eidesformel vor. Ich bitte Sie, die rechte Hand zu heben und mir nachzusprechen.

(Die Anwesenden erheben sich. - Der Abgeordnete wird nach folgender Eidesformel vereidigt: Ich schwöre, meine Pflichten als Abgeordneter gewissenhaft zu erfüllen, Verfassung und Gesetze zu wahren und dem Lande unbestechlich und ohne Eigennutz zu dienen, so wahr mir Gott helfe.)

Ich gratuliere Ihnen und freue mich auf die Zusammenarbeit. Ich wünsche Ihnen viel Erfolg in Ihrer Arbeit für unser Land und in Ihrer Fraktion.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vielen Dank, Herr Präsident! - Beifall)

Meine Damen und Herren, in den Reihen der Regierungsbank begrüße ich sehr herzlich den neuen Staatssekretär im Ministerium für Justiz, Arbeit und Europa, Herrn Dr. Eberhard Schmidt-Elsaesser.

(Beifall)

Herr Staatssekretär, seien Sie uns im Schleswig-Holsteinischen Landtag herzlich willkommen! Ich freue mich auf eine gute Zusammenarbeit mit Ihnen.

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen eine Aufstellung der im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Der Ältestenrat hat sich verständigt, die Tagesordnung in der ausdrückten Reihenfolge mit folgenden Maßgaben zu behandeln: Zu den Tagesordnungspunkten 4, 5, 10, 11, 14, 15, 17, 21, 25, 28 und 29, 32, 35 bis 37 sowie 39 bis 41 ist eine Aussprache nicht geplant. Von der Tagesordnung abgesetzt werden sollen die Tagesordnungspunkte 12, 44 und 49. Anträge zur Fragestunde liegen nicht vor.

Wann die einzelnen Tagesordnungspunkte aufgerufen werden, ergibt sich aus der Ihnen vorliegenden Übersicht über die Reihenfolge der Beratungen für die 14. Tagung.

Wir werden heute und morgen unter Einschluss einer zweistündigen Mittagspause jeweils längstens bis 18 Uhr tagen. Am Freitag ist eine Mittagspause nicht vorgesehen; das Ende der Sitzung ist für 15 Uhr, 15:30 Uhr zu erwarten. - Ich höre keinen Widerspruch. Dann wird so verfahren.

Meine Damen und Herren, bevor wir in die Tagesordnung eintreten, darf ich auf der Tribüne ganz herzlich die Senioren-Union Bargfeld-Stegen aus dem Kreis Stormarn begrüßen. - Seien Sie uns alle sehr herzlich willkommen!

(Präsident Martin Kayenburg)

(Beifall)

Ich begrüße ganz herzlich unsere ehemaligen Kollegen - soweit ich sie von hier erkennen kann - Poppendiecker, Professor Wiebe und Plüschau. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

### Aktuelle Stunde

#### Kürzung des kommunalen Finanzausgleichs und Kompensationsmaßnahmen für die Kommunen

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Das Wort hat Frau Abgeordnete Monika Heinold.

**Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es geht um drei Fragestellungen: Müssen sich die Kommunen am Sparpaket des Landes beteiligen, ist die Höhe gerechtfertigt und kann es in gleicher Höhe Kompensationen durch Aufgabenentlastungen geben?

Meine Fraktion hat darauf klare Antworten. Erstens. Ja, die Kommunen müssen sich am Sparpaket beteiligen. Das haben wir zu Regierungszeiten gesagt. Das vertreten wir auch heute.

Zweitens. Die Höhe, 120 Millionen €, ist durch nichts gerechtfertigt. Es ist das Dreifache dessen, was Rot-Grün den Kommunen zugemutet hat.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drittens. Es gibt bisher keinen realistischen und gerechneten Vorschlag, wie die 120 Millionen € kompensiert werden können. Deshalb lässt sich schon vor dem Kabinettsbeschluss, der fallen soll, feststellen: Die Kommunen werden in jedem Fall die Verlierer sein. Sie werden die Leistungen für ihre Bürgerinnen und Bürger vor Ort kürzen müssen. Sie werden mehr Schulden aufnehmen müssen. Kindertagesstätten, Schwimmbäder und Büchereien - alle werden unter dieser Entscheidung der großen Koalition leiden.

Meine Fraktion hält es für verantwortungslos, die **soziale Grundversorgung** vor Ort derart zu gefährden. Wer schon heute unter privater Armut leidet, wird morgen die öffentliche Armut deutlicher denn je zu spüren bekommen. Verantwortungslos ist diese Politik aber auch deshalb, weil das **Land** zeitgleich ein neues und schuldenfinanziertes Förderprogramm in Höhe von 100 Millionen € auflegt, den **Schleswig-Holstein-Fonds**. 100 Millionen €

jährlich, die nun komplett von den Kommunen bezahlt werden müssen!

Wie sagte Finanzminister Wiegard so schön im „Wedel-Schulauer Tageblatt“ - ich zitiere -:

„Wenn wir die bei den Kommunen eingesparte Summe verwenden würden, um neue Aufgaben auf Landesebene zu finanzieren, hätten wir verspielt.“

Recht haben Sie, Herr Finanzminister.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

CDU und SPD haben auf ihren Parteitag große Versprechungen abgegeben und beide wissen, dass sie diese Versprechen nicht werden halten könnten. Polizisten und Lehrerinnen haben bereits die Erfahrung gemacht, wie locker die CDU mit ihren Wahlversprechen umgeht. Frei nach dem Motto: „Was schert mich mein Geschwätz von gestern?“, wird der Wortbruch eingestanden. Der nächste wird bereits vorbereitet. Die Kommunen werden spüren, dass das Versprechen der CDU nichts gilt.

Wäre eine **Kompensation** in Höhe von 120 Millionen € rechnerisch darstellbar und politisch gewollt, so hätte der CDU-Parteitag dies längst beschlossen. Stattdessen hat die CDU pauschale Forderungen in ihren Beschluss geschrieben. Der Griff in die kommunale Tasche wird genutzt, um unliebsame Passagen aus dem Koalitionsvertrag zu entfernen.

Von den kommunalen Gleichstellungsbeauftragten über die Mitbestimmung bis zum Bildungsurlaub - alles, was die CDU schon immer als störend empfunden hat, soll nun entsorgt werden. Sogar die pädagogischen Standards in den Kindertagesstätten sollen fallen. Die CDU hat auch drei Jahre nach PISA noch nicht begriffen, dass der vorschulische Bereich den Grundstein für eine gute Bildungspolitik in unserem Land legt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Während die CDU im sozialen und ökologischen Bereich Kahlschläge fordert und vorbereitet, scheut sie eine tief greifende **Verwaltungsreform**, welche tatsächlich Verwaltungskosten im Land und in der Kommune einsparen würde. Aus Angst vor Ihren Kommunalfürsten, meine Damen und Herren, verweigern Sie sich einer Gebietsreform.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Stattdessen wollen Sie die Familien schröpfen, höhere Kindergartenbeiträge und zusätzliche Kosten für die Schülerbeförderung. Das werden die Eltern sehr schnell im Portemonnaie spüren.

(Monika Heinold)

Die Parteitagsbeschlüsse von CDU und SPD passen nicht zusammen. Der Parteitagsbeschluss der SPD ist von einer 100-prozentigen Kompensation für die Kommunen weit entfernt. Das aber hat die CDU ihren Kommunalpolitikern fest versprochen.

Meine Damen und Herren, ob Sie 40 Millionen € aus dem kommunalen Finanzausgleich herausnehmen oder ob Sie diese erst gar nicht hineintun - es läuft aufs Gleiche hinaus. Deshalb ist der Vorschlag der CDU, prognostizierte Steuereinnahmen nicht weiterzureichen, Augenwischerei. Dies bedeutet also eine Entnahme aus dem **kommunalen Finanzausgleich** ohne eine Gegenleistung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Vertrauen der Kommunen in die Landesregierung ist tief erschüttert. Der Finanzausschussvorsitzende des Kreises Dithmarschen drückte dieses recht drastisch aus - ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten -: „Es ist eine Sauerei, was die Landesregierung mit uns macht.“ - So formulierte es Peter Schoof von der CDU. - Meine Damen und Herren von der Regierungskoalition, was bleibt da noch zu ergänzen?

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Martin Kayenburg:**

Das Zitat beziehungsweise die Frage nach seiner Genehmigung, liebe Kolleginnen und Kollegen, geben mir Gelegenheit, darauf hinzuweisen, dass nach § 32 Abs. 8 die Redezeiten zwar fünf Minuten betragen dürfen, dass vorbereitete Reden aber nicht gehalten werden sollen. Ich bitte, dies zu beachten.

(Beifall bei CDU und SPD - Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nun wollen wir einmal sehen, wie Sie alle frei extemporieren!)

Nunmehr erteile ich dem Fraktionsvorsitzenden der CDU, Herrn Abgeordneten Dr. Johann Wadephul, das Wort.

(Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was ist das für ein Zettel?)

- Der Zettel ist der Antrag. Das sehe ich von hier oben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

**Dr. Johann Wadephul [CDU]:**

Herr Präsident, herzlichen Dank für die Hilfestellung! - Ich habe mir hier in der Tat, Frau Kollegin Birk, fünf Worte aufgeschrieben. Wenn das Ihre Billigung finden könnte, wäre das sehr freundlich.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Kollegin Heinold hat eine Sache vorausgesetzt, die in diesem Haus überhaupt nicht selbstverständlich war, jedoch für die große Koalition von entscheidender Bedeutung ist: Wir machen in einer katastrophalen Finanzlage des Landes Ernst mit dem Sparen.

Wir sind im vergangenen Jahr, als wir parallel zum Haushaltsplan 2006 eine Entschließung mit den drei Worten Sparen, Investieren und Reformieren hier vorgelegt haben, von dem einen oder der anderen etwas ungläubig angeschaut worden und es ist bezweifelt worden, ob wir damit Ernst machen. Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Koalition macht Ernst mit dem Sparen, wird Ernst machen mit dem Investieren und wird Ernst machen mit dem Reformieren unseres Landes!

(Beifall bei CDU und SPD)

Wir sind jetzt am Anfang. Viele Reformvorhaben befinden sich in der parlamentarischen Beratung und wir stehen vor der ersten großen Hürde,

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Sonntag!)

dass wir nämlich das Sparen in die Wirklichkeit umsetzen. Dass es schwierig ist, so etwas - im Gegensatz zur Politik vergangener Jahrzehnte, als man mit Schecks durch das Land gezogen ist und neue Sachen versprochen hat - praktisch durchzuführen, ist völlig klar.

Ich sage Ihnen eines: Frau Heinold hat hier ausgeführt, der Eingriff in den **kommunalen Finanzausgleich** sei dreimal so groß, wie er es in den Jahren 2000 bis 2004 gewesen sei.

(Lothar Hay [SPD]: Das ist genau richtig!)

Das Entscheidende, meine sehr verehrten Damen und Herren, dabei ist: Die **Neuverschuldung** des Landes hat sich verdreifacht und dafür tragen Sie die Verantwortung, Frau Heinold. Wir reparieren das, was Sie angerichtet haben. Das ist unsere Aufgabe.

(Beifall bei der CDU)

Dieser Aufgabe stellen wir uns und wir sind froh, dass es uns gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen der sozialdemokratischen Fraktion in diesem Haus gelingt, was insgesamt nicht leicht ist, und wir ringen auch noch über manche Inhalte.

Ich gestehe ein, dass wir die Aufgabe an der Stelle unterschätzt haben. Als wir das Parteiprogramm formuliert haben, hatten wir die Lage nicht richtig erkannt. Eines sage ich allerdings: Ich bin zwar

(Dr. Johann Wadehul)

überzeugter Parteipolitiker und trage Verantwortung für unser Wahlprogramm, aber für mich und für meine Fraktion steht die **Verfassungsmäßigkeit** unseres Haushaltes vor Parteiprogrammen. Wir haben eine Verantwortung für dieses Land und diese nehmen wir wahr.

(Beifall bei der CDU - Wolfgang Kubicki  
[FDP]: Wann denn?)

Deswegen müssen wir an dieser Aufgabe alle beteiligen und dies gilt auch in Richtung Kommunen. Natürlich müssen wir die **Kommunen** daran beteiligen. Denn 1 Milliarde € von diesen 8 Milliarden € geht an die Kommunen. Das Sparvorhaben wird nur dann gelingen, wenn wir alle beteiligen. Insofern ist jeder unseriös, der auch nur den Eindruck erweckt, Frau Heinold, man könne die Kommunen von dieser Sparoperation ausnehmen.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das habe ich nicht gesagt!)

Das wird nicht gehen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Auch meinen Parteifreunden auf kommunaler Ebene sage ich: Das, was wir hier machen, machen wir in einer Verantwortung gegenüber dem Land und insbesondere gegenüber zukünftigen Generationen. Ich bin nicht bereit, mich dafür zu entschuldigen, dass ich meinen Kindern nicht mehr Schulden hinterlassen will. Dafür werde ich mich nicht entschuldigen. Das ist meine Verantwortung. Das ist unsere Verantwortung und die nehmen wir wahr, meine sehr verehrten Damen und Herren. Sparen ist eine Zukunftsaufgabe.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen sind all diejenigen, die davon Abstriche machen wollen, aufgefordert zu sagen, wie sie es anders machen wollen.

Heute lese ich eine Zahl der Grünen. Wie Sie auf diese Zahl kommen, haben Sie uns gerade nicht erklären können. Das müssen Sie auch nicht weiter erklären. Denn ich halte die Zahl für eine Luftnummer.

Eines sage ich Ihnen allerdings: Jeder, der hier weniger machen will, ist aufgefordert zu sagen, wo sonst an anderer Stelle dieses Geld eingespart werden soll. - Oder Sie müssen den Bürgerinnen und Bürgern ehrlicher Weise sagen, dass Sie mit der alten Schuldenpolitik weitermachen wollen, Frau Heinold. Statt Ihrer ewigen Kritik an dem, was hier von den Regierungsfractionen vorgeschlagen wird,

erwarten wir von Ihnen endlich eine Alternative. Wir haben wieder keine Alternative gehört.

(Beifall bei CDU und SPD)

Zur Frage der **Kompensation**! Hier werden wir noch miteinander ringen.

(Lothar Hay [SPD]: Das ist wahr!)

Das ist auch notwendig.

Einen Punkt - darauf hat Herr Hay schon verwiesen - möchte ich in Erinnerung rufen: Wir haben eine vergleichbare Debatte in 2000 geführt und da haben die Sozialdemokraten ähnliche Kompensationsvorschläge in die Diskussion gebracht, die wir heute nachhaltig unterstützen. Damals waren die Grünen die Bremsen, die das verhindert haben, die also den Kommunen die Entlastung nicht ermöglicht haben. Dieser grüne Bremsklotz ist jetzt weg und deswegen bin ich guter Dinge, dass wir die Kompensation erreichen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

**Präsident Martin Kayenburg:**

Für die Fraktion der SPD erteile ich das Wort dem Fraktionsvorsitzenden, dem Herrn Abgeordneten Lothar Hay.

**Lothar Hay [SPD]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die SPD-Fraktion und die SPD des Landes haben sich den Eingriff in den **kommunalen Finanzausgleich** in Höhe von 120 Millionen € nicht leicht gemacht. Wir haben einmal die Erfahrung des Jahres 1998 - Frau Heinold, zwischen 1998 und 2006 liegen, wenn ich richtig rechne, acht Jahre -, wissen aber auch, dass die Finanzlage vieler **Kommunen** des Landes ebenfalls nicht rosig ist. Sie ist vergleichbar mit dem, was wir auf Landesebene haben. Wenn wir die Kürzung trotzdem mittragen, dann aus der Erkenntnis, dass es ohne ein Vorschreiten auf dem Weg der **Haushaltskonsolidierung** in dieser Legislaturperiode noch den so genannten Haushaltsnotstand geben kann. Auf die Auswirkung einer **Haushaltsnotlage** will ich an dieser Stelle nicht eingehen. Man kann im Saarland, in Bremen und in Berlin feststellen, was das bedeutet. Zu dem Weg der Haushaltskonsolidierung gibt es aus Sicht der SPD keine Alternative. Deshalb werden wir diesen Weg konsequent vorschreiten.

(Beifall bei SPD und CDU)

Der Landesparteitag der SPD hat dem Eingriff in den kommunalen Finanzausgleich und den Kürzun-

(Lothar Hay)

gen im **Personalbereich** mit Mehrheit zugestimmt. Wir mussten diesen Landesparteitag deshalb durchführen, weil das im Widerspruch zum **Koalitionsvertrag** stand. Weil wir die Finanzlage der Kommunen kennen, sind wir auf dem Weg, nach Kompensationen und Ausgleich auf anderen Feldern zu suchen. Eine Vollkompensation des Eingriffes halten wir für nicht realisierbar. Das müssen wir an dieser Stelle auch deutlich sagen.

Die **Kommunen** werden aber durch **Maßnahmen des Landes** auch entlastet. Da ist einmal die Kürzung bei den Sonderzuwendungen, da ist die Erhöhung der Mehrwertsteuer, die zu einer Reduzierung der Belastungen aus der Arbeitslosenversicherung beiträgt, und da sind angekündigte Maßnahmen wie zum Beispiel die Streichung des Vorwegabzuges ÖPNV und Wegfall der Dynamisierung im kommunalen Finanzausgleich. Daneben muss es noch eine weitere Vielzahl von kleineren Maßnahmen geben nach dem Motto „Kleinvieh bringt auch Geld“. In der Presse ist schon der Wegfall der Grünordnungspläne genannt worden, auch der Wegfall einer Verpflichtung zu einer jährlichen Einwohnerversammlung. Das ist nur eine kleine Maßnahme, trägt aber dazu bei, insgesamt einen Ausgleich auszuweisen.

An dieser Stelle möchte ich noch einmal auf den so genannten Schlie-Bericht hinweisen. Ich erwarte, dass wir bis Ende des Jahres konkret entscheiden können, welche der Maßnahmen im **Schlie-Bericht** umgesetzt werden und zu einer Entlastung auf kommunaler Ebene beitragen. Dazu fordere ich die kommunalen Landesverbände auf, uns endlich belastbare Zahlen, was Personalbereich und Sachkosten betrifft, vorzulegen.

(Beifall bei der SPD)

Ein weiterer Punkt ist die angekündigte **Verwaltungsstrukturreform** im Bereich der **Ämter**, untermauert durch Berechnungen des Landesrechnungshofes. Wir werden mehr Ämterzusammenschlüsse haben, als ursprünglich erwartet. Das wird ebenfalls entscheidend zu einer Kostenreduzierung auf kommunaler Ebene beitragen, zwar nicht sofort zum 1. Januar 2007, aber in den Folgejahren ab 2008 und 2009. Das Thema **kommunale Verwaltungsregionen** haben wir hier ebenfalls schon mehrfach diskutiert. Das wird bei einer Bündelung von Aufgaben, auch von Aufgaben der Kreisebene, die in die kommunalen Verwaltungsregionen hineingehen, zu einer Kostenentlastung der kommunalen Ebene beitragen.

Ein weiterer Punkt ist in diesem Zusammenhang die Wasserwirtschaft. Da kann man sich sogar auf die Urheberschaft des Landkreistages berufen. Der

Landkreistag hat gesagt: Übertrag uns die **Aufgaben der Wasserwirtschaft**, das trägt zu einer Kostenreduzierung von 10 Millionen € bei. Diesen Weg wollen wir natürlich auch konsequent gehen.

Bei all diesen Maßnahmen der Entlastung, des Ausgleichs, der Kompensation auf kommunaler Ebene müssen wir natürlich sehen, dass diese Wirkungen gleichermaßen im ländlichen Bereich wie auch in den Ballungsräumen zu merken sind. Außerdem - lassen Sie mich das an dieser Stelle sagen, weil es auch im Koalitionsvertrag steht - muss auch die Aufgabe angegangen werden, die Unwuchten der Finanzsituation innerhalb der kommunalen Familie abzuschwächen. Das ist eine weitere große Aufgabe, die wir noch vor uns haben.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Frau Heino hat schon auf den Schleswig-Holstein-Fonds hingewiesen. Der **Schleswig-Holstein-Fonds** ist die Zusammenfassung wichtiger investiver Vorhaben und ich gehe davon aus, dass die Regierung den Beschluss fassen wird, dass in erster Linie der Schleswig-Holstein-Fonds einen Vorrang für **kommunale Investitionen** erhält. Das ist die richtige Antwort auf das, was wir im Augenblick für notwendig halten.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und CDU)

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch einmal darauf hinweisen, es gibt natürlich auch Dinge, die mit den Sozialdemokraten nicht machbar sind, und es hilft auch nichts, sie zu verschweigen. Ein **Abbau von Standards** in den Kindertagesstätten wäre das Gegenstück zu dem, was wir gesagt haben: Bildungsauftrag, Kindertagesstätten, Ergebnisse der PISA-Studie. Das ist nicht machbar.

(Beifall bei der SPD)

Eine Einschränkung der Mitbestimmung gibt es nicht, keine weitere Einschränkung der Gleichstellungsarbeit. Wir haben schon **Einschränkungen** zugelassen. Keine Einschränkung der Beteiligung der Rechte junger Menschen, keine vollständige Streichung der Übernahme der Schülerbeförderungskosten, keine Abschaffung des Berufsbildungs- und Berufsqualifizierungsgesetzes. Das sind die Punkte, wo es um sozialdemokratisches Herzblut geht. Das ist der Ehrlichkeit halber und offen gesagt der Punkt, wo wir Schwierigkeiten haben.

Zwei letzte Bemerkungen! Es gibt Risiken, die wir nicht oder nicht direkt beeinflussen können, so die **Föderalismusreform** und die nächste Stufe der **Unternehmensteuerreform**. Wir können uns einfach keinen Staat mit sinkenden Einnahmen leisten.

(Lothar Hay)

Wir brauchen auf allen Ebenen des Staates ausreichende Steuereinnahmen zur Finanzierung der notwendigen Aufgaben, also keine weiteren Steuersenkungen, sondern eine ausreichende Finanzierung. Das ist der richtige Weg, damit wir die Aufgaben der Zukunft bewältigen können.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Martin Kayenburg:**

Für die Fraktion der FDP erteile ich das Wort dem Oppositionsführer, dem Fraktionsvorsitzenden der FDP, Herrn Abgeordneten Kubicki.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mir ist nach wie vor der Sinn dieser Aktuellen Stunde nicht ganz klar, weil das Thema, über das wir uns unterhalten, schon mehrfach debattiert worden ist, weil vor allen Dingen das, was die Regierung uns vorlegen muss, nämlich die Conclusio aus den Parteitagsbeschlüssen von CDU und SPD, nicht vorhanden ist und für mich auch noch nicht absehbar ist.

(Zuruf der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Frau Birk, im Gegensatz zu Ihnen wehre ich mich immer vehement dagegen, Parteiprogramme oder Parteitagsbeschlüsse im Schleswig-Holsteinischen Landtag einer intensiven Erörterung zuzuführen, weil das keine Regierungspolitik ist. Die wird im Kabinett festgelegt.

(Beifall bei der FDP)

Der Landtag ist kein größerer Parteitag, sondern eine Veranstaltung, die sich intensiv mit dem beschäftigten muss, was das Land tatsächlich bewegen wird. Ich bin gespannt, wie die Conclusio aussehen wird, genauso wie ich mit großen Kinderaugen die Redebeiträge des Kollegen Wadephul immer wieder zur Kenntnis nehme, der so tut, als seien die Grünen - ich habe dafür viel Verständnis, Herr Kollege Wadephul - an der Finanzmisere des Landes Schleswig-Holstein ausschließlich beteiligt und dafür verantwortlich. Ich würde mich freuen, wenn der Ministerpräsident unseres Landes einmal den Mut finden würde - und er gilt ja als gelegentlich mutig -, genau das Gleiche zu sagen, was Angela Merkel gesagt hat: Nicht nur die Bundesrepublik Deutschland ist ein Sanierungsfall, sondern auch Schleswig-Holstein ist ein Sanierungsfall. Diesen Sanierungsfall haben wesentlich die Sozialdemokraten herbeigeführt.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

- Aber die Deckungslücke, Kollege Neugebauer, ist doch nicht vom Himmel gefallen. Die ist doch durch Politik entstanden. Die wollen Sie durch Politik beseitigen, also ist sie auch durch Politik entstanden.

(Beifall bei der FDP)

Alles das, was Sie jetzt an **Sparvorschlägen** machen, hätten Rot-Grün oder auch Rot allein schon viel früher machen können und damit dem Land erhebliche Beträge einsparen können, die jetzt andere bezahlen sollen.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

- Herr Kollege Neugebauer, ich bin gern bereit, die Zusammenfassung der Redebeiträge des Abgeordneten Kubicki einmal gebunden dem Kollegen Neugebauer zur Verfügung zu stellen,

(Zurufe: Oh, oh!)

weil er offensichtlich unter partieller Amnesie leidet.

Wir haben mitgeteilt, genauso wie der Rechnungshof, dass die **Entbeamtungspolitik** des Landes Schleswig-Holstein isoliert das Land Schleswig-Holstein ziemlich teuer zu stehen kommen würde. Das ist der Fall. Wir haben damit über 150 Millionen € nutzlos ausgegeben, die aus der Landeskasse verschwunden sind, ohne dass Sie einen positiven Effekt für die Pensionslasten der Zukunft erreicht haben. Herr Wiegard, Sie waren damals, wie ich sehe, mit mir einer Meinung. Das Nicken ordne ich jetzt der frühen Stunde zu, nicht der Koalitionsräson.

Wir haben damals gesagt, bei all den **Veräußerungen**, die wir gemacht haben, hat das Land Schleswig-Holstein aus politischer Rason möglicherweise gegenüber dem sozialdemokratischen Land Nordrhein-Westfalen immer draufgezahlt, jedenfalls nicht die Preise erzielt, die wir hätten erzielen können. Ich freue mich über die Rendite, die die WestLB jetzt für den Landesbankanteil aus Schleswig-Holstein erhält, aber, Herr Kollege Neugebauer, die Rendite hätte auch das Land Schleswig-Holstein einstreichen können. Ich erinnere einmal an die Debattenbeiträge des Jahres 2000,

(Beifall bei der FDP)

wo wir vorgeschlagen hatten, wie man das machen kann, damit das Geld nicht nach Nordrhein-Westfalen abfließt, sondern in Schleswig-Holstein bleibt.

(Wolfgang Kubicki)

Sie haben nachweislich Verantwortung dafür, dass knapp 1 Milliarde € - das haben wir aufgelistet - dem Land Schleswig-Holstein entgangen ist, die wir kreditfinanzieren mussten und nicht für Ausgaben ausgeben konnten, die in Schleswig-Holstein eine große Rolle gespielt hätte. Rechnen Sie einmal die Zinsen hoch, dann haben Sie einen Betrag, der die Einsparungen auf der Beamtenseite voll kompensieren würde!

(Zuruf von der SPD)

- Herr Kollege Neugebauer, Sie sind verantwortlich gewesen für 17 Jahre Politik in Schleswig-Holstein. Sie müssen dazu endlich einmal stehen. Es ist für mich kein Wunder, dass die große Koalition Schwierigkeiten hat, auf einen vernünftigen Sparkurs zu kommen, weil Sie nicht dazu stehen wollen, dass saniert werden muss, weil Sie sagen, Sie tragen keine Verantwortung für die Situation, in der wir uns befinden.

(Günter Neugebauer [SPD]: Sie haben doch jeden einzelnen Sparvorschlag abgelehnt!)

- Herr Kollege Neugebauer, wir hätten grundsätzlich eine andere Politik betrieben und wenn der Kollege Hay, wie ich meine zutreffend, anmahnt, dass aus dem **Schlie-Bericht** etwas herauskommen muss, dann fragen wir uns: Warum ist da bisher nichts herausgekommen?

(Beifall bei der FDP)

Was ist denn an konkreten Maßnahmen beim Bürokratieabbau auf Landesebene bisher geschehen? Warum ist das Naturschutzgesetz, das reformiert werden muss, noch nicht reformiert worden? Wir haben beispielsweise bei den Grünordnungsplänen schon einen Teil, wo man feststellen kann, dass auch die Sozialdemokraten glauben, dass bestimmte Mittel der Vergangenheit sich als nicht sinnvoll erwiesen haben. Warum ist das Naturschutzgesetz noch nicht reformiert worden? Jeder Tag, den wir an Zeit verlieren, kostet Geld. Das Geld, das Sie verplempern, holen Sie sich bei anderen. Ich kann die Kommunen verstehen, wenn sie fragen: Warum müssen wir für eine verfehlte Politik auf Landesebene zahlen?

Solche Aspekte müssen wir folglich ernst nehmen. Den ehemaligen Finanzminister kann ich allerdings nicht mehr ernst nehmen. Er hat den Haushalt 2005 ja dadurch schöngerechnet, dass er **Steuereinnahmen** prognostiziert hat, von denen wir damals schon gesagt haben, dass sie gar nicht entstehen können, weil sie oberhalb der Prognose lagen, die der Sachverständigenrat abgegeben hatte, und auch oberhalb dessen lagen, was im Rahmen der gemein-

samen Steuerschätzung vorausgesagt wurde. Mich würde wirklich interessieren, wenn man beim **kommunalen Finanzausgleich** 10 % von der Masse wegnehmen will - man nimmt ja 10 % weg -, welche Sparbeiträge in entsprechender Größenordnung, also in der Größenordnung von 10 %, das Land leisten kann. - Herr Kollege Wiegard, das wären ungefähr 700 Millionen €!

(Beifall bei der FDP)

Diese Sparbeiträge müssten geleistet werden, wenn man es damit ernst meint, dass man die Kommunen in gleicher Weise beteiligen will, wie das Land beteiligt werden soll. Darauf warte ich noch. Ich warte noch bis Sonntag. Ich kann mir nicht vorstellen, dass durch die bisherigen Maßnahmen die entsprechende Kompensation erreicht werden kann.

Eines gebe ich aber zu bedenken - darüber muss man sehr intensiv nachdenken, wenn man die Verfassung ernst nimmt -: Ich habe von dem Kollegen Wadephul ja gehört, dass er die **Verfassung** ernst nimmt. Bis 2010 wird er das vielleicht nicht so richtig tun, aber danach dann so richtig toll. In unserer Verfassung ist das **Konnexitätsprinzip** verankert. Der Gedanke des Konnexitätsprinzips hat zwei Seiten, eine positive Seite und eine negative Seite. Es beinhaltet: Wenn das Land Aufgaben überträgt, muss es dafür einen entsprechenden finanziellen Ausgleich leisten. Die Renditen beziehungsweise Effizienzsteigerungen können geteilt oder vom Land einbehalten werden. Wenn das Land aber den **kommunalen Finanzausgleich** kürzt, gibt es die verfassungsrechtliche Verpflichtung, in gleicher Weise eine finanzielle **Entlastung durch kompensatorische Maßnahmen** herbeizuführen.

Der Kollege Astrup, der ja juristisch genial gebildet ist, sagt, das sei wieder falsch. Wahrscheinlich ist das der Grund, Herr Kollege Astrup, warum Sie in der Verhandlungskommission nicht mehr vertreten sind. Die spannende Frage ist, ob man diese Maßnahmen nicht nur beschließen muss, sondern den Kommunen auch exakt vorrechnen, nicht nur hinrechnen muss, Herr Minister, ob die Kompensationsmaßnahmen zu einer entsprechenden Entlastung führen. Sonst kann das Konnexitätsprinzip immer wieder dadurch ausgehöhlt werden, dass man in die Finanzausgleichsmasse eingreift, anschließend Landesaufgaben überträgt und das, was man aus der Finanzausgleichsmasse herausgeholt hat, den Kommunen wieder zurückgibt. Dann ist das Konnexitätsprinzip nichts mehr wert.

(Beifall bei der FDP)

Das ist - auch juristisch - eine sehr spannende Frage.

(Wolfgang Kubicki)

(Beifall bei der FDP)

**Präsident Martin Kayenburg:**

Für die Abgeordneten des SSW erteile ich der Vorsitzenden, der Frau Abgeordneten Anke Spoorendonk, das Wort.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es wäre schon interessant, auf den Beitrag des Kollegen Kubicki näher einzugehen. Herr Kollege Kubicki, ich muss sagen, ein bisschen mehr Demut wäre schon angebracht.

(Beifall bei SSW, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [FDP]: Demut gegenüber wem?)

- Insgesamt dem Thema gegenüber, lieber Herr Kollege. - Es ist ja so, dass es in den letzten zehn Jahren immer wieder Sparbestrebungen gegeben hat, dass es immer wieder Kürzungen gegeben hat. Dass wir in diesem Landtag insgesamt aber nicht weitergekommen sind, liegt daran, dass wir immer wieder jene festgefahrenen Rituale gehabt haben: Die Regierungsparteien schlagen etwas vor und die Opposition ist dagegen. - Es hat niemals den Versuch gegeben, ein Konzept zu entwickeln, das über eine Legislaturperiode hinaus zum Tragen kommen kann.

(Beifall beim SSW)

Darum sage ich: Die Situation, die wir heute haben, ist natürlich nicht erst jetzt entstanden. Das ist richtig. Richtig ist auch, dass die Schuldenlage des Landes sozusagen nicht vom Himmel gefallen ist, sondern durch politische Entscheidungen zustande gekommen ist. Im Finanzausschuss hatten wir jüngst das Vergnügen, uns über Zinsderivate zu informieren. Es wurde deutlich, dass die **Belastung** des Landes - ich nenne das Stichwort Steuerreform auf Bundesebene - maßgeblich nach 2001 zustande gekommen ist. Die Belastung des Landes ist also das Ergebnis von politischen Entscheidungen. Das muss man, wie ich denke, immer klar sagen.

Man muss auch klar sagen, dass die Situation im letzten Jahr nicht anders war als in diesem Jahr. Von den Kommunen ist ja zu Recht angeprangert worden, dass in der **Koalitionsvereinbarung** nichts über einen möglichen Eingriff in den **kommunalen Finanzausgleich** steht. Es wäre redlich gewesen, etwas im Hinblick auf einen solchen Eingriff zu sagen. Man hätte dann eventuell auch schon im letzten Jahr Gespräche mit den Kommunen führen kön-

nen. Diese Gespräche haben meines Wissens nicht stattgefunden.

Wenn jetzt gesagt wird, es müssten zweimal 120 Millionen € eingespart werden, handelt es sich dabei um eine politisch festgesetzte Summe, die nichts mit der Finanzlage der Kommunen zu tun hat. Diese Summe lässt sich nicht nachvollziehen. Diese Summe lässt sich nicht aus der aktuellen **Finanzlage der Kommunen** herleiten.

Darum sage ich noch einmal: Wir haben es mit einer Situation zu tun, die wieder einmal typisch ist. Im letzten Jahr hatten wir einen Haushalt, in dem alle noch einmal glimpflich davongekommen sind. Jetzt bekommen wir einen Haushalt, bei dem sozusagen ordentlich hineingehauen wird. Ich gehe jede Wette ein, dass der nächste Doppelhaushalt schon sehr viel sanfter sein wird, denn dann ist die nächste Landtagswahl in Sicht. Wir registrieren also **zyklische Bestrebungen**. Wenn wir weiterkommen wollen, müssen wir von diesen zyklischen Bestrebungen wegkommen. Aus Sicht des SSW ist ein Konzept, eine Planung erforderlich, welche auf zehn oder 15 Jahre ausgerichtet ist. Es bringt nichts, einfach nur massiv bei den **freiwilligen Leistungen** zu kürzen. Das hilft uns nicht weiter.

Natürlich können wir den Haushalt unseres Landes auch nicht allein sanieren. Wir hängen so oder so jetzt schon am Tropf der Bundespolitik. Wir müssen auf **Bundesebene** andere Rahmenbedingungen haben. Unser Haushalt ist versteinert. Das wird in jeder Haushaltsrede gesagt.

Nun zu den **Kompensationsvorschlägen** der beiden Parteitage! Es ist natürlich richtig, dass es zunächst einmal nur Parteitage sind, die sich mit diesem Thema beschäftigt haben. Dass der Katalog des kleinen Parteitages der CDU für den SSW wirklich einen Katalog der Grausamkeiten darstellt, brauche ich hier nicht zu vertiefen. Wenn man **Standards** in den Kindergärten freigeben und die Lernmittelfreiheit einschränken will, wenn man die Mitbestimmung lockern und die Gleichstellungsbeauftragten abschaffen will, bleibt mir nur zu sagen: Das ist mit uns nicht zu machen.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Abgesehen davon ist zu sagen, dass diese Maßnahmen natürlich auch nicht zur vollen Kompensation der insgesamt 300 Millionen € führen werden. Das ist klar. Das ist eine Milchmädchenrechnung, die nicht aufgehen wird. Die Frage ist doch, wie die Menschen vor Ort darauf reagieren werden, wie die Kommunalpolitiker - auch die Kommunalpolitiker der CDU - damit umgehen wollen. Ich kann mir

**(Anke Spoorendonk)**

vorstellen, wie die Diskussionen vor Ort sein werden.

Die SPD hat einen anderen Weg gewählt. Sie hat gleich gesagt, dass es keine volle Kompensation geben wird. Das ist schon einmal redlich. Aber auch das, was von der SPD vorgeschlagen wird, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind letztlich nur Luftbuchungen. Wer behauptet, dass man mit der **Verwaltungsstrukturreform** Geld einsparen werde, muss dies erst noch beweisen. Bis jetzt ist dies nur eine Glaubensfrage. Herr Kollege Hay, wir werden uns in dieser Frage wieder sprechen. Ich bin durchaus lernfähig. Bis jetzt haben wir es aber nur mit einer Glaubensfrage zu tun. Ich habe diesen Glauben im Moment nicht.

(Beifall beim SSW)

**Präsident Martin Kayenburg:**

Frau Kollegin, denken Sie bitte an die Redezeit.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Ich komme zum Schluss, Herr Präsident. - Es wird gesagt, dass man eventuell auch noch auf die Bundesebene einwirken werde. Das mag möglich sein. Wir wissen aber aus Erfahrung, dass wir dort häufig den Kürzeren ziehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Conclusio ist also: Wir sollten redlicher argumentieren, gemeinsam argumentieren und ein Konzept erarbeiten, das über eine Wahlperiode hinaus Bestand hat. Das wäre auf jeden Fall nicht nur etwas Neues, sondern auch etwas Sinnvolles.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Martin Kayenburg:**

Zu einem weiteren Beitrag erteile ich Herrn Abgeordneten Karl-Martin Hentschel das Wort.

**Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zu Beginn eine Anmerkung zu der Rede des Kollegen Kubicki. Wenn hier eine Debatte im Parlament geführt werden sollte, so ist es, wie ich denke, diese Debatte. Wir können die Debatte über die entscheidenden Fragen der Zukunft dieses Landes doch nicht der Koalitionsrunde überlassen. Solche Debatten gehören hierher ins Parlament!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens. Wir wollen sparen. Dazu haben wir immer gestanden. Ich erinnere mich daran, dass hier vor der Tür viele Demonstrationen stattgefunden haben, bei denen, nachdem wir Sparmaßnahmen ergriffen haben, gegen die es Proteste gegeben hat, die Opposition, damals von CDU und FDP gestellt, das Blaue vom Himmel versprochen hat, was sie alles tun würde und womit sie die Menschen beglücken würde, wenn sie an die Regierung käme. Es geht nicht um die Frage, ob wir sparen wollen, sondern um die Frage, wie wir sparen wollen.

Angemessene **Beteiligung der Kommunen** - was ist angemessen? Die Überweisungen an die Kommunen aus dem Landeshaushalt betragen 18 %. Das Sparpaket der Landesregierung bedeutet, dass von 300 Millionen €, die eingespart werden, bei den Kommunen 120 Millionen € weggenommen werden sollen. Das sind nicht 18 %, das sind 40 %. Soll das angemessen sein?

Sie sagen, dass Sie sparen. Wo sparen Sie denn? Sie nehmen den Kommunen das Geld weg und Sie nehmen den Beschäftigten das Geld weg. Aber im Land wurde bisher überhaupt noch nichts gespart.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Stattdessen haben Sie einen **Schleswig-Holstein-Fonds** mit über 100 Millionen € aufgelegt - das ist kein Sparen - und der **Personaletat**, der in den letzten neun Jahren jedes Jahr heruntergefahren worden ist, ist, seit es diese große Koalition gibt, nicht mehr gesunken, sondern steigt seitdem.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie sparen wollen, müssen Sie beim Land, bei sich selber anfangen, bei der Landesregierung und bei den Landesbehörden, und dürfen nicht anderen etwas wegnehmen, aber da, wo es Sie selber betrifft, noch etwas obendrauf legen. So geht das nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn man auf kommunaler Ebene spart, wenn man Kompensation macht, stellt sich die Frage, wo man anfängt. Da gibt es meiner Meinung nach nur zwei große Komplexe, über die wir hier reden müssen. Das eine sind die gesamten Ausgaben für Kinder und Jugendliche, Schülerbeförderung, Kita-Standards und so weiter.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP])

Der andere Bereich sind die Verwaltungsaufgaben in den Kommunen, die die höchsten Verwaltungs-

**(Karl-Martin Hentschel)**

ausgaben von Kommunen im Bundesdurchschnitt darstellen. Wenn man dann feststellt, dass bei der Frage der Verwaltungsausgaben, anstatt dort eine konsequente Verwaltungsreform durchzuführen, die CDU alles blockiert und stattdessen eine zusätzliche **neue Verwaltungsebene** schaffen will, kann ich nur sagen: Da, wo es Sie selber, Ihre Kommunalpolitiker, die auf Ihren Parteitagern sitzen, betrifft, trauen Sie sich nicht heran. Stattdessen trauen Sie sich an die Kinder und Jugendlichen heran. Das finde ich verkehrt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -  
Widerspruch bei CDU und SPD)

Meine Damen und Herren, Sie glauben vielleicht, in der Begeisterung über die Fußball-Weltmeisterschaft merkt keiner, was hier los ist, und Koalitionsrunden sollte man schnell durchziehen. Ich kann Ihnen nur sagen: Die Begeisterung im Land gilt Klinsmann, aber nicht der großen Koalition!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und SSW - Lachen bei CDU und SPD)

Im August ist die Fußball-Weltmeisterschaft vorbei

(Zuruf: Im Juli!)

und die Menschen werden sich fragen, wie es weitergeht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Martin Kayenburg:**

Zu einem weiteren Beitrag erteile ich Herrn Abgeordneten Günther Hildebrand das Wort.

**Günther Hildebrand [FDP]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu der Entnahme von 35 Millionen € in der letzten Legislaturperiode aus der kommunalen Finanzausgleichsmasse sagten Vertreter der CDU, damit werde die Axt an die kommunale Selbstverwaltung gelegt. Wenn das bei 35 Millionen € zutrifft, dann muss man bei 120 Millionen € von Motorsägen sprechen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Kettensägen!)

Da kommt mir die Argumentation der CDU zum jetzigen Zeitpunkt schon ein bisschen komisch vor, wenn ich sie mit der Argumentation von vor drei oder vier Jahren vergleiche.

Hier wird immer vom Sparen gesprochen. Das Land will pro Jahr 300 Millionen € sparen.

(Lothar Hay [SPD]: Kürzen!)

- Ja, es wird aber immer von Sparen gesprochen. Das ist irgendwie eine Begriffsverwirrung. Denn es stellt sich natürlich die Frage, was die Entnahme von 120 Millionen € aus der Finanzausgleichsmasse mit Sparen zu tun hat. Man nimmt es anderen weg.

(Zuruf von der SPD: Wer redet denn davon?  
- Weitere Zurufe von der SPD)

- Da kann ich Ihnen genug Quellen nennen. Selbst der Ministerpräsident hat von der größten Sparaktion seit Bestehen des Landes Schleswig-Holstein gesprochen. Dafür habe ich also einen sehr guten Zeugen.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP])

Diese Begriffsverwirrung findet sich teilweise auch in dem Beschluss des kleinen Parteitages der CDU wieder, wenn da beispielsweise unter dem Punkt 3.2.1 steht: Der **kommunale Finanzausgleich** stellt einen der größten Ausgabenposten im Landeshaushalt dar. Das mag so sein, aber hier wird so getan, als wäre das ein Ausgabenposten wie jeder andere. Das ist aber nicht so.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spooren-  
donk [SSW])

Denn die **Kommunen** haben ein verbrieftes, verfassungsmäßiges Recht und die Pflicht der ordnungsgemäßen Erfüllung ihrer Aufgaben. Dafür ist auch die entsprechende **Finanzausstattung** erforderlich. Deshalb ist es eben kein normaler Ausgabenposten im Landeshaushalt. Deshalb ist es meines Erachtens auch verfassungsmäßig nicht zulässig, dass hier eine Entnahme erfolgt. Denn damit haben die Kommunen nicht mehr die Chance, ihre Aufgaben vernünftig zu erfüllen.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten  
Lars Harms [SSW])

Die CDU will also 120 Millionen € 100-prozentig kompensieren. Wir sind sehr gespannt, welche Vorschläge dazu im Einzelnen gemacht werden. Die SPD sagt - auch vorhin ihr Fraktionsvorsitzender -, dass eine volle **Kompensation** nicht möglich sei. Im Ergebnis kommt das auf dasselbe heraus. Darüber können sich die Gemeinden auch nicht besonders freuen, denn es bleibt dabei, dass es keine Kompensation geben wird. Dafür sind einfach die Interessenlagen der beiden großen Koalitionäre zu unterschiedlich. Die werden sich nachher nicht einigen und die Kommunen müssen sehen, wie sie letztlich damit fertig werden.

**(Günther Hildebrand)**

Dabei ist die finanzielle Lage - das ist das Perfide, wenn man sich diese beiden Anträge durchschaut - der Kommunen desaströs. In Ihren Parteitagsbeschlüssen und Ihrer Begründung schreiben Sie das auch. Sie beschreiben, wie schlimm die finanzielle Lage ist, nehmen aber trotzdem 120 Millionen € aus dem Finanzausgleich heraus. Das ist sehr merkwürdig.

Auf der Grundlage einer Kleinen Anfrage von mir haben wir festgestellt und ist uns von der Regierung mitgeteilt worden, dass alle Kreise und kreisfreien Städte sogar nicht nur ihren Haushalt nicht ausgleichen können - der einzige Kreis, der das konnte, war der Kreis Steinburg, der nur durch eine Entnahme aus dem Vermögenshaushalt den Ausgleich vornehmen konnte -, sondern auch noch Fehlbetragszuweisungen vom Land bekommen. Der Innenminister hat also festgestellt, dass die Finanzlage der Kreise so katastrophal ist, dass es Fehlbetragszuweisungen geben muss. Obendrauf nehmen sie noch 120 Millionen € aus der Finanzausgleichsmasse.

Auf die Anfrage des Kollegen Kubicki ist in einer Anlage dargestellt worden, welche Kommunen Fehlbetragszuweisungen bekommen. Ich möchte sie jetzt nicht alle vorlesen, aber das ist das Who is who im Lande. Da stellt sich natürlich die Frage, wenn dieser Tatbestand der Landesregierung bekannt ist, wie sie überhaupt auf die Idee kommen kann, hier noch einmal 120 Millionen € aus der Finanzausgleichsmasse zu nehmen. Das bleibt mir völlig rätselhaft.

(Beifall bei der FDP)

Das kann eigentlich nur bedeuten, dass es eine zusätzliche **Schuldenverlagerung** vom Land auf die Kommunen ist. Denn die haben überhaupt keine freien Finanzmittel mehr, um ihre Aufgaben wahrnehmen zu können. Deshalb macht es meines Erachtens überhaupt keinen Sinn. Es ist nur eine Schuldenverlagerung.

Wenn man sich auf der anderen Seite anschaut, wer Mittel aus der **Finanzausgleichsmasse** bekommt, sind das die Kommunen, die Schlüsselzuweisungen bekommen. Das heißt, die finanzstarken Gemeinden sind höchstens mittelbar davon betroffen, vielleicht nachher über die Kreisumlage, oder dadurch, dass die Kreisumlage erhöht wird. Aber betroffen sind in erster Linie die Kommunen, die aufgrund ihrer geringen Finanzkraft die **Schlüsselzuweisungen** nicht mehr bekommen. Das heißt, die finanzschwachen Gemeinden sind durch diese Entnahme zusätzlich betroffen. Wenn das jetzt die Politik der

Landesregierung ist, der Wille der großen Koalition, tut es mir wirklich Leid.

**Präsident Martin Kayenburg:**

Herr Kollege, die Redezeit!

**Günther Hildebrand [FDP]:**

Ich kann nur nach wie vor die Gemeinden auffordern, so wie bei der letzten Landtagstagung dagegen vorzugehen und alles zu versuchen, um diese Entnahme aus dem Finanzausgleich abzuwenden.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Martin Kayenburg:**

Herr Kollege, ich weise Sie darauf hin, dass Sie Ihre Redezeit deutlich überschritten haben.

Für die Landesregierung erteile ich nunmehr Herrn Innenminister Dr. Ralf Stegner das Wort.

**Dr. Ralf Stegner, Innenminister:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Die Finanzlage der Kommunen ist schwierig, sie ist auch sehr unterschiedlich. Deshalb sind die beiden gravierenden Veränderungen im Koalitionsvertrag, die SPD und CDU auf ihren großen Parteitag, respektive im Landesausschuss, beschlossen haben, schwierig und schmerzhaft. Das gilt übrigens für die 100 Millionen € Kürzung beim Personal genauso.

Das sind zwei gravierende Änderungen, die von beiden Seiten beschlossen worden sind. Darüber hinaus ist nicht beschlossen worden, dass wir jetzt sozusagen einen Wunschzettel- oder eine Tabutauschbörse eröffnen. Wunschzettel gibt es - wie ich von meinen Söhnen weiß - Weihnachten und auch da wird nicht alles erfüllt. Im Sommer gilt das erst recht.

Was die Finanzlage der Kommunen angeht, gilt eben auch: Wenn man die Situation der **Kommunen** im Land mit der der Kommunen in anderen Ländern vergleicht, muss man sagen, dass die Kommunen in Schleswig-Holstein vergleichsweise immer noch besser gestellt sind, wohingegen das Land kurz vor der Haushaltsnotlage steht. Deswegen hilft es nicht, eine Klientelpolitik zu betreiben. Das, Herr Kubicki, kann man sich immer nur leisten, wenn man als großartiger Haushaltspolitiker

(Dr. Heiner Garg [FDP]: So wie Sie!)

**(Minister Dr. Ralf Stegner)**

seit Jahren in der Opposition ist. Aber in der Regierung muss man dafür sorgen, dass dieser Konsolidierungsbeitrag von allen erhoben wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer sich vor das Landeshaus stellt und sagt: „Im Himmel ist Jahrmarkt“, der kann das gern tun. Dafür bekommt man Applaus. Vernünftig ist das nicht.

(Günther Hildebrand [FDP]: Das sagen Sie doch! - Zuruf des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Ich füge ausdrücklich hinzu: Zu behaupten, man könne allein mit Steuersenkungen und mit Kürzungen die öffentlichen Haushalte sanieren, ist genauso sinnvoll wie bei der Bekämpfung der demographischen Herausforderung auf den Klapperstorch zu setzen. Das funktioniert nicht. Vielmehr werden wir bei der Handlungsfähigkeit dieses Staates in Teilen auch über Einnahmeverbesserungen reden müssen.

Ich fand es bemerkenswert, dass darauf hingewiesen wurde, das Land würde nicht sparen. Immer wenn wir Vorschläge machen, sind komischerweise die Kollegen dagegen, die sagen, wir würden nicht sparen. Verehrter Herr Kollege Hentschel, auch für Sie gilt, was Goethe schon gesagt hat: Durch Hefigkeit ersetzt der Irrende, was ihm an Kraft und Einsicht fehlt.

(Heiterkeit und vereinzelter Beifall bei der CDU)

Denn Sie haben an bestimmten Punkten auch nicht erkannt, dass wir sehr wohl sparen und dass Sie dagegen argumentieren.

Der Kommunalminister sieht seine Aufgabe im Wesentlichen darin, dass die **Kommunen** ihren Beitrag, der ihnen zur **Konsolidierung der Landesfinanzen** abgefordert wird, tragen können, indem sie eben nicht immer in ihrer kommunalen Selbstbestimmung getroffen werden. Und das werden sie nicht. Denn die Kommunen werden im Jahr 2007 unter dem Strich mehr Geld haben als im Jahr 2006. - Nicht jede einzelne Kommune, aber insgesamt. - Sie würden das sogar haben, wenn wir nicht über Entlastungsmaßnahmen redeten, was wir aber tun. Deswegen sind die Vorschläge, die zum Beispiel der Innenminister gemacht hat, darauf bezogen. Wir führen momentan Gespräche darüber, wie wir allein durch **direkte Entlastungen** bei den Kommunen schon im Jahr 2007 einen erheblichen Millionenbetrag, der deutlich über 50 Millionen € liegen wird, zustande bringen, sodass die Kommunen am Ende direkt entlastet werden, zu dem, was sie ohnehin mehr haben.

Wir werden natürlich auch Maßnahmen beschließen und haben zum Teil schon Maßnahmen beschlossen, die die Belastung abfedern. Wer hier immer wieder gegen die **Verwaltungsreform** polemisiert, der sollte bedenken: Es gibt genügend Beispiele dafür, dass das alles zutreffend ist und dass das Geld dorthin kommt. Ich zitiere den Rechnungshof: Es gibt schon reale Entlastungen in diesem Jahr. Im Übrigen zitiere ich zum Teil sogar die Kommunen selbst. Herr Erps hat seine Aussage bezüglich des Wasserrechts, dass das nämlich 10 Millionen € bringe, kürzlich erneuert. Gibt es etwas Kommunalfreundlicheres, als Angaben der Kommunen ernst zu nehmen, meine sehr verehrten Damen und Herren?

Insofern sollten also jene, die gegen die Verwaltungsreform polemisieren, diese lieber unterstützen. Denn wenn wir die Verwaltungsreformen machen, tut das den Bürgern überhaupt nicht weh, was ja bei anderen Dingen anders wäre. Bei den Verwaltungsreformen ist es eher so, dass diese den einen oder anderen Amtsträger ärgern - dafür habe ich sogar Verständnis -, aber in Zeiten, in denen alle den Gürtel enger schnallen müssen, muss man den Bürgern eine kostengünstige Verwaltung bieten. Das ist die Chance der Kommunen selbst, dass sie eine direkte Entlastung haben. Andere Entlastungen haben sie übrigens dort, wo die Demonstrationen gegen Maßnahmen vor dem Landeshaus stattfinden, beispielsweise wenn wir die Arbeitszeit verlängern oder wenn wir Sonderzuwendungen kürzen müssen, was ja schwierig genug ist. Die finanziellen Entlastungen treten unmittelbar bei den Kommunen ein.

Zu fragen ist, wie wir das Delta schließen. Ich stimme dem Kollegen Hay ausdrücklich in dem zu, was er über weitere Bedrohungen gesagt hat, die vorhanden sind, beispielsweise bezogen auf die folgende Föderalismusreform oder bezogen auf Vorstellungen zur **Unternehmensteuerreform**, die ja zum Teil sogar regelrecht abwegig sind. Es gilt also, das Delta zu schließen.

So ist zum Beispiel zu fragen, ob man den **Kommunalen Investitionsfonds** bis zu einem gewissen Grad zur Überbrückung nutzen kann, bevor die **Verwaltungsstrukturreformen** greifen. Darüber reden wir diese Woche und darüber verhandeln wir.

Herr Kubicki, es ist schade, dass Sie sagen, wir sollten nicht über Parteitagsbeschlüsse reden. Ihre Parteitagsbeschlüsse zur Verwaltungsreform sind zum Beispiel außerordentlich interessant und ich finde es gut, dass sie bei der Frage, was eigentlich hereinkommen kann, mit diskutiert werden. Insofern prägt das natürlich sehr wohl auch das, was hier vorgeschlagen wird.

**(Minister Dr. Ralf Stegner)**

Allerdings können wir nicht immer dazu beitragen, Widerstände vor Ort noch anzustacheln. Deswegen will ich auch ein Wort zu jenen sagen, die sich - zum Teil in Ostholstein oder anderswo - maßlos äußern, beispielsweise nach dem Motto, man müsse jetzt Widerstand üben, und die so tun, als hätten sie mit dem, was sie tun, allein das Landeswohl im Auge. Ich rate sehr dazu, die ausgestreckte Hand, die dahin geht, den Interessenausgleich zu organisieren und direkte Entlastung für die Kommunen auch herzustellen, zu ergreifen und das Ganze nicht zum Beispiel dadurch zu gefährden, dass man sich dem, was wir hier beschlossen haben, verweigert oder Angaben nicht macht. Das ist aus meiner Sicht nicht vertretbar.

(Beifall bei SPD und CDU)

Das kann man übrigens den Bürgern auch nicht verkaufen.

Auch die virtuellen Einsparungen, die uns Herr Kubicki vorgerechnet hat, retten uns nicht. Was er nicht alles angeblich verkaufen will, zehnmal hintereinander zu völlig überzogenen Preisen! Das nimmt außerhalb Ihrer eigenen Fraktion niemand ernst, Herr Kollege Kubicki. Insofern sollten Sie uns damit verschonen. Damit werden wir den Landeshaushalt wirklich nicht sanieren.

(Zurufe der Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP] und Wolfgang Kubicki [FDP])

Zum Schluss sage ich mit Goethe: Die Schwierigkeiten wachsen, je näher man dem Ziel kommt. - Wir sind nah vor dem Ziel. Ich bin ziemlich sicher, dass wir uns innerhalb der Koalition in dieser Woche vernünftig verständigen können, dass wir zu der wirklich schwierigen Maßnahme, in den **kommunalen Finanzausgleich** einzugreifen, Vorschläge machen werden, die es den Kommunen erlauben, diesen Beitrag zu leisten, ohne dass sie in ihrer Substanz getroffen werden. Das ist schwierig. Das ist der Teil von Verantwortung, den man eben nur in der Regierung vollziehen kann. Wir sind froh, dass wir in der Regierung sind. Sie sind da, wo Sie hingehören, Herr Kollege Kubicki.

(Beifall bei SPD und CDU)

**Präsident Martin Kayenburg:**

Zu einem weiteren Beitrag erteile ich der Frau Abgeordneten Anke Spoorendonk das Wort.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe noch einmal das Wort ergriffen, weil der Herr Innenminister eine recht interessante Rech-

nung aufstellte. Er sagte - das ist ja kein neues Argument; das haben wir schon vor einigen Jahren gehört, als es zu dem vorhin bereits genannten Eingriff von 35 Milliarden € in den Finanzausgleich kam -, den **Kommunen** gehe es im Bundesvergleich besser als dem Land. Ich hoffe, dass ich das so richtig vernommen habe. Dann sagte er weiter: Also kürzen wir bei den Kommunen. Die Schlussfolgerung muss ja dann lauten: Dann geht es sowohl dem **Land** als auch den Kommunen im Bundesdurchschnitt gleich schlecht.

(Günter Neugebauer [SPD]: So hat er das nicht gesagt!)

- Ich fand das recht interessant. Denn der Innenminister sagte auch, wir müssten die Einnahmesituation des Landes verbessern. Da frage ich mich natürlich, wie das möglich sein soll, wenn das Land und die Kommunen gleich schlecht dastehen. Denn wir wissen ja - auch das ist mehrfach gesagt worden -, dass die Kommunen immer sehr viele **Investitionen** getätigt haben. Das fällt nun weg. Das heißt: Die Attraktivität unseres Landes wird durch diesen Eingriff wahrlich nicht gestärkt und die Einnahmesituation auch nicht.

Ich bin aber dem Innenminister dankbar dafür, dass er nicht nur diese Logik für Perlhühner aufgestellt, sondern auch deutlich gemacht hat, dass es letztlich darauf ankommt, die **Einnahmesituation dieses Landes** zu verbessern. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist in der jetzigen Debatte und in den vorhergehenden Debatten völlig hinten heruntergefallen. Wir diskutieren nur Kürzungen und Kürzungen werden als Politikersatz betrieben. Wir tragen dieses Thema vor uns her wie einen Heiligenschein, führen aber keine Diskussion darüber, wie wir eigentlich die Einnahmesituation verbessern und wie wir das Land insgesamt weiterentwickeln wollen, wie wir den öffentlichen Dienst weiterentwickeln wollen, wie wir die Aufgaben, die zu einem modernen **öffentlichen Dienst** gehören, weiterentwickeln wollen. Wir sagen nur: Das können wir uns nicht leisten; das muss weg. Wir können uns nichts leisten. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist eine sehr deprimierende Debatte und ist eine sehr deprimierende Einstellung diesem Thema gegenüber.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Martin Kayenburg:**

Zu einem weiteren Beitrag erteile ich der Frau Abgeordneten Monika Heinold das Wort.

**Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Einige wenige Anmerkungen. Zunächst eine Frage an die Landesregierung. Wir haben ja beim letzten Mal geklärt, dass die Landesregierung eine Frage nach unserer Geschäftsordnung auch direkt beantworten muss. Die Frage lautet: Stimmt unsere Information, dass der **Investitionsfonds** nicht liquide ist, dass er schon jetzt zum Teil schuldenfinanziert ist? Das heißt: Ist es richtig, dass, würden wir den Investitionsfonds nehmen, um den Sparbeitrag zu erbringen, dies eine zusätzliche Kreditaufnahme wäre? - Das ist eine Frage. Sie haben die Chance zu antworten.

Zweitens. **Zum Schleswig-Holstein-Fonds!** Ich glaube, es war Herr Wadephul, der noch einmal deutlich gemacht hat, dass das Geld des Schleswig-Holstein-Fonds genommen wird, um es überwiegend den Kommunen in Form von Investitionen wieder zukommen zu lassen.

(Dr. Johann Wadephul [CDU]: Das habe ich nicht gesagt, Frau Kollegin!)

Da sage ich Ihnen, Herr Wadephul: Wenn es der Plan ist, den Kommunen erst das Geld wegzunehmen, um es ihnen dann wiederzugeben, dann allerdings in der inhaltlichen Bestimmung des Landes, dann ist dies eine absolute Bevormundung der Kommunen.

Ich sage Ihnen: Halbieren Sie den Schleswig-Holstein-Fonds und Sie können den Sparbeitrag der Kommunen auch fast halbieren! Dies wäre kommunalfreundlich und dies würde der kommunalen Familie helfen, selbstbestimmt Politik zu machen.

Eines noch zur Frage, ob wir sparen oder nicht. Der Ministerpräsident spricht immer vom größten Sparpaket des Landes. Dies ist falsch. Es ist der größte kommunale Raubzug, den CDU und SPD in der Geschichte des Landes vollziehen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

**Präsident Martin Kayenburg:**

Frau Kollegin, ich darf darauf hinweisen, dass Fragen in der Fragestunde zu beantworten sind. Wir befinden uns in einer Aktuellen Stunde. Insoweit unterliegen Sie einem Irrtum.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir suchen das noch einmal heraus!)

Aber die Landesregierung hat sich bereit erklärt zu antworten. - Herr Innenminister, ich erteile Ihnen das Wort.

**Dr. Ralf Stegner, Innenminister:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! So schrecklich ist die Opposition nicht, dass wir nicht jede Frage beantworten könnten, die uns hier gestellt wird. Insofern brauchen wir die Geschäftsordnung gar nicht zu bemühen.

Frau Kollegin Heinold, ich beantworte das außerordentlich gern. Die Frage, die Sie gestellt haben, enthielt eine Unterstellung, die falsch ist und sich nicht auf das bezogen hat, was ich ausgeführt habe. Ich habe hier ausgeführt, dass das Thema, inwiefern und in welcher Höhe eine Entnahme aus dem Kommunalen Investitionsfonds das Delta überbrücken kann, das bei dem Thema Entlastung der Kommunen fehlt, momentan Gesprächsgegenstand zwischen den Koalitionspartnern ist. Da werden im Augenblick keine Varianten diskutiert, die dazu führen würden, dass die **Liquidität des Kommunalen Investitionsfonds** gefährdet wäre.

Frau Kollegin Heinold, Sie haben weiter ausgeführt, es werde nicht gespart. Ich würde von Ihnen gern einmal wissen, ob Sie eine Vorstellung davon haben - Sie haben ja immerhin ein paar Jahre mitregiert -, woher die 80 Millionen € kommen, um die die Etats zusammengeschrumpft werden. Wenn wir sagen, bei der Verwaltungsreform kann eingespart und wie bei den Landesbehörden Personalkosten eingespart werden, kann man das doch nicht verschweigen.

Die Behauptung, die einen sparten gar nichts und nähmen es nur von den anderen, ist übrigens auch noch aus einem anderen Grund falsch. Ich möchte daran erinnern, dass die Steuerzahler, die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes, alles bezahlen, worüber wir hier reden, egal auf welcher Ebene.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Es ist nicht so, dass das Geld nur dem einen oder dem anderen gehört. Es wäre schön, wenn auch die Volksvertreterinnen und Volksvertreter diesen Grundsatz gelegentlich in ihr Gedächtnis zurückholen würden, dass das für alle Ebenen gilt - Bund, Land und Kommunen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

**Präsident Martin Kayenburg:**

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Ich schließe damit die Aktuelle Stunde.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 22 auf:

(Präsident Martin Kayenburg)

### Angebot für Schulabgängerinnen und -abgänger

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/851

Antrag der Fraktionen von CDU und SPD  
Drucksache 16/889

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Herr Abgeordneter Karl-Martin Hentschel.

**Karl-Martin Hentschel** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Über 1.200 Jugendliche mehr als im vorigen Jahr kommen in Schleswig-Holstein aus den Schulen. Dazu kommen laut meiner Kleinen Anfrage Drucksache 16/325 weitere 500 Jugendliche aus dem Berufsgrundbildungsjahr, 1.800 Jugendliche aus dem Ausbildungsvorbereitenden Jahr und 1.000 aus den Arbeitslosenklassen, also insgesamt über 3.000 Jugendliche aus Warteschleifen.

Hatten wir noch vor zwei Jahren eine gerade ausreichende Zahl an **Ausbildungsplätzen** in Schleswig-Holstein, so kommen jetzt auf 100 Bewerber nur noch 77 Plätze. Ein solches Drama hat es in Schleswig-Holstein noch nie gegeben. Das **Bündnis für Ausbildung** ist auf voller Linie gescheitert!

Minister Austermann - er ist leider nicht hier -, in der letzten Landtagstagung hatten Sie noch behauptet, das **Wachstum** der Wirtschaft um 1,3 % im vorigen Jahr sei ein Erfolg der CDU. Wenn das ernst zu nehmen war, dann erwarte ich, dass wir heute feststellen, dass auch der Mangel an Ausbildungsplätzen ein Ergebnis der CDU-Politik ist.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Mich interessiert allerdings, was diese Regierung tun will. Eine Analyse der Pressemitteilungen dieses Ministers ergibt, dass man Dutzende Pressemitteilungen zu Tourismus und Fahrradwegen, zur Beschimpfung der uneinsichtigen Hochschulen und Studenten - -

**Präsident Martin Kayenburg:**

Zur Geschäftsordnung, Frau Abgeordnete Spoorendonk!

**Anke Spoorendonk** [SSW]:

Herr Landtagspräsident, wer von der Regierung ist zu diesem Punkt eigentlich Ansprechpartner?

**Präsident Martin Kayenburg:**

Frau Kollegin, das ist nicht maßgeblich. Die Regierung ist vertreten. Ich erkenne zumindest den Herrn Finanzminister auf der Regierungsbank.

(Anke Spoorendonk [SSW]: Den habe ich auch erkannt!)

**Karl-Martin Hentschel** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Die Präsenz ist schon bemerkenswert. Wir hatten im Ältestenrat gerade eine Aussprache darüber. Wir haben vereinbart, dass alle Fraktionen und die Regierung gewährleisten, dass mindestens 50 % der Mitglieder anwesend sind. Und in der ersten Landtagssitzung danach, auch noch morgens, zur besten Zeit, ist die Regierung nur mit einer Person anwesend. Ich finde das beschämend.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Martin Kayenburg:**

Herr Kollege, äußern Sie sich bitte zur Sache!

**Karl-Martin Hentschel** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Eine Analyse der Pressemitteilungen dieses abwesenden Ministers ergibt: Man findet Dutzende von Pressemitteilungen zu Tourismus und Fahrradwegen, Beschimpfungen der uneinsichtigen Hochschulen und Studenten, über tolle Wirtschaftsproje-  
kte, den Bau der Fehmarnbelt-Brücke und vieles mehr, aber zur Ausbildungskatastrophe in diesem Land findet man nichts, nur die gemeinsame Pressemitteilung vom 18. März, als das jährliche Bündnis für Ausbildung wieder einmal um ein Jahr verlängert wurde.

Wie lieblos das Ganze war, sieht man an dem so genannten „**Aktionsprogramm Ausbildung**“, auf das der zuständige CDU-Abgeordnete Callsen neulich in einer Pressemitteilung seine ganze Hoffnung setzte. Schaut man sich dieses Aktionsprogramm an, fällt merkwürdigerweise auf, dass es bis auf einen Punkt identisch ist mit einem Programm, das Minister Rohwer im Jahr 2004 aufgelegt hat. Damals hieß es „Sofortprogramm für mehr Ausbildung und Qualifizierung“. Es mag ja sein, dass das Programm sinnvoll war, schließlich ist es auch im letzten Bericht gelobt worden, aber dann zu verkünden, man hätte ein neues Programm gestartet, um die Ausbildungsmisere zu bekämpfen, ist schon etwas peinlich.

(Karl-Martin Hentschel)

(Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Allerdings!)

Auch der Antrag der Regierungsfractionen, den Sie heute Morgen vorgelegt haben, bringt absolut nichts Neues, keine Analyse der Situation, keine neue Ideen, schlicht ein „Weiter so“. Alles, was sowieso gemacht wurde, soll weiter gemacht werden. Es ist in keiner Weise erkennbar, wie auf die Krise reagiert werden soll.

Noch toller allerdings - jetzt komme ich zum größeren Koalitionspartner, Herr Wadehul - ist Ihre CDU-Mittelstandsvereinigung. Sie behauptet am 10. Mai, schuld seien die Berufsschulen, und fordert konsequent, den **zweiten Berufsschultag** abzuschaffen. Insbesondere bräuchten die Auszubildenden nicht mehr Englisch zu lernen.

Meine Damen und Herren, wir leben in einer Wissensgesellschaft. In vielen modernen Technologiebranchen besteht das Kapital nicht mehr aus Grundstücken, sondern aus dem Wissen der Mitarbeiter. Dann wollen Sie den Unterricht der Berufsschule zusammenstreichen? - Ich kann Ihnen sagen, wem das nützt: Die Firmen, die die Auszubildenden als einfache Arbeitskräfte nutzen wollen, werden sich freuen. In solchen Firmen fällt allerdings schon heute ein Drittel der Auszubildenden durch. Aber die Industrie und die Firmen, die ein echtes Interesse an guter Ausbildung haben, werden dann endgültig aus der Ausbildung aussteigen, weil sie sich allein gelassen fühlen. Auch dem Handwerk würde man damit einen Bärendienst erweisen.

Ich nehme einmal als Beispiel das Lieblingshandwerk für viele junge Männer, das KFZ-Gewerbe. In früheren Zeiten nannte man die KFZ-Gesellen Schrauber, heute heißen sie Mechatroniker. Die Auszubildenden müssen in der Berufsschule längst Physik, Elektronik, Programmierung von Schaltungen und englische Handbücher pauken. Wer in dieser Situation große Teile der Berufsschule für überflüssig erklärt, der macht nur eines deutlich, nämlich welchen Geistes diese Partei ist, die neuerdings in Schleswig-Holstein regiert.

Meine Damen und Herren, das größte Problem in der **Berufsausbildung** ist die Situation der **Kinder aus Migrantenhaushalten**. Wir haben mittlerweile die Situation, dass beinahe die Hälfte dieser Kinder insbesondere türkischer oder russischer Herkunft nicht mehr ausgebildet wird. Die Zahl der Auszubildenden mit Migrationshintergrund in Schleswig-Holstein ist in den letzten fünf Jahren um 30 % zurückgegangen.

(Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Statt verbessert, um 30 % verschlechtert!)

Nicht einmal mehr jeder Zweite wird ausgebildet. Aufgrund dieses Problems haben wir mit der **Türkischen Gemeinde** gezielt Programme durchgeführt, um die Familien anzusprechen, die Berufsausbildung türkischer Jugendlicher zu verbessern und türkische Betriebe anzusprechen, mehr Ausbildungsplätze zu schaffen.

Ich kann an Sie nur appellieren - das geben Sie bitte an Minister Austermann weiter -, dass nicht wie in den letzten Jahren erneut versucht wird, diese Programme zu kürzen oder gar zu streichen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer heute an dieser Stelle spart, wird morgen für die fehlenden Früchte verantwortlich sein.

Meine Damen und Herren, das **Bundesinstitut für berufliche Bildung** hat neue Weichen gestellt. Diese neuen Weichen besagen, dass der Mangel im **dualen System** dort, wo es Sinn macht, durch vollzeitschulische Ausbildungsgänge ergänzt wird. Ich weiß, dass das von der CDU lange bekämpft worden ist. Ich stelle aber fest, dass mittlerweile mehrere Bundesländer diesen Weg beschritten haben, insbesondere Rheinland-Pfalz, Niedersachsen und Baden-Württemberg. Über Schleswig-Holstein steht im Bericht des Bundesinstituts für berufliche Bildung zu der Situation in den Bundesländern folgender Satz: „In Schleswig-Holstein gab es bisher lediglich Diskussionen über die Zuständigkeiten.“

Das wird unseren Jugendlichen viel nützen, Herr Minister.

Ich glaube, Herr Austermann und Frau Erdsiek-Rave sollten aufhören, sich über die Zuständigkeiten zu streiten. Wir erwarten, dass die Regierung die Ausbildungsmisere zu ihrem Schwerpunktthema macht. Wir erwarten, dass sie gemeinsam mit der **Arbeitsagentur** ein Aktionsprogramm auflegt, das sicherstellt, dass keine Jugendliche, kein Jugendlicher, die/der jetzt die Schule verlässt, im kommenden Jahr zu Hause auf dem Sofa herumhängt und nicht weiß, was sie oder er machen soll.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb erwarte ich, dass Sie unserem Antrag zustimmen und Ihren Antrag beiseite legen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Martin Kayenburg:**

Für die Fraktion der CDU erteile ich Herrn Abgeordneten Johannes Callsen das Wort. - Herr Fraktionsvorsitzender Dr. Wadephul?

**Dr. Johann Wadephul [CDU]:**

Darf ich in aller Kürze darauf aufmerksam machen, dass der Punkt, den wir jetzt diskutieren, für 11:30 Uhr gesetzt war? Dies mag möglicherweise erklären, warum der zuständige Minister jetzt noch nicht anwesend ist.

**Präsident Martin Kayenburg:**

Vielen Dank für die Erklärung. Zu Beginn der Tagesordnung hatte ich allerdings darauf hingewiesen, dass die Tagesordnungspunkte in der ausgedruckten Reihenfolge aufgerufen werden. Sie haben aber Recht, dass der Punkt um 11:30 Uhr gesetzt war. - Herr Abgeordneter Callsen, Sie haben das Wort.

**Johannes Callsen [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! „Ausbildung ist für Jugendliche Fundament und Sprungbrett zugleich“ - mit diesen Worten hat Kreishandwerksmeister Langner in Schleswig bei der zentralen Einschreibungsfeier der Kreishandwerkerschaft die Bedeutung von Ausbildung und Qualifizierung für die Jugendlichen hervorgehoben. Diese Kernaussage kann auch ich an dieser Stelle nur unterstreichen und ich danke dem Wirtschaftsminister für den hohen politischen Stellenwert - trotz der Unkenrufe der Grünen -, der der betrieblichen Ausbildung in Schleswig-Holstein beigemessen wird. Dies wurde nicht zuletzt im vergangenen Jahr im Bericht der Landesregierung zur betrieblichen Ausbildung ausgesprochen deutlich.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Schauen Sie sich mal die Webpage des Ministers an!)

- Ja, Herr Hentschel! - Mitte Mai, Herr Hentschel, wurde das **Bündnis für Ausbildung** in Schleswig-Holstein erneut beschlossen, übrigens unter Beteiligung von Arbeitgebern und Gewerkschaften. Ich kann deutlich sagen, dass das kein einfaches „Weiter so“, sondern die Fortsetzung einer zehnjährigen Erfolgsstory in Schleswig-Holstein ist.

(Beifall bei CDU und SPD)

Alle Beteiligten - Land, Wirtschaft, Kammern, Arbeitsverwaltung und Gewerkschaften - ziehen hier an einem Strang. Dem Bündnis für Ausbildung und den Unternehmen ist es zu verdanken, dass Schles-

wig-Holstein in den letzten Jahren immer wieder Spitzenpositionen im Vergleich aller Bundesländer bei der Versorgung Jugendlicher mit Ausbildungsplätzen einnehmen konnte.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum jetzt nicht mehr?)

Deswegen ist mir völlig unerklärlich, warum wir dem Bundesinstitut folgen sollten, was die Vollzeitbeschulung in den Berufsschulen angeht, die Sie eben ansprachen.

(Beifall der Abgeordneten Jürgen Feddersen [CDU], Anette Langner [SPD] und Jutta Schümann [SPD])

Insbesondere in den Bereichen Industrie, Handel und Dienstleistungen hat es ein Plus bei den **Lehrverträgen** gegeben und auch im Handwerk erreicht die Zahl der eingetragenen Ausbildungsverhältnisse ein konstant hohes Niveau. Einen Rückgang gab es leider bei den freien Berufen, weil offenbar nicht genügend ausreichend qualifizierte Bewerber zu finden waren. Insgesamt aber ist diese Bilanz angesichts der ausgesprochen schwierigen Situation, in der sich unsere mittelständischen Betriebe befinden, eine hervorragende Leistung vor allem jedes einzelnen Ausbildungsbetriebes.

(Beifall bei CDU und SPD)

Ein großer Dank gilt daher zugleich auch den Wirtschaftsverbänden und den Kammern, die gemeinsam mit der Agentur für Arbeit und der Landesregierung große Überzeugungsarbeit geleistet haben, um das Bündnis für Ausbildung in Schleswig-Holstein und auch den nationalen „**Pakt für Ausbildung**“ mit Leben zu erfüllen. So wurden im vergangenen Jahr allein im Bereich der IHKs mehr als eintausend neue **Ausbildungsbetriebe** eingeworben. Die pauschale Kritik im Antrag der Grünen am Bündnis für Ausbildung kann daher so auf keinen Fall stehen bleiben.

(Beifall bei der CDU und der Abgeordneten Anette Langner [SPD])

Meine Damen und Herren, auch die **Nachvermittlungsaktionen** für die Jugendlichen, die zunächst kein Ausbildungs- oder Qualifizierungsangebot bekommen hatten, waren in den letzten Jahren erfolgreich. Durch die persönlichen Gespräche bei der Nachvermittlung konnte allen erschienenen Jugendlichen ein Ausbildungsplatz oder einer Perspektive für eine berufliche Qualifizierung aufgezeigt werden. Ich setze darauf

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Zahlen sind anders!)

(Johannes Callsen)

- doch, Herr Hentschel, das stimmt! -, dass dies auch in Zukunft so sein wird.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: 1.000 Jugendliche sind in Arbeitslosenklassen!)

- Ich sprach von beruflichen Qualifizierungen und Perspektiven. Was die Situation in diesem Jahr angeht - und da kommen wir zu Ihrem Antrag -, stellt uns die gestiegene **Zahl der Schulabgänger** sicherlich vor eine besondere Herausforderung. So lag die Zahl der gemeldeten Bewerber bei den Arbeitsagenturen im Mai dieses Jahres um 10 % über dem Vorjahr. Gleichzeitig stieg die **Zahl der gemeldeten Ausbildungsstellen** in Schleswig-Holstein um 2,5 % gegenüber dem Vorjahr. Nur zum Vergleich: In Westdeutschland insgesamt ging sie um 4,5 % zurück. Auch das ist ein Zeichen für die hohe Ausbildungsintensität hier im Lande. Im Übrigen schalten nicht alle Unternehmen bei der Azubisuche die Arbeitsagentur ein. Noch sind längst nicht alle Ausbildungsverträge bei den Kammern eingetragen. Es gibt also bis zum Beginn des neuen Ausbildungsjahres noch viel Bewegung. Deswegen ist zur Panikmache überhaupt noch keine Veranlassung.

(Beifall bei der CDU)

Übrigens hat auch die **Bundesagentur für Arbeit** mit einer Pressemitteilung im Juni diesen Jahres dazu beigetragen, die Verwirrung in der Lehrstellen Diskussion aufzuklären. Zurückgeführt wird die Verwirrung insbesondere darauf, dass die BA das alte Vermittlungssystem COMPAS durch das neue Verfahren **VerBIS** abgelöst hat. In VerBIS werden bundesweit 25.000 Jugendliche, die bereits Zusagen für Alternativen haben, diese aber noch nicht begonnen haben, als unversorgte Bewerber geführt. Das führt natürlich zu einer Erhöhung der statistischen Lehrstellenlücke.

Die Landesregierung hat mit dem Aktionsprogramm Ausbildung eine Grundlage gelegt, um die Förderung der bewährten Ausbildungsplatz-Akquisitore fortzusetzen und Ausbildungszuschüsse für die betriebliche Ausbildung benachteiligter Jugendlicher zu gewähren. Auch die berufsbildenden Schulen werden - so ist es vereinbart - zusätzliche Plätze bereitstellen.

Zu den Bemühungen im Rahmen des Bündnisses für Ausbildung gehört außerdem die intensive Werbung für **Teilzeitausbildung** sowie für neue und **zweijährige Berufsausbildungen**. Gerade in diesem Bereich sind in den vergangenen Jahren eine ganze Reihe neuer Berufe - insgesamt neun - geschaffen worden, mit denen dann auch zusätzliches

Potenzial in der Ausbildung erschlossen wird. Den **Ausbildungsplatz-Akquisiteuren** ist es im vergangenen Jahr gelungen, rund 2.000 Ausbildungsplätze sowie über 1.200 Plätze für Einstiegsqualifizierungen einzuwerben. Auch dies zeigt, dass die Landesförderung hier gut angelegtes Geld für die Jugendlichen ist.

Welche Bedeutung diese **Einstiegsqualifizierungen** haben, wird insbesondere daran deutlich, dass die **Übernahmequote** in Ausbildung im Bereich der IHKs bei über 50 %, im Handwerk sogar bei 75 % liegt. Bei dieser Gelegenheit gilt es aber auch, den zahlreichen örtlichen Initiativen für mehr Ausbildungsplätze sowie den Zeitungsverlagen im Lande für die publizistische Begleitung dieses wichtigen Themas Dank zu sagen. So bietet der Schleswig-Holsteinische Zeitungsverlag im Rahmen seiner Aktion „Starthilfe 2006“ Jugendlichen die Möglichkeit, kostenlose Lehrstellenanzeigen zu veröffentlichen.

Verantwortung für die Ausbildung Jugendlicher tragen aber ebenso Schule und Elternhäuser. Die mangelnde Ausbildungsreife ist ein wesentlicher Grund für die schlechte Situation auf dem Lehrstellenmarkt. Das hat der DIHK erst kürzlich in einer Umfrage wieder festgestellt. Mit 66 % am häufigsten klagten die Unternehmen darüber, dass die Lehrstellenbewerber sich weder schriftlich noch mündlich ausdrücken können. Der DIHK sieht hier eindeutige Parallelen zum Abschneiden deutscher Schüler im PISA-Test. Unzureichende Leistungsbereitschaft und zu geringe Motivation sind für immerhin 52 % der Betriebe ein Zeichen für **mangelnde Ausbildungsreife**. An diesem Punkt können auch die Eltern ganz entscheidend mitwirken, um ihren Kindern gute Voraussetzungen für eine Ausbildung zu geben. Die IHK Schleswig-Holstein geht jedenfalls davon aus, dass durch mangelnde Ausbildungsreife jedes Jahr hier im Land mehr als 500 Ausbildungsplätze verloren gehen.

Die CDU-Fraktion unterstützt, dass die Landesregierung den Klagen der Betriebe über mangelnde Ausbildungsfähigkeit mit einem Landeskonzept zur Intensivierung der Zusammenarbeit von Schule und Wirtschaft begegnet, in das die Bündnispartner intensiv einbezogen werden. Neben der mangelnden Ausbildungsreife führt ein Drittel der in der DIHK-Umfrage befragten Unternehmen die Unsicherheit in Bezug auf die eigene **wirtschaftliche Perspektive** als kritischen Punkt ins Feld. Dieses zweitgrößte Ausbildungshemmnis ist aber laut DIHK im Vergleich zum Vorjahr auch wegen der besseren Konjunktur gesunken. Dies lässt auch mich optimistisch sein, dass die bessere wirtschaftliche Situation in

(Johannes Callsen)

Schleswig-Holstein noch Spuren auf dem Ausbildungsmarkt hinterlassen wird - positive Spuren, wohl gemerkt.

Daher zum Abschluss mein Appell an unsere Unternehmen: Bitte unterstützen Sie unsere gemeinsamen Anstrengungen und nutzen Sie die besser gewordene Konjunkturlage, um zusätzliche Ausbildungsplätze einzurichten, die wir für die höhere Zahl der Schulabgänger in diesem Jahr dringend benötigen!

(Beifall bei CDU und SPD)

Lassen Sie uns gemeinsam den Jugendlichen eine berufliche Perspektive geben! Die Schaffung von Ausbildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten bleibt unsere gemeinsame Kernaufgabe in Schleswig-Holstein.

(Beifall bei CDU und SPD)

**Präsident Martin Kayenburg:**

Für die Fraktion der SPD erteile ich Frau Abgeordneter Anette Langner das Wort.

**Anette Langner [SPD]:**

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Bei steigenden Schulabgängerzahlen ist es nach wie vor eine Herausforderung, unserem Ziel nahe zu kommen, allen ausbildungsfähigen und ausbildungswilligen Jugendlichen Angebote für **Ausbildung und Qualifizierung** zu machen. Anders als der Kollege Hentschel bin ich der Meinung, dass das **Bündnis für Ausbildung** in Schleswig-Holstein ein Erfolgsmodell ist. Wenn wir das Bündnis für Ausbildung nicht hätten, wäre die Lage in Schleswig-Holstein sicherlich deutlich schlechter. Das zeigt ein Vergleich der Zahlen in den Bundesländern.

(Beifall bei SPD und CDU)

Ich möchte an dieser Stelle ganz ausdrücklich allen Akteuren im Bündnis für Ausbildung danken. Denn sie haben erreicht, dass die Zahl der **Ausbildungsstellen** - zuletzt noch durch die Aktivitäten am Tag der Ausbildung, an dem auch mehrere Kolleginnen und Kollegen Landtagsabgeordnete beteiligt waren - deutlich gestiegen ist.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bei allen Erfolgen aber - da gebe ich dem Kollegen Hentschel Recht - bleibt viel zu tun. Denn die Lage auf dem **Ausbildungsstellenmarkt** bleibt weiterhin angespannt. Die Lücke zwischen unbesetzten Ausbildungsstellen und noch nicht vermittelten Bewerberinnen und Bewerbern ist zu Beginn des neuen Ausbildungsjahres groß. Für zahlreiche Bewerberinnen und Bewerber stehen noch nicht in ausreichendem Maße Angebote bereit, eine Situation, die sich in den nächsten Monaten noch ändern muss, aber auch ändern kann.

Der Kollege Callsen hat schon auf die Statistik hingewiesen. Daher will ich nur noch kurz deutlich machen, dass die Zahl der **ausbildungswilligen Jugendlichen**, denen wir keine Ausbildungsstelle zur Verfügung stellen können, zwar um 23 % gestiegen ist; im Gegenzug dazu aber ist die Anzahl der **offenen Ausbildungsstellen** um 13,8 % in Schleswig-Holstein gestiegen. Auch melden nicht alle Betriebe die bei ihnen verfügbaren Stellen den Agenturen für Arbeit, sodass noch mit einem **versteckten Potenzial** zu rechnen ist, das wir in der gemeinsamen Aktion des Bündnisses für Ausbildung zu Beginn des Ausbildungsjahres noch erschließen können.

Vor allem Jugendliche mit Hauptschulabschluss und schlechten schulischen Leistungen haben geringere Chancen auf einen Ausbildungsplatz. Dazu kommen Jugendliche und junge Erwachsene, die Arbeitslosengeld II beziehen und teilweise lange Maßnahmenkarrieren hinter sich haben, ohne dass sie eine Ausbildung erfolgreich haben abschließen können. Die **Arbeitslosenquote bei jungen Menschen** unter 25 ist dadurch in Schleswig-Holstein nach wie vor überdurchschnittlich hoch.

Deswegen - da bin ich anderer Ansicht als der Kollege Hentschel - haben wir in unserem Antrag einige Impulse gesetzt und einige Maßnahmen dazu vorgeschlagen, wie man das Bündnis für Ausbildung weiterentwickeln kann. Ich will dabei einige Handlungsfelder hervorheben.

Erstens. Meiner Ansicht nach müssen wir früher anfangen und neue Instrumente nutzen. Zweitens ist es wichtig, individuell abgestimmte Förderung und Unterstützung sowohl für die Betriebe, die ausbilden oder ausbilden wollen, als auch für die Auszubildenden selbst anzubieten.

Sehr geehrte Damen und Herren, die von der Wirtschaft oft bemängelte **Ausbildungsreife** der Jugendlichen, die sich sowohl in fehlenden theoretischen Grundlagen als auch in fehlender sozialer Kompetenz ausdrückt, muss in enger Kooperation von Schule und Wirtschaft weiterentwickelt werden. Die Angebote der **offenen Ganztagschulen** bieten hierfür neue Chancen. Es muss gelingen, dass Jugendliche und Betriebe mit realistischen Erwartungen aufeinander zugehen. Ich begrüße es deshalb sehr, dass der Arbeitsminister bei der Ausgestaltung des Zukunftsprogramms „Arbeit“ plant,

(Anette Langner)

zwei Drittel der zur Verfügung stehenden **ESF-Mittel** für die Förderung von Jugendlichen beim Übergang von der Schule zum Beruf auszugeben.

(Beifall bei SPD und CDU)

Es besteht, glaube ich, Konsens bei allen Akteuren, dass viele Probleme bei der Vermittlung in Ausbildung ihre Wurzeln in der **Schule** haben. Bei der Förderung, Unterstützung und Beratung von ausbildenden Betrieben spielen die **Ausbildungsplatzakquisiteure** eine wichtige Rolle. Der Kollege Callsen hat schon darauf hingewiesen. Denn viele Betriebe melden ihre freien Ausbildungsplätze den Agenturen für Arbeit nicht. Das Aufgabenspektrum der Akquisiteure umfasst jedoch neben der Einwerbung von Ausbildungsplätzen auch die konkrete Vermittlung geeigneter Jugendlicher sowie die Akquirierung von Plätzen für **Einstiegsqualifizierungen**. Dieses Instrument hat sich im letzten Ausbildungsjahr bewährt und wurde in vielen Fällen ein Einstieg in Ausbildung. Wichtig ist aber, dass Einstiegsqualifizierungen weiter nachrangig zu Ausbildungsplätzen bleiben und diese nicht ersetzen.

Das Engagement der Türkischen Gemeinde Schleswig-Holstein zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze und zur **Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund** in das Arbeitsleben muss weiterhin unterstützt werden. Da gebe ich dem Kollegen Hentschel ausdrücklich Recht.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Kooperation zwischen der IHK zu Kiel und der Türkischen Gemeinde mit einer Ausbildungsplatzakquisiteurin, die gezielt Betriebe von Migranten aufsucht und berät, ist in diesem Jahr erfolgreich angelaufen und sollte ein Schwerpunkt weiterer Förderung sein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Um die Bereitschaft von Unternehmen, auch Jugendliche mit Hauptschulabschluss, vor allem in strukturschwachen Regionen, auszubilden, müssen wir weiter nachdrücklich werben. Die bisherigen guten Erfahrungen, die mit den **zweijährigen Werkerausbildungen** gemacht wurden, sollten auf weitere Berufsfelder ausgeweitet werden. Das ist ein ausdrücklicher Wunsch der ausbildenden Betriebe, der Handwerkskammern und der IHKs.

Eine besonders enge **Kooperation** der Akteure ist auch in Zukunftsfeldern, in denen wirtschaftliches Wachstum und damit Ausbildungskapazitäten zu erwarten sind, gefordert. Es handelt sich hierbei in der Regel um kleine Unternehmen oder Existenzgründer, die man beim Thema Ausbildung ganz ge-

zielt beraten und davon überzeugen muss, dass Ausbildung auch für diese Unternehmen ein zukunftsweisender Weg ist.

Besondere Fördernotwendigkeiten - darauf hat auch der Kollege Callsen hingewiesen - ergeben sich für Auszubildende, die junge Mütter oder Väter sind, durch ein größeres Angebot an **Teilzeitausbildungen**. Interessierte Betriebe sind dabei gezielt zu beraten. Dieses Instrument ist meiner Ansicht nach bei Betrieben noch viel zu wenig bekannt.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und CDU)

Um einen **Abbruch der Ausbildung** zu vermeiden, müssen bei Schwierigkeiten in der Ausbildung Jugendliche und Betriebe mit geeigneten Maßnahmen unterstützt werden, die fachliche, sozial bedingte oder aufgrund von falschen Erwartungen entstandene Probleme auffangen.

Meiner Ansicht nach ist heute ein guter Zeitpunkt, mit allem Nachdruck an die Akteure im Bündnis für Ausbildung zu appellieren, **zusätzliche Ausbildungsplätze** bereitzustellen, zu akquirieren oder mit Fördermaßnahmen zu unterstützen, damit wir unser gemeinsames Ziel erreichen, jeder Schulabgängerin und jedem Schulabgänger ein Angebot machen zu können. Ich bitte Sie deshalb, unserem Änderungsantrag, den ich für inhaltlich deutlich konkreter halte, weil er einen konkreten Handlungsbedarf und konkrete Maßnahmen benennt, zuzustimmen und den Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abzulehnen.

(Beifall bei SPD und CDU)

**Präsident Martin Kayenburg:**

Für die Fraktion der FDP erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug das Wort.

**Dr. Ekkehard Klug [FDP]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Zahl der Schulabgänger steigt. Dagegen stagniert die Zahl der jährlich neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge bei geringfügigem Auf und Ab von Jahr zu Jahr. So ist die Bilanz in Schleswig-Holstein für die letzten sechs Jahre.

(Zuruf)

- Doch, das ist so. Auch wenn man einräumen muss, dass die **Ausbildungsplatzbilanz** in Schleswig-Holstein deutlich besser ist als in vielen anderen Bundesländern, bedeutet die von mir beschriebene Entwicklung, dass eine Schere aufgeht, wobei die Zahl derjenigen, die entweder keine Berufsausbildung erhalten oder sich in diversen vollzeitschu-

**(Dr. Ekkehard Klug)**

lischen Maßnahmen befinden, von Jahr zu Jahr wächst.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das zeigen beispielsweise auch die Daten in dem Anfang Juni von der Kultusministerkonferenz und vom Bundesbildungsministerium vorgelegten **Bildungsbericht 2006**. Auch darin ist die Entwicklung für die letzten Jahre in Deutschland insgesamt sehr eindrucksvoll beschrieben worden.

Manche der **vollzeitschulischen Angebote**, in denen viele junge Leute, die keinen Ausbildungsplatz bekommen, landen, sind sicherlich hilfreich, weil sie zu einer höheren Qualifikation führen und damit die Chance für einen späteren Einstieg in die Berufsausbildung verbessern. Aber es gibt auch Angebote, die sich als Warteschleifen ohne weitere Perspektive erweisen. Das genau ist das Problem, über das es hier auch zu diskutieren gilt. Wenn die Regionaldirektion der Agentur für Arbeit beispielsweise davon spricht, dass mehr als die Hälfte der zurzeit knapp 18.000 arbeitslosen Jugendlichen in Schleswig-Holstein über keine Ausbildung verfügt, dann berührt dies nicht nur bildungspolitische Fragen, sondern es berührt in erheblichem Maße auch gesellschaftliche und wirtschaftliche Probleme von großer Tragweite. Darin steckt eine soziale Zeitbombe.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Angesichts dieser Lage ist das, was die Landesregierung an Problemlösungen anbietet, einfach ungenügend. Es ist kein schlüssiges Konzept erkennbar, wie das Land die **Bildungs- und Ausbildungskrise** überwinden könnte. Gleichzeitig häufen sich die Anzeichen dafür, dass die Landesregierung an wesentlichen Punkten das Nötige unterlässt oder einfach hoffnungslos hinter den Entwicklungen herhinkt.

Beispiel 1: Die Landesregierung unternimmt nichts oder jedenfalls nichts Spürbares, um die **Ausbildungsreife** der Schulabgänger - das Thema hat Kollege Callsen ja angesprochen - zu verbessern und damit den fatalen Trend, dass immer neue Warteschleifen organisiert werden müssen, zu verringern.

Beispiel 2: **Schule und betriebliche Praxis** sind nicht ausreichend miteinander verzahnt. Unser Nachbarland Hamburg meldete Ende Mai, also vor wenigen Wochen, dass die Zahl der Hauptschüler, die in Hamburg in ein Ausbildungsverhältnis vermittelt werden konnten, dort durch wöchentliche

Praxislernetage um bis zu 50 % gesteigert werden konnte.

Solche Meldungen hört man aus Schleswig-Holstein betäublicher Weise nicht.

Beispiel 3: Als eine unheimliche Begegnung der besonderen Art erwies sich ein gestern von mir durchgeführter Test mit dem „**Sonderportal Schule@Wirtschaft**“ auf dem Landesbildungsserver Schleswig-Holstein“. Einen Auszug habe ich dabei. Für die erste Irritation sorgte dabei schon der auf der Startseite platzierte Hinweis auf eine Rede, die Ministerpräsidentin Heide Simonis im Jahre 1999 gehalten hat.

Neuer Anlauf, neue Chance? - Nach Aufruf der Seite „Berufswahl“ erschien der besonders hervorgehobene Hinweis: „jetzt neu: Lehrerhandreichung bestellen!“. Wie gesagt: Thema Berufswahl! Versucht man es mit diesem Link, zeigt der Monitor jedoch eine Pressemitteilung mit der Überschrift: „Lehrerhandreichung AusbildungPlus zum Thema ‚Berufswahl‘ erscheint im September 2002“.

Dabei handelt es sich, wohlgemerkt, nicht um eine zeitgeschichtliche Präsentation des Themas aus dem schleswig-holsteinischen Landesarchiv, sondern um ein Internetportal, das sich als aktuelles Informationsangebot der Landesregierung aus gibt.

Die Landesregierung eröffnet mit Vorliebe neue Baustellen, von der famosen „Gemeinschaftsschule“ bis zu den „Regionalen Berufsbildungszentren“, insbesondere im Bildungsbereich. Dort wird an allen Ecken und Enden eine neue Baugrube ausgehoben. Davor stehen Hinweistafeln mit dem Versprechen, man könne dort eines fernen Tages wahre Paläste der Volksbildung vorfinden. Das jedoch, was heute getan werden müsste, bleibt ungetan und Fragen bleiben unbeantwortet - ob nun aus mangelnder Arbeitskapazität oder weil man ohnehin nicht weiter weiß.

In dieses Bild fügt sich die traurige Tatsache, dass die berufliche Bildung hierzulande in der Bildungspolitik nicht einmal eine zweite Geige spielt. Die Leitung der zuständigen Abteilung im Bildungsministerium - es ist schade, dass die Ministerin heute nicht hier ist - ist bereits seit langem nicht mehr „vom Fach“, das heißt durch einen „Berufsbildner“ besetzt. Wie es aussieht, wird das wohl auch nach der bevorstehenden Neubesetzung so bleiben.

In dieses Bild fügt sich der Umstand, dass Schleswig-Holstein beim **Lehrernachwuchs** in der beruflichen Bildung weit hinter seinen Möglichkeiten zurückbleibt - im gewerblich-technischen Bereich mit einem millionenteuren Ausbildungsgang, Stu-

(Dr. Ekkehard Klug)

diengang mit nur einer handvoll Absolventen pro Jahr in Flensburg, weniger, als man für das viele Geld, das dort investiert worden ist, erwarten könnte.

In dieses Bild fügt sich im Übrigen auch die Beschwerde, die kürzlich mehreren Mitgliedern des Landtages von einer Besuchergruppe von Verwaltungsauszubildenden vorgetragen worden ist, eine Klage über hoffnungslos **veraltete Ausbildungsinhalte**, nämlich nur Kameralistik, keine kaufmännische Buchführung. Wir wissen doch - Stichwort Verwaltungsmodernisierung -, dass sich im Verwaltungsbereich so einiges getan hat. Thematisiert wurde auch die mangelnde Anerkennung der Abschlüsse außerhalb Schleswig-Holsteins.

Ab Anfang August 2006 gibt es in Deutschland 22 neue oder **neu geordnete Ausbildungsberufe**. Kann die Landesregierung eigentlich darlegen, in welchen dieser neuen oder neu geordneten Berufe in Schleswig-Holstein nach den Sommerferien - es ist nicht mehr lange hin - Ausbildungsangebote und damit natürlich auch die entsprechenden Berufsschulangebote bestehen werden? Und wenn ja, in welchem Umfang?

Gerade im Hinblick auf die erwähnten Handreichungen aus dem Jahre 2002, auf die ich vorhin zu sprechen gekommen bin, ist darauf hinzuweisen: In der Arbeitswelt, in den Berufsfeldern gibt es ein solch hohes Maß an Innovation, an Entwicklung neuer Berufsbilder, dass man nur dann in der Lage sein wird, die Ausbildungsplätze, die wir brauchen, bereitzustellen, wenn man solche innovativen Entwicklungen aufgreift und bei dem Angebot auf der Höhe der Zeit bleiben kann.

Es gibt eindeutig einen Trend hin zu mehr **Spezialisierung**. Ich nehme nur ein Beispiel, die Einführung des neuen Ausbildungsberufes Kaufmann oder Kauffrau für Dialogmarketing - Stichwort Callcenter - oder die Servicefachkraft für Dialogmarketing. Das ist ein Beispiel, das übrigens auch zeigt, dass wir es immer mehr mit einer Zweigleisigkeit zwischen dreijährigen, höherwertigen Ausbildungsberufen und zweijährigen, einfacheren Ausbildungsberufen zu tun haben. Auch diese Entwicklung ist sehr wichtig. Sie gibt jungen Leuten, die vom Theoriepensum her nicht die hohen Anforderungen erfüllen können, die bei einer dreijährigen Ausbildung erfüllt werden müssen, eine berufliche Perspektive, im Kfz-Gewerbe beispielsweise als Kfz-Servicemechaniker. Das sind ganz wichtige Tendenzen. Es gilt, diese Entwicklung so gut wie möglich im Angebot an zusätzlichen Ausbildungsplätzen umzusetzen.

Darüber hinaus ist die Landesregierung aufgerufen, eine Antwort auf die Frage zu geben, was aus den vielen Tausend jungen Schleswig-Holsteinern werden soll, die in der Arbeitslosenstatistik als **ALG-II-Empfänger** ohne Ausbildung geführt werden. Würde man es mit der Devise „Fördern und Fordern“ ernst meinen, dann müsste ein für diese Gruppe maßgeschneidertes Bildungskonzept geschaffen werden, das von der Sicherstellung der Ausbildungsreife bis hin zu adäquaten beruflichen Bildungsangeboten reichen müsste.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Am vorletzten Montag haben wir hier in diesem Plenarsaal im Rahmen des Kieler-Woche-Gesprächs einen Vortrag unseres dänischen Kollegen, des Folketingabgeordneten Ole Stavad, gehört. Herr Stavad hat hier eindrucksvoll geschildert, in welcher Weise in Dänemark Arbeitsmarktpolitik und berufliche Bildung miteinander im Sinne einer breiten Palette unterschiedlicher Qualifizierungs- und Bildungsangebote für arbeitslose Menschen mit dem Ergebnis verzahnt worden sind, dass das nachhaltig zur Vermittlung von Arbeitslosen in berufliche Tätigkeiten beigetragen hat. Dieses Beispiel einer aktivierenden, gerade auf Qualifizierungsmaßnahmen setzenden Arbeitsmarktpolitik sollten wir für unser Land als Vorbild nehmen. Es ist ein wichtiger Ansatz, um gerade für die beschriebene Problemgruppe Perspektiven zu entwickeln und zu verhindern, dass uns ein soziales Problem in den nächsten Jahren weiter aus dem Ruder läuft.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Martin Kayenburg:**

Für die Abgeordneten des SSW erteile ich der Vorsitzenden, der Frau Abgeordneten Anke Spoorendonk, das Wort.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Jedes Jahr im Herbst fragt sich die deutsche Öffentlichkeit besorgt, ob alle Jugendlichen, die es wünschen, auch einen geeigneten Ausbildungsplatz finden. Wir haben in den vergangenen Jahren vielfach über den richtigen Weg zur Verbesserung der Ausbildungssituation in der Bundesrepublik gestritten. Die Erhebung einer Ausbildungsplatzabgabe für nicht ausbildende Betriebe hat seinerzeit auch der SSW abgelehnt, weil sie zu bürokratisch und zu abschreckend wirken würde. Stattdessen wurde auf Bundesebene ein Ausbildungspakt zwischen der

**(Anke Spoorendonk)**

Wirtschaft und der Bundesregierung vereinbart. Ob dieser Pakt auf Bundesebene erfolgreich war, darüber lässt sich angesichts der Tatsache, dass immer noch viele Tausende Lehrstellen fehlen, allerdings schon streiten.

Aber in unserem Land sieht die Ausbildungssituation immer noch etwas anders aus. In Schleswig-Holstein haben wir bereits seit 1997 ein relativ erfolgreiches Bündnis für Ausbildung, das von der Landesregierung, der Wirtschaft und den Gewerkschaften getragen wird. Dieses Bündnis hat gut gearbeitet, denn die **Ausbildungszahlen** für Schleswig-Holstein lagen in den letzten Jahren immer über dem Bundesdurchschnitt. Der SSW hat dieses Bündnis immer unterstützt.

Die aktuellen landesweiten Zahlen kennen wir leider noch nicht. Aber alle Verantwortlichen haben darauf hingewiesen, dass sich die Lücke zwischen Angebot und Nachfrage in Schleswig-Holstein im Vergleich zum Vorjahr leicht verkleinert hat. Im Bericht der Landesregierung über die Ausbildungssituation vom letzten Jahr wird auch hervorgehoben, dass Schleswig-Holstein Ende August bei der Relation der unbesetzten Stellen zu den noch nicht vermittelten Bewerbern im Ländervergleich am besten dasteht.

Das zeigt, dass das Sofortprogramm des Landes 2004 - vom damaligen Wirtschaftsminister Rohwer initiiert - sehr gute Ergebnisse gebracht hat. Insbesondere hat Schleswig-Holstein gute Erfahrungen mit den vom Land geförderten **Akquisiteuren** gemacht. Es macht einfach Sinn, dass man potenzielle Ausbildungsbetriebe direkt anspricht. Die persönliche Ansprache der Betriebsinhaberinnen und Betriebsinhaber wirkt einfach besser als öffentliche Aufrufe oder Anschreiben.

(Zuruf der Abgeordneten Angelika Birk  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Deshalb muss dieser Teil des Sofortprogramms unbedingt fortgesetzt werden.

Allerdings weist der DGB zu Recht darauf hin, dass trotz gestiegener Lehrstellenzahlen auch die Zahl der **unversorgten Jugendlichen** weiterhin angestiegen ist. Das ist ja auch der Hintergrund des Antrages von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Der DGB stellt in einer Pressemitteilung richtigerweise fest, dass in Schleswig-Holstein auf 100 Bewerber nur noch 77 Lehrstellen und Ausbildungsplätze kommen. Das liegt natürlich auch daran, dass wir im Moment geburtenstarke Jahrgänge bei den Schulabgängern haben. In 2006 werden wir mit 33.000 Jugendlichen sogar 1.200 Schulabgänger mehr als im

letzten Jahr haben. So sieht die Situation aus, aber auch diese Situation kam nicht überraschend.

Deshalb geht es aus Sicht des SSW darum, dass die Politik, die Wirtschaft und die Gewerkschaften gemeinsam ihre Anstrengungen weiterhin intensivieren, damit wir allen Jugendlichen eine berufliche Perspektive geben können. Wir begrüßen daher, dass die Grünen dieses Thema auf die Tagesordnung gesetzt haben. Denn es ist wirklich wichtig, dass wir diese Anstrengungen zur Schaffung weiterer Ausbildungsplätze auch seitens des Landtags aktiv unterstützen.

Auch die Kritik der IHKs und der Handwerkskammern über die fehlende **Qualifikation** der jungen Schulabgängerinnen und Schulabgänger ist schon seit Jahren bekannt und insofern keine neue Erkenntnis; dies wird ja auch immer wieder diskutiert. So geht aus einer jüngst vom Institut der deutschen Wirtschaft bekannt gewordenen Studie hervor, dass jeder fünfte Jugendliche in der Berufsschule scheitert. Danach ist die Anzahl der Abbrecher an beruflichen Schulen in den vergangenen zehn Jahren von rund 16 % auf rund 22 % gestiegen. Allein 2004 haben demnach in Deutschland fast 240.000 Jugendliche ihre Berufsschule oder das Berufsvorbereitungsjahr ohne Abschluss verlassen.

In diesem Zusammenhang wird auf die PISA-Studie verwiesen, wonach gut jeder fünfte 15-Jährige als Risikoschüler eingestuft wird, weil er allenfalls einfachste Aufgaben im Lesen oder Rechnen beherrscht. Auch dies ist nicht wirklich neu. Ich sage dies so ausdrücklich, weil wir nicht so tun dürfen, als würden wir von diesen Erkenntnissen überrascht.

Es sind dramatische Zahlen. Deshalb muss es ein weiterer Schwerpunkt unserer Arbeit sein, dass wir die Qualifikationen der Jugendlichen entscheidend verbessern.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aus Sicht des SSW geht vor diesem Hintergrund auch kein Weg daran vorbei, das **Schulsystem** grundlegend zu reformieren. Es ist ganz einfach nicht hinnehmbar, dass wir den überwiegenden Teil aller schulischen Probleme auf die Hauptschule abwälzen. Denn das tun wir und dies belegen genug Studien und Statistiken.

(Beifall beim SSW)

Die Landesregierung hat angekündigt, dass sie im neuen Schulgesetz zumindest Gemeinschaftsschulen zulassen will. Wir ermutigen sie, diesen Weg weiterhin zu beschreiten. Denn das ist ein richtiger Schritt.

(Anke Spoorendonk)

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist auch wichtig, daran festzuhalten, dass das gegliederte Schulsystem nicht die Fragen von heute beantworten und die Anforderungen von morgen erfüllen kann. Wir müssen unser Schulsystem weiterentwickeln. Wir dürfen nicht zulassen, dass Kinder und Jugendliche immer nur in einer Gruppe - in diesem Fall in der Gruppe der Verlierer - festgehalten werden. Wir müssen also das Schulsystem ändern und den Inhalt von Schule weiterentwickeln. Nur dadurch werden wir das Bildungsniveau insgesamt verbessern können.

Ein weiterer Punkt in der Diskussion um die Verbesserung der Qualifikationen von Jugendlichen ist aus Sicht des SSW, dass das duale **Ausbildungssystem flexibler** und zum Beispiel in die Lage versetzt wird, schneller auf neue Berufsbilder oder inhaltliche Entwicklungen innerhalb eines Ausbildungsberufes zu reagieren. Die neuen zweijährigen Ausbildungen machen deutlich, worum es aus unserer Sicht geht.

Wir bleiben dabei, dass man eine stärkere Modularisierung von Ausbildungsgängen in die Wege leiten sollte. Damit würde man sowohl den tüchtigeren als auch den schwächeren Azubis - und den Anforderungen der Wirtschaft ebenfalls - entgegenkommen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Des Weiteren sind die bisherigen Erfahrungen mit den **Regionalen Berufsbildungszentren** aus Sicht des SSW ein Schritt in die richtige Richtung. Dies gilt vor allem für die Zusammenarbeit von Berufsschule und Wirtschaft, die durch diese neuen Konstruktionen gestärkt wird. Aus regionaler Sicht führt dies dazu, dass man schneller auf Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt reagieren kann. Ich möchte noch einmal hervorheben, dass das preisgekrönte Pilotprojekt der Gewerblichen Beruflichen Schule der Stadt Flensburg für ihre duale berufs begleitende Weiterbildung zum Techniker Mechatronik dafür ein herausragendes Beispiel ist.

(Beifall beim SSW)

Die Ansätze der Grünen, die sie in ihrem Antrag formuliert haben, kann der SSW grundsätzlich unterstützen.

Natürlich muss die Bundesagentur für Arbeit ihre Fördermittel ausschöpfen und für qualifizierende Maßnahmen in Bezug auf die Jugendlichen zielführend einsetzen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist allerdings eine Selbstverständlichkeit, möchte ich hinzufügen. Sollte dies dennoch nicht der Fall sein, dann muss die Landesregierung handeln.

Auch die Forderung, dass die Schulabgängerinnen und Schulabgänger, die noch keinen Ausbildungsplatz gefunden haben, ein Qualifizierungs- oder Bildungsangebot bekommen sollten, können wir befürworten. Genau dies war ein Punkt im Tolerierungsvertrag, den wir mit SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nach der Landtagswahl beschlossen hatten. Wir meinen nämlich, dass nur solche konkreten Forderungen letztendlich zu einem Erfolg führen werden.

Ich betone es noch einmal: Ein solches Angebot funktioniert. Man muss nur den Blick über die Grenze wagen. Dort hat man erreicht, dass die Jugendarbeitslosigkeit nicht mehr existent ist. Also, es gibt aktuelle Probleme, die nicht nur mit Schule und Ausbildung, sondern mit der gesamtgesellschaftlicher Entwicklung und der Art und Weise, wie wir mit Ausbildung und Arbeitslosigkeit umgehen, zu tun haben.

Ich möchte eines deutlich machen: Von der Wirtschaft hören wir in letzter Zeit immer wieder, die Konjunktur springe an und bald hätten wir einen **Mangel an Fachkräften**. Dies steht uns bevor. Vor diesem Hintergrund wäre es katastrophal und ein Skandal, wenn wir trotzdem eine hohe Jugendarbeitslosigkeit und insgesamt eine hohe Arbeitslosigkeit zu verzeichnen hätten. Das ist nicht hinnehmbar und insofern sind wir weiter gefragt.

(Beifall bei der SPD)

Zu den beiden Anträgen noch eine Bemerkung, Herr Präsident. Inhaltlich werden wir den Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Gänze unterstützen. Wir finden allerdings, dass man nicht gegen den Antrag von CDU und SPD sein kann. Darum hoffen wir auf alternative Abstimmung und wir werden beiden Anträgen zustimmen.

(Beifall beim SSW - Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Das geht bei alternativer Abstimmung nicht! - Heiterkeit)

**Präsident Martin Kayenburg:**

Frau Kollegin, Sie werden die Chance bekommen, sich zu beiden Anträgen zu äußern - allerdings nicht in alternativer Abstimmung.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Entschuldigung, Herr Präsident, ich muss mich korrigieren. Das war Tüddelkram, was ich sagte. Wir

(Anke Spoorendonk)

werden beiden Anträgen zustimmen und das geht bei einer alternativen Abstimmung natürlich nicht.

**Präsident Martin Kayenburg:**

Ich hatte Ihnen gesagt, dass Sie dazu die Gelegenheit bekommen werden. Nun hat für die Fraktion der SPD Frau Abgeordnete Jutta Schümann das Wort.

**Jutta Schümann [SPD]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich in Ergänzung zu den Ausführungen meiner Kollegin Anette Langner noch etwas zu den bildungspolitischen Aspekten des Antrags der Grünen sagen.

Der Antrag fordert unter Punkt 3, die Regierung möge dafür sorgen, dass jeder Schulabgänger ohne Ausbildungsplatz ein schulisches Angebot für eine Qualifizierungs- oder Bildungsmaßnahme bekommt. - Ich gehe davon aus, dass den Antragstellern bekannt ist, dass gemäß § 40 und § 43 Schulgesetz Minderjährige der Schulpflicht unterliegen, und zwar unabhängig davon, ob sie ein Ausbildungsverhältnis eingegangen sind oder eine berufsbildende Schule mit Vollzeitunterricht besuchen.

Nach den Zahlen des letztjährigen **Berichts zur Unterrichtsversorgung** besuchten im laufenden Schuljahr über 63.000 Schülerinnen und Schüler eine Berufsschule. Davon standen 56.000 in einem Ausbildungsverhältnis; das ist zunächst einmal eine sehr beruhigende und gute Zahl. 500 Teilnehmer waren im Berufsgrundbildungsjahr und rund 1.800 im ausbildungsvorbereitenden Jahr. Knapp 4.200 nahmen an berufsvorbereitenden Maßnahmen teil und gut 1.000 waren ohne entsprechende Vorbereitungsmaßnahme.

Was der Antrag der Grünen zu Recht fordert, ist eine Verstärkung der **Qualifizierungsmaßnahmen**. Wir wollen zwar keine Vollverstaatlichung der Berufsausbildung, aber wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass das duale System auf dem Rückzug ist und dass die Qualifizierungsangebote, die nicht zu einem Berufsabschluss führen, bundesweit auf dem Vormarsch sind, wie es der gerade erschienene Bildungsbericht der Bundesregierung feststellt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Kollege Klug hat zu Recht darauf hingewiesen und da bin ich mit ihm einer Meinung. Einer Meinung bin ich mit ihm aber nicht hinsichtlich der Etatberatung der RBZ und der Chancen, die damit verbunden sind.

Das duale System kann zukünftig nur funktionieren, wenn die Wirtschaft einschließlich der kleinen und mittleren Unternehmen und der Handwerksbetriebe ihre Verpflichtung weiterhin ernst nimmt, Ausbildungsplätze in ausreichendem Maße bereitzustellen. Das scheint mir wirklich der Schlüssel zum Glück zu sein, das scheint dringend weiterhin erforderlich zu sein, selbst wenn es in Schleswig-Holstein im Bundesvergleich anders und positiver aussieht. Wir müssen weiter daran arbeiten.

Es kann auch nicht sein, dass zwar das hohe Lied auf die **Hauptschule** gesungen wird, aber in der Praxis die Hauptschulabsolventen die Verlierer des Verdrängungswettbewerbs sind, wo die Abiturienten die Ausbildungsplätze bekommen, die früher für Realschüler gedacht waren, und dass ihrerseits die Realschüler die ehemaligen Hauptschulabsolventen verdrängen, von denen ohne Abschluss ganz zu schweigen.

Es ist gut, dass das künftige Schulgesetz die Wahrscheinlichkeit verringern wird, dass junge Menschen aus dem Schulsystem ganz ohne Abschluss entlassen werden, indem an jeder Schule auch der jeweils sozusagen „niedrigere“ Abschluss erworben werden kann. Wir setzen darauf - ich bin davon auch persönlich überzeugt -, dass sich die Schule ändern muss und ändern wird. Die Schülerinnen und Schüler, und nicht nur die aus Migrantenfamilien, brauchen stärkere individuelle Förderung. Das haben Kolleginnen und Kollegen hier mehrfach betont. Seitens der potenziellen Ausbilder wird immer wieder eingewendet, die Hauptschulabsolventen würden Deutsch in Wort und Schrift so schlecht beherrschen, dass sie nicht **ausbildungsfähig** seien. Das ist ein Problem, das hier schon erwähnt wurde und auch schon lange bekannt ist. Da müssen wir in der Tat mit Nachdruck und intensiv ran.

Das Schulsystem muss also das Seine dazu tun, die Jugendlichen ausbildungsfähig zu machen. Allerdings muss auch die Wirtschaft ihren Teil zum dualen Ausbildungssystem einbringen, und das nicht nur aus purer Menschenfreundlichkeit gegenüber den jungen Menschen, sondern auch aus Eigeninteresse - die Kollegin Spoorendonk hat gerade darauf hingewiesen -, nicht aus Menschenfreundlichkeit, sondern aus Interesse für ihren künftigen Nachwuchs.

Wir werden in absehbarer Zeit einen hohen **Fachkräftemangel** haben. Es ist dringlich zu gewährleisten, dass der eigene Nachwuchs sozusagen jetzt schon ausgebildet wird. Insofern bin ich natürlich wie meine Kollegin Langner der Auffassung, dass Sie unserem Antrag zustimmen sollten, weil er in der Tat an vielen Spiegelstrichen differenzierter

(Jutta Schümann)

und nachdrücklicher ist. Ich bitte also um Ihre Zustimmung.

(Beifall bei SPD und CDU)

**Präsident Martin Kayenburg:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auf der Tribüne begrüßen wir Teilnehmer der Fortbildungsakademie der Wirtschaft, Kiel, Schülerinnen und Schüler mit ihren Lehrern der Beruflichen Schulen am Königsweg in Kiel und Mitglieder des SPD-Ortsvereins Dersau, Kreis Plön. - Seien Sie uns alle herzlich willkommen!

(Beifall)

Geschäftsleitend will ich darauf hinweisen, dass die Fraktionen übereingekommen sind, nach diesem Tagesordnungspunkt zunächst den Tagesordnungspunkt 26 „Keine Zustimmung von Schleswig-Holstein zur Elbvertiefung“ aufzurufen, weil der Zeitplan vorsieht, dass der nächste gesetzte Punkt „Medienstaatsvertrag“ erst um 12:30 Uhr beginnt. Da anzunehmen ist, dass zu diesem Punkt weitere Gäste erscheinen, sind die Fraktionen in der geschilderten Form übereingekommen. Ich bitte, die entsprechenden Redner, die zum Teil nicht hier sind, vorzuwarnen.

Nunmehr erteile ich nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung zu einem Kurzbeitrag dem Kollegen Karl-Martin Hentschel das Wort.

**Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch ich habe das Bündnis für Ausbildung immer unterstützt. Ich war auch dieses Jahr wieder unterwegs, um Ausbildungsplätze einzuwerben, zusammen mit der IHK Lübeck. Das haben viele Abgeordnete gemacht, das finde ich auch gut so. Trotzdem halte ich an der Aussage des ersten Satzes unseres Antrages fest, dem Bündnis für Ausbildung gelinge es bisher nicht, alle Jugendlichen qualifiziert unterzubringen. Das ist so. Das ist Tatsache und wir haben mit der Kleinen Anfrage vom Herbst letzten Jahres deutlich gemacht, dass jedes Jahr mehr Schülerinnen und Schüler, die ausscheiden, in den Arbeitslosenklassen landen. Letztes Jahr waren es 1.000, die weder in einem Berufsfortbildungsjahr noch in einem arbeitsvorbereitenden Jahr oder ähnlichen Qualifizierungsmaßnahmen untergekommen sind, sondern nach der Schule schlicht arbeitslos wurden oder lediglich einmal in der Woche die **Arbeitslosenklassen** besuchten. Das kann nicht so sein.

Deswegen halten wir an unserem Antrag fest, dass die Landesregierung verpflichtet wird, dafür zu sorgen, dass jeder Jugendliche nach dem Schulabschluss in einer qualifizierenden Maßnahme unterkommt. Entweder er bekommt eine berufliche Ausbildung oder es muss eine entsprechende Weiterqualifizierungsmaßnahme für ihn gefunden werden. Wir dürfen nicht zulassen, dass Jugendliche nach der Schule einfach zu Hause auf dem Sofa sitzen. Das ist verheerend für die spätere Entwicklung dieser Jugendlichen. Deswegen halte ich es auch für falsch, dass die große Koalition diesen Punkt nicht in ihren Antrag aufgenommen hat. Ich bitte, noch einmal einen Vorschlag zu machen. Dieses Thema ist zu wichtig, als dass wir es heute abhaken. Wir sollten dieses Thema auf jeden Fall im **Ausschuss** weiter beraten

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

und wir sollten auch eine Anhörung dazu durchführen und mit den Fachleuten darüber reden, wie wir mit diesem Thema weiter umgehen wollen und welche zusätzlichen Maßnahmen, welche Schritte möglich sind.

Insbesondere die neuen Möglichkeiten, die auf Bundesebene geschaffen worden sind, die in Schleswig-Holstein noch nicht genutzt werden, die aber Baden-Württemberg zum Beispiel - auch ein CDU-Land - als erstes Land nutzt, Niedersachsen als zweites, die müssen wir hier in Schleswig-Holstein diskutieren und überlegen, ob wir in diese Richtung weitergehen. Außerdem muss mit der Agentur geredet werden, dass die Maßnahmen der Agentur anders eingesetzt werden, dass die Kooperation verbessert wird. Auch das ist ein Punkt aus unserem Antrag.

Deswegen bitte ich darum, dass wir beide Anträge in den Ausschuss überweisen und im Ausschuss weiter diskutieren und heute nicht zur Tagesordnung übergehen und das Ganze hier einfach durchstimmen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

**Präsident Martin Kayenburg:**

Zu einem weiteren Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich der Frau Abgeordneten Angelika Birk das Wort.

**Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Da nun wenigstens der zu-

(Angelika Birk)

ständige Minister aus dem Wirtschaftsressort anwesend ist - die Bildungsministerin fehlt nach wie vor -, möchte ich einen Aspekt beitragen, der eine entscheidende Rolle dafür spielt, ob ein Bündnis gelingt oder nicht. Immer wieder klagen die **Berufsschulverbände**, dass das Wirtschaftsministerium, das Bildungsministerium und die zuständigen Träger der Kammern in Konkurrenz zueinander arbeiten und nicht zusammenarbeiten. Wir haben angeregt, dass im Ausschuss die Aktiven im Bündnis für Ausbildung ums Wort gebeten werden, was sie konkret beitragen. Ich möchte auch Sie, Herr Minister Austermann, um einen Beitrag eindringlich bitten: Suchen Sie die Abstimmung mit dem Bildungsministerium! Ich möchte hier in der kurzen Redezeit nicht in Details gehen, aber es kann nicht sein, dass hier Synergieeffekte verloren gehen.

Ein zweiter wichtiger Ansprechpartner, dessen Einbeziehung der Kollege Hentschel angeregt hat, ist die **Arbeitsagentur**. Ich erinnere mich noch an die Texte, die Herr Döring mit der regionalen Arbeitsagentur vor einem Jahr hier verabschiedet hat. Ein **Pakt** sollte gegründet werden, alles sollte unbürokratisch „flutschen“, insbesondere beim Thema Ausbildung. Was ist davon umgesetzt worden? - Ich sehe nur - und dies haben die kleinen Anfragen meiner Kollegen Heinold in den Antworten traurig bestätigt -, in meiner Stadt Lübeck gibt die Arbeitsagentur 80 % der Fördermittel vom letzten Jahr zurück. Alle Leute, die mit ihr kooperieren wollten, haben sie nicht eingeladen. Die Lübecker wussten nicht, wie sie das Geld ausgeben sollten. In Flensburg hat man zwar etwas mehr Geld ausgegeben, aber wofür. Man hat die jungen Leute ausschließlich in 1-€-Maßnahmen gesteckt. Das Geld wurde zu 80 % für 1-€-Maßnahmen ausgegeben, überwiegend für junge Leute. Das ist kein Konzept.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Wenn man dieses Geld in die Hand nimmt, muss man zu einer konzertierten Aktion kommen.

Ein letzter Punkt. Die EU erwartet von Deutschland, dass es sich bei den Ausbildungsplätzen endlich auf **europäisches Niveau** begibt. Wir haben die Debatte im Bereich der Studienplätze begonnen. Die Kollegin Spoorendonk hat darauf hingewiesen, modulare Ausbildung ist das Gebot der Stunde. Hier haben unsere Berufsschullehrer hervorragende Vorarbeit geleistet, haben Konzepte geschrieben, die ich eigentlich aus der Feder der Ministerin erwartet hätte. Nehmen wir diese Konzepte in die Hand, greifen wir sie auf und machen wir uns als Abgeordnete vor Ort konkret verantwortlich dafür,

dass hier ein Durchbruch gelingt! Wir sind es den jungen Leuten schuldig.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Martin Kayenburg:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wegen des wiederholt gemachten Vorwurfs an die Regierungsbank will ich darauf hinweisen, dass sich heute Morgen die Ministerin Ute Erdsiek-Rave entschuldigt hat. Sie hat einen Termin für das Land wahrzunehmen, und zwar als Vorsitzende der KMK beim OECD-Bildungsministertreffen. Ich denke, das ist eine hinreichende Begründung.

(Beifall bei CDU und SPD)

Nunmehr erteile ich das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag der Frau Abgeordneten Anke Spoorendonk.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich fände es gut, wenn wir uns darauf einigen könnten, die beiden Anträge im Ausschuss noch einmal zu behandeln, weil es dann hoffentlich auch möglich sein wird, einen gemeinsamen Antrag zu beschließen.

(Beifall bei SSW, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das braucht nicht lange zu dauern. Natürlich ist es wichtig, dass wir auch nach außen hin die Botschaft deutlich machen, dass es weiterhin darauf ankommt, das Bündnis für Ausbildung zu stärken und die Arbeit in diesem Rahmen zu würdigen. Diese Arbeit muss auch weiterhin von uns begleitet werden. Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, wir haben dieses Bündnis in der Vergangenheit immer begrüßt und das auch in entsprechenden Anträgen deutlich gemacht. Es sollte also versucht werden, im Ausschuss zur Formulierung eines gemeinsamen Antrages zu kommen.

Natürlich wäre es sinnvoll - dies kann dann der zweite Schritt sein -, uns im Rahmen der Ausschussarbeit noch einmal eingehender mit der ganzen Problemstellung zu befassen. Auch diesen Ansatz begrüßen wir. Von daher hielte ich es für konstruktiv, wenn wir uns in diesem Sinne verständigen könnten.

(Beifall bei SSW, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke der Frau Abgeordneten Spoorendonk. - Zu einem Kurzbeitrag hat nun die Frau Abgeordnete Anette Langner das Wort.

**Anette Langner [SPD]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir haben auch innerhalb der großen Koalition etwas kontrovers darüber diskutiert, wie wir mit dem Thema umgehen wollen. Für uns war es wichtig, heute noch einmal ein Signal zu geben und hier auch einen Appell an alle Akteure im Bündnis für Ausbildung zu platzieren, um die Anstrengungen für das Bündnis für Ausbildung und bei der Suche nach Ausbildungsplätzen zu diesem Zeitpunkt zu verdeutlichen. Wir haben unseren Antrag ja nicht aus Jux und Tollerei gestellt. Vielmehr haben wir uns darin auch dezidiert mit dem auseinander gesetzt, was von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorgeschlagen worden ist. Wir haben das, was vorgeschlagen worden ist, um Punkte erweitert, die aus unserer Sicht wichtig sind und die auch inhaltlich weitergehend sind. Von daher erscheint es uns nicht notwendig, über die Anträge im Ausschuss noch einmal zu diskutieren. Es wäre uns wichtig, heute in der Sache abzustimmen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Ich möchte Sie darum bitten, unseren Antrag, der deutlich weitergehend ist und der das Bündnis für Ausbildung aus meiner Sicht mit weiteren Ideen bereichert, heute auf den Weg zu bringen.

(Beifall bei SPD und CDU)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke der Frau Abgeordneten Langner. - Zu einem weiteren Kurzbeitrag hat die Frau Abgeordnete Monika Heinold das Wort.

**Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das ist schon bitter:

(Beifall bei der FDP)

Da sitzen Tausende von Jugendlichen auf der Straße, Tausende von Jugendlichen warten und hoffen auf einen Ausbildungsplatz, Tausende von Jugendlichen haben 50 bis 100 Bewerbungen abgeschickt und bekommen entweder keine Antwort oder eine negative Antwort und wir nehmen uns nicht einmal die Zeit, über dieses Thema ernsthaft im Ausschuss zu beraten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Sie verweigern sich, den Dialog mit der **Arbeitsagentur** erneut zu suchen, zu erzwingen und zu fragen, warum die **Fördermittel** nicht zielgerichtet ausgegeben werden. Sie wollen, dass vor der Sommerpause in Ruhe über Ihren Antrag abgestimmt wird, in dem Sie noch einmal sagen: Es ist schön, dass die Regierung arbeitet; nur weiter so! - Meine Damen und Herren, damit werden wir der Situation auf dem Ausbildungsmarkt nicht gerecht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich habe Wortmeldungen zu drei weiteren Kurzbeiträgen vorliegen. Zunächst hat Herr Abgeordneter Callsen zu einem Kurzbeitrag das Wort; ihm folgt Herr Abgeordneter Schröder.

**Johannes Callsen [CDU]:**

Liebe Kollegin Heinold, jetzt verdrehen Sie die Tatsachen doch ein bisschen. Ich finde das schon etwas merkwürdig. Es geht hier niemandem darum, das Problem zu verniedlichen. Wir haben es mit einem ernsthaften Problem zu tun. Ich glaube, das habe ich auch deutlich gemacht. Wir stehen vor der enormen Herausforderung, für die Qualifizierung der Jugendlichen und auch dafür, dass sie Ausbildungsplätze bekommen, zu sorgen. Dieser Verantwortung stellen wir uns und dieser Verantwortung wird auch unser Antrag gerecht.

(Beifall bei CDU und SPD)

Es ist aber niemandem damit geholfen, wenn - zu dieser Einschätzung komme ich, wenn ich Ihren Antrag und Ihre Redebeiträge auswerte - reine Angstmache und Panikmache betrieben wird.

(Beifall bei CDU und SPD)

Ich glaube, eher das Gegenteil ist vonnöten. Es geht also darum, Mut zu machen, auf die wirtschaftlichen Perspektiven zu setzen und vor allen Dingen für die Jugendlichen, aber auch für die Betriebe, Perspektiven insgesamt aufzuzeigen. Deswegen habe ich in meiner Rede einen deutlichen Appell an die Unternehmen gerichtet.

Wenn wir heute in der Sache über die Anträge abstimmen, setzt der Schleswig-Holsteinische Landtag meines Erachtens ein deutliches politisches Signal nach draußen an die Unternehmen und an die Bündnispartner, ihre Verantwortung ernst zu nehmen und ihr gerecht zu werden. Es sollte nicht so

(Johannes Callsen)

sein, dass wir über das Thema im Wirtschaftsausschuss erst nach der Sommerpause bei langen Anhörungen diskutieren und es sozusagen verdaddeln. Vielmehr ist jetzt Handeln gefordert. Das Ministerium ist am Ball und wir senden heute hoffentlich gemeinsam einen Appell an alle Bündnispartner, sich der Verantwortung zu stellen.

(Beifall bei CDU und SPD)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke Herrn Abgeordneten Callsen. - Jetzt hat der Herr Abgeordnete Schröder das Wort. Ihm folgt der Herr Abgeordnete Weber.

**Bernd Schröder [SPD]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist schon bemerkenswert, was Sie, Frau Heinold, hier im hohen Haus vorgebracht haben. Wir haben hier in den vergangenen Jahren alle gemeinsam mit großen Anstrengungen die schwierige Situation für junge Menschen in diesem Lande entschärfen wollen. Wir haben alle an einen Tisch geholt, was auch für andere Bundesländer beispielhaft war. Wir haben heute wieder zum Ausdruck gebracht, dass wir die Unternehmen angesichts der Konjunktur, die sich positiv entwickelt, noch einmal an ihre Verantwortung erinnern, alles zu tun, um weitere **Ausbildungsplätze** bereitzustellen. Wir haben in allen Redebeiträgen deutlich gemacht, dass wir diesen Aufruf, diesen Appell an alle im ganzen Land richten.

Es geht nicht darum, ein Thema so zu besetzen, wie Sie es tun. Es geht nicht an, so zu tun, als ob Sie es seien, die das Gute für die jungen Menschen wollen, während wir dies nicht wollten. Im Gegenteil!

(Beifall bei SPD und CDU)

Wir sind es, die noch einmal klar zum Ausdruck gebracht haben, welche Bedeutung dieses Thema hat. Jede Schulabgängerin und jeder Schulabgänger in diesem Land soll eine vernünftige **berufliche Perspektive** haben. Dafür tragen wir alle hier Verantwortung. Dass dies so ist, haben wir in den vergangenen Jahren auch gemeinsam zum Ausdruck gebracht. Es war ein Erfolg der Vorgängerregierung - diesen erfolgreichen Weg beschreiten wir weiter -, dass es überhaupt zu diesem Bündnis gekommen ist. Niemand hier im Hause wird davon abgehalten, das Thema weiter im zuständigen Ausschuss zu behandeln und es auch im Bildungsbereich weiter zu begleiten. Das ist auch in der nächsten Zukunft unsere Aufgabe.

(Beifall bei SPD und CDU)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Schröder. - Nun hat der Herr Abgeordnete Weber das Wort; ihm folgt der Herr Abgeordnete Dr. Garg.

(Jürgen Weber [SPD]: Kollege Schröder hat alles schon zum Besten dargestellt! Deshalb verzichte ich auf meinen Beitrag!)

- Herr Weber verzichtet auf seinen Beitrag. - Dann hat jetzt der Herr Abgeordnete Dr. Garg das Wort.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Herr Kollege Schröder, die Lautstärke, in der Sie hier zu dem Antrag der Koalitionsfraktionen beziehungsweise zu ihrem Abstimmungsverhalten gesprochen haben

(Widerspruch bei der SPD)

- das gilt auch für das Geblöke jetzt -, zeigt doch nur, dass Sie sich ganz offensichtlich angefasst fühlen.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir kennen ja das alte Spiel: Die Opposition greift ein Thema auf - es ist völlig egal, um welches Thema es sich handelt - und die Koalitionsfraktionen rennen dann kurz vor der Plenarsitzung, wahrscheinlich nach langen Abstimmungsprozessen, diesem Thema hinterher und schütten irgendeinen Antrag ins Plenum, um in der Sache abstimmen zu lassen und sagen zu können: Wir waren mit unserem Antrag zuerst da. - Ich finde das peinlich.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kollege Schröder, der Kollege Hentschel hat ja einen Vorschlag zur Güte gemacht. Er hat vorgeschlagen, sich anzuschauen, wie andere Bundesländer mit der Problematik umgehen und wie möglicherweise auch mit der Verwendung noch verbliebener **ESF-Mittel** umgegangen werden kann, wofür Baden-Württemberg ein Beispiel gibt. Ich finde es, ehrlich gesagt, ziemlich kleinlich - auch wenn Sie bei der Abstimmung mit 59:10 Stimmen gewinnen sollten -, auf einen solchen Vorschlag nicht einzugehen und die Abstimmung einfach durchzupeitschen. Sie tun den jungen Menschen hier im Land damit keinen Gefallen!

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Herr Abgeordneter Dr. Garg, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Astrup?

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Nein. - Ich würde mich wirklich freuen, wenn Sie noch einmal in sich gehen und den Vorschlag des Kollegen Hentschel aufgreifen würden, die Beteiligten im Wirtschaftsausschuss und im Bildungsausschuss in aller Ruhe an einen Tisch zu holen.

(Zuruf der Abgeordneten Anette Langner [SPD])

Frau Kollegin Langner, Sie machen im Bündnis für Ausbildung doch nicht dasselbe. Wir als Abgeordnete hätten in den beiden Ausschüssen die Möglichkeit, die Beteiligten noch einmal anzuhören und dann entsprechende politische Konsequenzen zu ziehen. Sie wollen mir doch nicht erzählen, dass das Bündnis für Ausbildung, das gut funktioniert hat, einen Ausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtages ersetzt. Wenn Sie dieser Auffassung wären, könnten wir den entsprechenden Ausschuss nämlich abschaffen.

Ich möchte Sie herzlich darum bitten, über den Vorschlag der Grünen noch einmal kurz nachzudenken und beide Anträge - sie haben es nämlich verdient - in den Ausschuss zu überweisen. Andernfalls würden wir, trotz aller Präzisierung, die Sie in Ihrem Antrag vorgenommen haben - das gestehe ich Ihnen gern zu -, dem Antrag der Grünen zustimmen, weil er im Kern genau die Sache trifft.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke Herrn Abgeordneten Dr. Garg. - Das Wort hat Herr Wirtschaftsminister Austermann.

**Dietrich Austermann, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das **Bündnis für Ausbildung** ist mehrfach angesprochen worden. Ich glaube, dass es in der Debatte an der einen oder anderen Stelle missdeutet worden ist. Das beginnt mit dem ersten Satz des Antrages der Grünen: „Dem Bündnis für Ausbildung gelingt es bisher nicht, alle Jugendlichen qualifiziert unterzubringen.“

Das Bündnis für Ausbildung sieht vor, dass wir jedem jungen Menschen in Schleswig-Holstein ein Angebot unterbreiten. Dieses Angebot haben wir

im letzten Jahr gemacht. Wir werden es auch in diesem Jahr machen. Die Vertreter des Bündnisses für Ausbildung, einschließlich der Gewerkschaften, haben mit der Unterzeichnung des Vertrages den Erfolg des Bündnisses unterstrichen. Der erste Satz des Antrages könnte also von den Teilnehmern des Bündnisses, einschließlich der Gewerkschaften, nicht mitgetragen werden. Ich denke, darüber könnte man im Ausschuss natürlich lebhaft diskutieren, aber das wird am Sachverhalt nichts ändern.

Wir sind auf einem guten Weg. Ich sage das hier für die gesamte Landesregierung, die Zusammenarbeit im Bereich Ausbildungsplätze ist sehr gut.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Der DGB sieht das aber anders!)

- Herr Hentschel, Sie waren jetzt zweimal dran.

(Weiterer Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Nein, nein. Der DGB hat Ende Mai eine Bilanz aufgestellt, der Kollege Callsen hat darauf hingewiesen, in der es zu falschen Ergebnissen gekommen ist, und zwar deshalb, weil man verschiedene Systeme der Berechnung, die Zahl der Schulabgänger und die Zahl der Unversorgten, verglichen hat. Ich denke, dass das ganz klar ist.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Zahlen kommen aus Ihrer Antwort auf meine Kleine Anfrage!)

Die Landesregierung ist insgesamt bemüht, die **Situation für Auszubildende** zu verbessern. Wir arbeiten in diesem Bereich hervorragend sowohl mit dem Bildungsministerium als auch mit dem Arbeitsministerium zusammen. Ich sage das auch für das Bildungsministerium, weil der eine oder andere mit Recht unterstrichen hat, dass im Bereich der Hauptschule die Bildungspolitik im Hinblick auf mehr Leistungsorientierung und damit bessere Voraussetzungen für das Ergreifen von Berufen geändert werden muss. Wir begrüßen ausdrücklich, dass das gemacht wird.

Worum geht es bei der Frage der Bereitstellung von Ausbildungsplätzen? - Ach ja, ich wollte zunächst noch zu einem anderen Thema etwas sagen, weil Sie gerade Herrn Schröder angegriffen haben. Wir haben vor Wochen gemeinsam eine Aktion in Pinneberg durchgeführt. Hier den Eindruck zu vermitteln, wir wachten jetzt erst auf, ist einfach falsch. Das haben andere Kollegen aus anderen Parteien an anderer Stelle gemacht. Ich denke, hier muss niemand wegen seines mangelhaften Einsatzes, mangelhafter Erkenntnisse oder mangelhafter Bereit-

(Minister Dietrich Austermann)

schaft, für junge Leute das Optimale zu tun, kritisiert werden.

(Beifall der Abgeordneten Jutta Schümann [SPD])

Das wäre nicht gerechtfertigt und, ich denke, insbesondere beim Vorredner war das völlig unangebracht.

Was tun wir bisher? - Wir haben eine Reihe von Maßnahmen im **Aktionsprogramm für Ausbildung** getroffen: Förderung von Ausbildungsakquisitoren, Förderung betrieblicher Ausbildung für benachteiligte Jugendliche und jugendliche Erwachsene, zusätzliche Angebote der Beruflichen Schulen, also Bildungspolitik, Erprobungsversuch Kraftfahrzeugservicemechaniker, Förderung der Akquirierung von Ausbildungsplätzen in Migrantenbetrieben, Maßnahmen zur Aufnahme einer Ausbildung und zum Verbleib in der Ausbildung zusammen mit dem Arbeitsministerium, regionale Ausbildungsbetreuung und Modellprojekt zur Stärkung der Ausbildungsqualifizierung. Wir geben dafür in diesem Jahr 6 Millionen € aus, davon 4 Millionen **ESF-Mittel**.

Herr Garg, ich messe mich gern mit dem, was Baden-Württemberg getan hat. Wir haben im letzten Jahr eine bessere Bilanz als die Baden-Württemberger gehabt. Die Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland ist übrigens auch besser als im EU-Durchschnitt. Wir beklagen jeden Fall, in dem nicht ausgebildet wird, aber die Lage insgesamt ist hier besser als in anderen Bundesländern. Ich sage Ihnen, wir werden auch im nächsten Jahr jedem gemeinsam ein Angebot unterbreiten und wir werden dafür sorgen, dass jeder ein solches Angebot bekommt.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Ich möchte noch eine Anmerkung von Ihnen, Herr Hentschel, aufgreifen, denn Wahrheit muss gesagt werden, Wahrheit ist zumutbar. Sie haben gesagt, wir könnten die Jugendlichen nicht einfach auf dem Sofa sitzen lassen. Ich sage Ihnen: Es gibt eine ganze Reihe von Jugendlichen, die auf dem Sofa sitzen wollen. Ich habe heute einen Bericht über eine Lehrerin in der Zeitung gelesen, die seit zehn Jahren berufsvorbereitenden Unterricht gibt. Sie hat beklagt, dass nur die Hälfte derjenigen, die weitergebildet werden, zur Schule kommt. „Wenn die Hälfte zur Schule kommt, haben wir Glück gehabt!“, sagt sie. Sie sind unpünktlich, es gibt eine fehlende Mitarbeit. Es gibt offensichtlich auch schlechte Erziehung. Den Eindruck zu vermitteln, wir alle miteinander trügen allein die Verantwortung für Ausbildungsplätze, ist eine völlige Verkennung der Situation.

(Beifall bei CDU und SPD)

Ich mache keine eindeutige Schuldzuweisung, aber ich sage: Es geht auch darum, dass man einen Appell an das Elternhaus, an die Erzieher, an die jungen Leute richtet und ihnen sagt, dass auch sie ihren Beitrag dazu leisten müssen. Weshalb wird denn in den anderen Bundesländern darüber diskutiert, Bußgelder für diejenigen einzuführen, die nicht zur Schule kommen, ob das für die Eltern oder für die Kinder ist? - Das liegt daran, dass viele nicht willig sind, ihren Beitrag zu leisten. Das muss gelegentlich gesagt werden. „Fördern und Fordern“ bedeutet, dass auch an der Stelle gefordert werden muss, wo der eigene Beitrag geleistet werden muss. Das ist keine Beschimpfung der jungen Leute, keine Lehrlingsbeschimpfung, sondern ein Teil, Gott sei Dank ein kleiner Teil der Realität, der nicht verdrängt werden darf.

Wir tun alles, was wir tun können, um den jungen Leuten die Chancen zu geben, und Bündnis für Ausbildung bedeutet, Angebote zu machen.

Damit aber nicht der Eindruck entsteht, wir guckten nur auf die eine oder die andere Seite, möchte ich eines ganz deutlich sagen: Wir befinden uns in einer Zeit eines stärkeren wirtschaftlichen Wachstums. Ich erwarte, dass wir in diesem Jahr in Schleswig-Holstein mindestens 2 % Wachstum haben werden. Wir haben eine große Zahl von Betrieben, die in Wachstumsbereichen tätig sind, die dort zusätzliche Chancen durch die wirtschaftliche Entwicklung, die Exportentwicklung und anderes haben und nicht ausbilden.

Sie können davon ausgehen, dass die Landesregierung - gemeinsam und jeder von uns bei Betriebsbesuchen, aber auch bei Bewilligungsbescheiden; das sage ich auch - alles dafür tun wird, deutlich zu machen, dass wir erwarten, dass es Auftrag der **Betriebe** ist, die wachsen, der Großbetriebe, die weniger ausbilden als im letzten oder vorletzten Jahr, **Ausbildungsplätze** zu schaffen.

Das **Bündnis für Ausbildung** war eine Antwort auf die Forderung, die von der SPD gestellt worden ist, eine **Ausbildungsplatzabgabe** einzuführen. Weil wir miteinander darauf verzichtet haben, erwarten wir jetzt auch, dass jeder, der ausbilden kann, tatsächlich auch ausbildet und von sich aus die Voraussetzungen dafür schafft, eigene Facharbeiter auch in Zukunft zu beschäftigen und eine gute Zukunft für den eigenen Betrieb zu gewährleisten. Hier werden also deutliche Worte gesprochen werden. Das macht der Ministerpräsident, das machen wir alle im Kabinett, ich denke auch die einzelnen Kollegen hier im Landtag, weil wir wollen,

(Minister Dietrich Austermann)

dass jeder Betrieb seine Verantwortung, seine gesellschaftspolitische Verantwortung wahrnimmt. Dass natürlich die Bildungspolitik dafür Voraussetzungen erbringen muss, ist auch klar.

Lassen Sie mich jetzt zur aktuellen Situation etwas sagen. Die **Ausbildungsquisiteure**, die - wie gesagt - mit Landesmitteln, mit ESF-Mitteln, arbeiten - es sind insgesamt dieses Jahr 6 Millionen €, die wir dafür ausgeben; also, so zu tun, als werde da keine Verantwortung übernommen, ist falsch; bei der schwierigen Finanzlage des Haushaltes wird deutlich, dass damit Verantwortung übernommen wird -, haben seit Jahresbeginn **775 Ausbildungsplätze** eingeworben, einen Teil sogar schon für nächstes Jahr. Wir konnten auch **Teilzeitausbildungsplätze** akquirieren, das bedeutet Ausbildungsplätze für junge Mütter, die sonst möglicherweise nach der Geburt oder Kindererziehungszeit ohne Ausbildungsplatz dastehen würden.

Lassen Sie uns jetzt anschauen, wie die konkreten Zahlen zurzeit aussehen - nicht in einer Statistik, die meines Erachtens unzutreffend ist. Als einziges westdeutsches Bundesland können wir von einem **Zuwachs an gemeldeten Ausbildungsstellen** bis Ende Mai ausgehen. Der Anstieg lag bei 2,5 %. Zum Vergleich: In Westdeutschland ist das Angebot um 4,5 % gesunken. Auch das zeigt meines Erachtens, dass sich die Anstrengungen, die die Landesregierung und die sie tragenden Parteien unternehmen, durchaus positiv auswirken.

(Beifall bei CDU und SPD)

Dieser relative Erfolg war nur mit einem breit angelegten Programm möglich. So fördern wir über das Aktionsprogramm auch Ausbildungsplätze für benachteiligte Jugendliche mit besonderem Augenmerk für Altbewerber, SGB II-Leistungsempfänger. Seit Jahresbeginn wurden hierdurch 200 zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen.

Ich denke, dass wir darauf hinweisen sollten, dass wir natürlich auch die neuen Berufe mit aufgenommen haben. 22 **neue Berufe** werden von den Kammern betreut. Die Kammern werben dafür. In der Regel sind das keine Berufe, die völlig neu auf dem Markt sind, sondern Berufe, die sich in ihrer Ausrichtung geändert haben. Insofern war auch der Eindruck falsch, dass wir hier etwas nicht tun, hier die Lage nicht erkennen.

Dort, wo tatsächlich Neuerungen da sind, haben wir Ausbildungen verkürzt, zum Beispiel beim Kraftfahrzeugservicemechaniker. Ich halte das für einen wichtigen Punkt, dass man zu den jungen Leuten, die nach Verlassen der Schule und zu Beginn der Ausbildung nicht erkennbar in der Lage sind, eine

komplette dreieinhalbjährige Ausbildung komplett erfolgreich zu durchlaufen, sagt, wir machen einen Versuch über zwei Jahre und dann stellt sich heraus, ob daraus eine dreieinhalbjährige Ausbildung werden kann. Auch das läuft gut und ist Bestandteil unseres Aktionsprogramms. Auch dort tun wir alles, was getan werden muss, um jungen Leuten zu helfen.

Die Anstrengungen werden unverändert weiter fortgesetzt. Wir haben **Reserven** in Großbetrieben, die stark zurückfahren, wir haben Reserven in Betrieben mit Wachstumsbranchen, die noch nicht ausbilden. Wir haben Reserven an verschiedenen anderen Stellen, wo sich Betriebe wirklich fragen müssen, ob sie nicht mehr für die Ausbildung tun könnten.

Ich freue mich auf die Debatte im Ausschuss, weil ich der Auffassung bin, dass, ungeachtet der unterschiedlichen Anträge, in dieser Frage alle miteinander - auch die Landesregierung - das gleiche Interesse haben. Wir werden alles tun, um jungen Menschen ein Angebot zu machen, aber wir werden auch alles tun, um an deren eigene Verantwortung zu appellieren.

(Beifall bei CDU und SPD)

#### Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Vielen Dank, Herr Minister. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist Ausschussüberweisung beantragt. Dies ist zunächst zu verhandeln. Wer die beiden Anträge Drucksachen 16/889 und 16/851 an den Wirtschafts- und an den Bildungsausschuss überweisen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Dieser Überweisungsantrag ist mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und SPD gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW abgelehnt worden.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Und der Stimme des Kollegen Nabel! Er hat auch für die Ausschussüberweisung gestimmt! - Gegenruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD]: Herr Nabel hat geschlafen! - Heiterkeit)

- Und gegen die Stimme von Herrn Nabel, aber ohne den Zusatz.

Für die Abstimmung in der Sache mache ich Ihnen einen Verfahrensvorschlag. Ich schlage vor, abweichend von § 75 unserer Geschäftsordnung beide vorliegenden Anträge zu selbstständigen Anträgen zu erklären, sodass wir nicht über Änderungsanträge und auch nicht über alternative Anträge reden. Sind Sie damit einverstanden? - Das ist der Fall.

**(Vizepräsidentin Ingrid Franzen)**

Wer dem Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/851, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dieser Antrag ist mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW abgelehnt worden.

Wer dem Antrag der Fraktionen von CDU und SPD, Drucksache 16/889, zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dieser Antrag ist mit den Stimmen von CDU, SPD und SSW bei Enthaltung von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen worden.

Wir sind jetzt schon recht nah an 12:30 Uhr. Wir haben die Lage im Hinblick auf Besucher erkundet. Herr Ministerpräsident, wir glauben, wir können es wagen, den Tagesordnungspunkt 3 aufzurufen. Würden wir dazwischen Tagesordnungspunkt 26 behandeln, dann würden wir weit in die Mittagspause geraten. Das sollten wir uns am ersten Tag nicht antun. - Ich sehe Ihr Einverständnis.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

**Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zum Staatsvertrag über das Medienrecht in Hamburg und Schleswig-Holstein (Medienstaatsvertrag HSH)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 16/820

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Grundsatzberatung und erteile dem Herrn Ministerpräsidenten das Wort.

**Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Landtag hat sich in seiner Sitzung im September des letzten Jahres für eine stärkere länderübergreifende Zusammenarbeit von Schleswig-Holstein und Hamburg im Bereich der Medienpolitik ausgesprochen. In einer einstimmigen Entschlie-ßung hielt der Landtag damals fest, Ziel sei die **Zusammenlegung der Landesmedienanstalten** zu einer gemeinsamen Medienanstalt Nord.

Dieses Ziel ist nunmehr erreicht, meine Damen und Herren. Der Erste Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg, Ole von Beust, und ich, haben am 13. Juni den Staatsvertrag über das Medienrecht in Hamburg und Schleswig-Holstein unterzeichnet. Der Vertrag braucht jetzt die Zustimmung der beiden Landesparlamente. Gleichzeitig hat die

Landesregierung Ihnen den Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung einer Anstalt öffentlichen Rechts „Offener Kanal“ vorgelegt.

Der **Medienstaatsvertrag Hamburg-Schleswig-Holstein** ist ein weiterer wichtiger Schritt, die Kooperation der beiden Nachbarländer Hamburg und Schleswig-Holstein ganz pragmatisch voranzubringen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Die Regierungen beider Länder haben wieder zügig und zielstrebig verhandelt und die Betroffenen in die Überlegungen mit einbezogen. Dem Landtag liegt jetzt das Verhandlungsergebnis vor.

Am 1. März 2007 wird eine gemeinsame Medienanstalt die Aufgaben nach dem Staatsvertrag wahrnehmen. Diese **Medienanstalt** wird sich auf die Kernaufgaben konzentrieren, nämlich darauf, privaten Rundfunk zuzulassen und zu beaufsichtigen. Dies ist verbunden mit einer umfassenden Beratungsfunktion für Rundfunk und für neue Medien.

Die neue Anstalt wird mehr Geld haben - etwa für den „Offenen Kanal“ oder die Filmförderung - als die beiden bestehenden Anstalten. Die Hamburgische Anstalt für neue Medien, die HAM, und die Unabhängige Landesanstalt für Rundfunk und neue Medien, ULR, denen ich auch an dieser Stelle für ihre erfolgreiche Arbeit in den zurückliegenden Jahren danke, werden fusionieren und ihre Stärken sowie Erfahrungen bündeln. Darin liegt eine große Chance.

Sitz der Medienanstalt ist Norderstedt in Schleswig-Holstein.

(Vereinzelter Beifall - Martin Kayenburg [CDU]: Aber mit einer Hamburger Telefonnummer!)

- Ja, mit einer Hamburger Telefonnummer. Dort gehen ja auch Straßen bis nach Hamburg. Es ist also überhaupt kein Problem, ein Kabel dort zu verlegen.

Meine Damen und Herren, diese Entscheidung ist keine Entscheidung gegen eine Stadt, sondern für einen Standort, auf den sich Hamburg und Schleswig-Holstein einigen konnten.

Zeitgleich mit der Medienanstalt HSH wird eine **gemeinsame Filmförderungsgesellschaft** von Hamburg und Schleswig-Holstein gegründet. Ihr Sitz wird Hamburg sein.

Gesellschafter der neuen GmbH werden die Ländern Hamburg und Schleswig-Holstein sein. Der **NDR** wird in den Gremien der Gesellschaft vertre-

**(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)**

ten sein. Synergien sollen beim Einsatz der Fördermittel, beim Produktionsservice und Location Guiding sowie beim Herausstellen der Filmkultur entstehen. Die Produzenten sollen und werden im Norden künftig einen gestärkten Ansprechpartner vorfinden und mit den gemeinsamen Finanzmitteln wird es möglich sein, auch einmal einen richtigen Blockbuster „made in Norddeutschland“ zu unterstützen.

Der „**Offene Kanal**“ in Schleswig-Holstein wird verselbstständigt und behält seinen Hauptsitz in Kiel. Die Eigenständigkeit des „Offenen Kanals“ ist sinnvoll, weil die Anforderungen an einen „Offenen Kanal“ in Schleswig-Holstein mit seinen ländlichen Gebieten natürlich völlig andere sind als an derartige Einrichtungen in Hamburg.

Meine Damen und Herren, Hamburg und Schleswig-Holstein haben ihre Ziele im Medienbereich gemeinsam umgesetzt. Das Gewicht des Medienstandorts Hamburg-Schleswig-Holstein im Wettbewerb der Medienstandorte Deutschlands wird gestärkt. Der Kommunikationsraum Hamburg-Schleswig-Holstein erhält einen einheitlichen Ansprechpartner für die Medienbranche im Bereich Aufsicht, Beratung und Service. Das **gemeinsame Medienrecht** für Hamburg und Schleswig-Holstein verbessert die Überschaubarkeit der Medienregulierung im Norden. Dort, wo Möglichkeiten bestehen, werden die Vorschriften liberalisiert. Die gemeinsame starke **Filmförderung** verbessert die Wettbewerbskraft gegenüber den Produktionsstandorten München, Berlin, Brandenburg und Köln/Düsseldorf. Kurz gesagt: Der Norden ist ganz oben, der Norden ist besser geworden.

(Beifall bei CDU und SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Frau Spoorendonk, als der Landtag im September letzten Jahres die Medienanstalt Nord diskutierte, haben Sie zu Recht auf die Belange der **dänischen Minderheit** und der **friesischen Volksgruppe** hingewiesen. In dem vorliegenden Regelwerk werden Sie sehen, dass der „Offene Kanal“ im Rahmen seiner Aufgaben die Minderheitensprachen jetzt stärker als bisher unterstützen soll.

Meine Damen und Herren, die Regierungen von Hamburg und Schleswig-Holstein haben auf Augenhöhe verhandelt und einen fairen Kompromiss erreicht. Ich bitte den Landtag deshalb um seine Zustimmung.

(Beifall bei CDU und SPD)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke dem Herrn Ministerpräsidenten. - Das Wort hat der Oppositionsführer, der Fraktionsvorsitzende der FDP, Herr Abgeordneter Wolfgang Kubicki.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Eine weitere Unterstützung!)

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Lieber Freund Hans-Jörn Arp, wenn es sich die Landesregierung leicht machen wollte, könnte sie behaupten, wir gingen heute mit diesem Gesetzentwurf zum Medienstaatsvertrag einen Schritt, den wir alle wollten. Im September letzten Jahres - der Herr Ministerpräsident hat darauf hingewiesen - bei der Landtagsdebatte über die Entschließung zur **Medienanstalt Nord** haben schließlich alle Fraktionen und Gruppen in diesem Hause bekräftigt, dass eine gemeinsame Medienanstalt von Schleswig-Holstein und Hamburg gewollt ist. Dennoch ist in diesem Medienstaatsvertrag nicht alles Gold, was glänzt. Denn ob er wirklich in der Lage ist, den **Medienstandort Schleswig-Holstein und Hamburg** und nicht nur Hamburg zu stärken, muss die Zukunft erst noch zeigen.

Die Grünen kritisieren, es seien in diesem Medienstaatsvertrag Qualitätsansprüche an private Rundfunkanbieter gestrichen worden, weil für **private Rundfunkanbieter** die Verpflichtung künftig wegfällt, auch das politische, gesellschaftliche und kulturelle Geschehen darzustellen. Das bringt die Grünen zu der Auffassung, dass hier eine „Berlusconiisierung“ der schleswig-holsteinischen Medienlandschaft stattfindet.

Wir halten dies - gelinde gesagt - nicht für zutreffend. Zunächst sollten einige von uns in diesem Haus begreifen, dass private Rundfunkanbieter nicht die gleichen Voraussetzungen haben wie der staatliche Rundfunk. Das heißt, dass diese Sender ihr Geld am Markt und ohne Gebührenfinanzierung verdienen müssen.

(Beifall bei der FDP)

Das bedeutet, dass wir ihnen dann auch nicht die gleichen Auflagen erteilen dürfen, wie wir es beim staatlichen Rundfunk tun.

Zweitens ist es fraglich, ob durch den Wegfall der eben genannten Verpflichtungen wirklich ein **Qualitätsverlust** stattfindet. Lieber Kollege Hentschel, zunächst einmal bestimmen die Hörerinnen und Hörer, was sie als Qualität empfinden. Sie bestimmen das Angebot durch ihre Nachfrage und nicht

(Wolfgang Kubicki)

der Gesetzgeber. Qualität hat nach unserer Auffassung etwas damit zu tun, dass sich etwas am Markt durchsetzt.

Darüber hinaus habe ich nicht den Eindruck und auch nicht die Erinnerung, dass das neue Hamburger Medienrecht in der Bevölkerung einen großen Aufstand gegen einen qualitativ minderwertigen Rundfunk ausgelöst hat. Dafür gibt es nun aber mehr Sender, also auch ein größeres Angebot, das eine Nachfrage befriedigen kann. Also von „Berlusconiisierung“ kann überhaupt keine Rede sein. Man sollte da keinen künstlichen Popanz aufbauen.

Die entscheidende Frage lautet für uns anders. Sie lautet: Was bringt dieser Medienstaatsvertrag eigentlich Schleswig-Holstein? Was gewinnen wir durch diesen Medienstaatsvertrag? Der Auftrag, den die Landesregierung vom Landtag für die Verhandlungen hatte, ist klar. Ich zitiere hierzu noch einmal aus der gemeinsamen Entschließung des Landtages für eine gemeinsame Medienanstalt mit Hamburg. Dort steht unter Punkt 2 des Antrages: „Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, bei den Verhandlungen die ... Interessen Schleswig-Holsteins ... zu beachten.“

Herausgekommen ist ein Sitz der gemeinsamen Medienanstalt in Norderstedt, der sich formal auf schleswig-holsteinischem Boden befindet, aber doch genau zeigt, in welche Richtung die Entwicklung der Medienlandschaft in den beiden Bundesländern gehen wird, nämlich nach Hamburg und nicht in Richtung Schleswig-Holstein.

Auch die sozialdemokratische Fraktion sieht diesen Kompromiss beim **Standort** anscheinend kritisch. Ich darf nur auf die Aussage des medienpolitischen Experten der SPD, des Kollegen Eichstädt, hinweisen, der im NDR erklärte, dass eine Zustimmung seiner Fraktion zu diesem Staatsvertrag kein Automatismus sei. Das Votum für **Norderstedt** als Sitz der gemeinsamen Medienanstalt bezeichnete er gar als faulen Kompromiss. Die Entscheidung sei gar sachfremd. - Deutlichere Worte aus den eigenen Regierungsfractionen kann man wohl nicht vernehmen.

(Beifall bei der FDP)

Aber auch der **ULR-Medienrat** hat deutliche Worte der Kritik an diesem Medienstaatsvertrag gefunden. Neben der Bestätigung der Kritik, dass dieser Vertrag mehr den Interessen Hamburgs diene, hat er auch kritisiert, dass der Aufgabenkatalog der neuen Anstalt zu knapp bemessen sei und die noch vorhandenen Handlungsspielräume durch ein zu knapp bemessenes Finanzkorsett eingeengt seien. Wir kündigen schon heute an, dass wir dem ULR-

Medienrat Gelegenheit geben werden, diese Kritik im Ausschuss näher auszuführen.

Dort wird die Landesregierung dann auch darlegen müssen, welche Vorteile unser Land aus diesem Staatsvertrag zieht und wie sie verhindern will, dass Schleswig-Holstein zum wiederholten Male Potenziale nach Hamburg wegverhandelt. Sonst wird sie unsere Zustimmung nicht erhalten.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke dem Herrn Oppositionsführer. – Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende, Dr. Johann Wadephul.

**Dr. Johann Wadephul [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Regierungsparteien haben sich das klare Ziel gesetzt, den Medienstandort und die Medienwirtschaft im Norden mit der Metropolregion Hamburg zu stärken. Der Landtag hat – das hat der Ministerpräsident ausgeführt - dies bereits im Herbst letzten Jahres bekräftigt. Mit dem hier von der Landesregierung vorgelegten Entwurf des Medienstaatsvertrages HSH werden wichtige Weichen für zukünftiges Handeln in der Medienpolitik gestellt. Lassen Sie mich auf einige Aspekte in besonderer Weise eingehen.

Unser Ziel ist die Stärkung des **Medienstandortes Schleswig-Holstein**. Wir müssen dabei erkennen, dass unsere Möglichkeiten als kleines, finanzschwaches Bundesland relativ begrenzt sind, um schlagkräftig im Konzert der Großen mitzuspielen. Unsere feine, aber kleine Unabhängige Landesrundfunkanstalt und unsere bewährte, aber eben finanziell bescheidene Filmförderung hätten auf Dauer bei dem bestehenden hohen Druck, Einsparungen vorzunehmen, Schwierigkeiten gehabt, über die Landesgrenzen hinweg vernehmbare Akzente zu setzen.

Die Zusammenarbeit mit unserem Nachbarn Hamburg eröffnet neue Möglichkeiten. Hamburg spielt bereits heute in der Medienlandschaft in einer anderen Liga. Hiervon wollen und werden wir profitieren. Unser Medienstandort wird im deutschlandweiten Wettbewerb gestärkt. Kompetenzen werden gebündelt, Kontakte und Abwicklungen einfacher. Es gibt einheitliche Ansprechpartner für die Medienbranche für die Bereiche Service, Beratung und Aufsicht, aber auch für die Zusammenarbeit mit anderen Landesmedienanstalten. So wird der **Kom-**

(Dr. Johann Wadephul)

**munikationsraum Hamburg/Schleswig-Holstein** gestärkt.

In der Verwaltung sind zudem Effizienzgewinne zu erzielen. Wir dürfen nicht vergessen: Die Fusion gibt uns die Chance, Doppelstrukturen abzubauen, dadurch Kosten zu reduzieren und verantwortlich mit den Mitteln des Rundfunkgebührenzahlers zu wirtschaften.

Dabei - das war uns allen in diesem Haus immer besonders wichtig - unterwerfen wir uns nicht Hamburger Zielen, sondern begegnen uns als gleichwertige Partner. Dies kann an zwei Punkten in besonderer Weise festgemacht werden: Der **Medienrat**, der die vielfältigen in § 39 des Gesetzentwurfes aufgeführten Aufgaben als Aufsichtsorgan wahrnimmt, wird paritätisch mit je sieben Mitgliedern aus Hamburg und Schleswig-Holstein besetzt, die von den beiden Parlamenten zu wählen sind. Alle wesentlichen Entscheidungen des Medienrates, wie die Wahl des Vorsitzenden und des Stellvertreters, die Wahl des Direktors, die Feststellung des Haushaltsplanes und die Genehmigung des Jahresabschlusses, erfolgen durch eine Zweidrittelmehrheit der Mitglieder des Medienrates. Dies setzt ein kooperatives Miteinander aller Mitglieder der beiden entsendenden Körperschaften voraus.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Fortsetzung der Arbeit des **Offenen Kanals** Schleswig-Holstein in geänderter Rechtsform. Der Auftrag, die Medienkompetenz zu fördern und zu vermitteln, wird gestärkt. Eine Zusammenarbeit mit den Schulen ist ausdrücklich gewünscht. Die bisherigen Standorte des Offenen Kanals in Flensburg, Kiel, Neumünster, Lübeck, Heide und Husum sollen unverändert fortgeführt werden können. Damit wird die bisherige besondere Leistung des Offenen Kanals, die für meine Fraktion besonders aner kennenswert ist, gewürdigt. Wir freuen uns über diesen Erfolg.

(Beifall bei CDU und SPD)

**Minderheitensprachen** sollen durch den Offenen Kanal weiter gefördert werden. Durch die festgeschriebene Kooperation des Hamburgischen Bürger- und Ausbildungskanals und dem Offenen Kanal in Schleswig-Holstein besteht zudem die Möglichkeit, die Erfolge des Offenen Kanals auch in die Hamburger Arbeit einfließen zu lassen; eine spätere Fusion ist möglich.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Fusion der **Filmförder einrichtungen**. Durch eine zukünftig gemeinsame Filmförderungsgesellschaft gibt es auch hier die Vorteile der optimaleren Abstimmung von Förderstrategien unter einem Dach. Synergien und Effizienzsteigerungen bei der Fördertätigkeit

und beim Produktionsservice kommen beiden Partnern entgegen. Die notwendige Wettbewerbsfähigkeit im heiß umkämpften Markt wird gestärkt.

Aber zugegeben, es gibt nicht nur Licht, sondern auch Schatten. Alle Wünsche und Anforderungen, die wir in einer Optimalversion der neuen Medienanstalt gewünscht hätten, sind nicht erreicht worden. Der festgelegte **Standort** der Anstalt in Norderstedt ist ein Kompromiss, unter dem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der ULR leiden müssen. Wir wissen, dass die Bemühungen um einen anderen Standort im Osten von Schleswig-Holstein leider ohne Erfolg geblieben sind – ich hätte mir sehr gut Lübeck vorstellen können -, und ich bedauere dies ausdrücklich.

(Vereinzelter Beifall)

Dennoch sollten wir auch hier die Kirche im Dorf lassen oder – besser gesagt, Herr Kollege Kubicki – Norderstedt in Schleswig-Holstein. Norderstedt ist eine leistungsfähige Stadt, die fünftgrößte unseres Landes mit 73.000 Einwohnern, die nicht nur einen ausgezeichneten Abgeordneten in dieses Haus entsendet, sondern die im Süden Segebergs eines der Kraftzentren ist. Es ist und bleibt am Schluss doch ein Erfolg, dass der Sitz der neuen Anstalt in dieser schleswig-holsteinischen Stadt ist. Erfolge sollen auch nicht unter den Teppich gekehrt werden.

Im Ergebnis bietet der neue Medienstaatsvertrag Hamburg und Schleswig-Holstein und die Errichtung einer Anstalt öffentlichen Rechts Offener Kanal gute Chancen, den Medienstandort der Region Hamburg-Schleswig-Holstein deutlich zu stärken. Wir werden den Prozess weiter kritisch und konstruktiv begleiten und freuen uns auf eine weitere interessante Debatte über die Medienfragen in den Ausschüssen und im Parlament.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke Herrn Abgeordneten Dr. Wadephul. – Das Wort für die SPD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Peter Eichstädt.

**Peter Eichstädt [SPD]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestern Abend war der Sommerempfang der ULR. „Klappe 21 - die letzte“ stand über der Bühne. Offensichtlich hat irgendjemand schon als Letzter das Licht ausgemacht. Auch die zufriedene Rede des Ministerpräsidenten ließ nicht vermuten, dass sich der Landtag heute noch mit dem Staatsvertrag befassen wird. Ich fand das schon etwas be-

(Peter Eichstädt)

fremdlich. Es wäre gut, wenn sich das Parlament von dieser Feierstimmung nicht mitreißen lässt, sondern selbst bewusst entscheidet, ob dieser Staatsvertrag gut für die Medienlandschaft unseres Landes ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Im Sommer 2005 hat der Landtag die Landesregierung aufgefordert, mit Hamburg über eine Fusion der Medienanstalten zu verhandeln. Die neue Anstalt soll bessere Chancen haben, einen medienpolitischen Gegenpart zu den Großen der Branche aus Bayern, Nordrhein-Westfalen und Berlin-Brandenburg zu bilden. Das macht Sinn - ich sage das ausdrücklich -, weil Hamburg und Schleswig-Holstein schon lange ein **Kommunikationsraum** sind und gemeinsam Chancen besser entwickelt werden können. Als weitere Ziele hat der Landtag die Wahrung der Interessen des Landes Schleswig-Holstein, die speziellen Aktivitäten der ULR sowie der Belange der dänischen und friesischen Volksgruppe genannt.

(Lothar Hay [SPD]: Volksgruppen! Es sind schließlich zwei!)

Die Aufgaben, die die neue Anstalt zu bewältigen hat, sind immens. Wir befinden uns in einem **Medienzeitalter**, das man getrost als revolutionär bezeichnen kann. Als Stichworte seien hier nur die neue mediale Welt der Digitalisierung, die Anforderungen an die Vermittlung von Medienkompetenz, Medienpädagogik und Jugendschutz, die Folgen der Einführung des Handy-TV und anderer Endgeräte genannt. Wenn die neue Medienanstalt hier mitgestalten will, muss sie gut aufgestellt sein.

Ich will dazu einige Fragen stellen. Erstens. Ist die neue Anstalt so gut aufgestellt, dass sie mehr als ein Begleitinstrument im Konzert der großen Landesmedienanstalten spielen kann? Interessant ist hierzu die Stellungnahme der beiden Landesmedienanstalten zum Entwurf des Staatsvertrages. Dort heißt es: „Mit dem vorliegenden Aufgabenprofil werde die neue Anstalt nicht in der Lage sein, dem Standort Hamburg und Schleswig-Holstein mehr Gewicht zu geben. Dem Entwurf liege das Konzept einer **Rumpfanstalt** zugrunde, die hauptsächlich Zulassungen verwalte. Es gebe keinerlei Orientierung für eine aufgabenorientierte Finanzausstattung und werde der Digitalisierung und der Konvergenz der Medien nicht gerecht. Insgesamt werde die Chance eines Neuanfangs für eine zeitgemäße Regulierung elektronischer Medien vertan.“ - Eine Anmerkung, die Gewicht hat, weil sie immerhin von denjenigen

getragen wurde, die zukünftig in der neuen Anstalt Verantwortung haben sollen.

Zweitens. Ist die neue Medienanstalt **finanziell** ausreichend **ausgestattet**?

Der epd-medien, den wir alle regelmäßig lesen, schreibt am 10. Juni 2006 hierzu:

„Die Medienanstalt wird finanziell schlechter ausgestattet sein als die bisherige Landesmedienanstalt für Schleswig-Holstein. Nach Einschätzung von Experten wird die neue Anstalt Nord künftig über einen Etat von 2,5 Millionen € verfügen.“

An anderer Stelle ist die Zahl 2,8 Millionen € zu lesen.

„Die Medienanstalt wird danach über 18 % des Rundfunkgebührenanteils verfügen, der ursprünglich für die beiden Medienanstalten vorgesehen war. Beide Medienanstalten hätten demnach ein Zehntel des Etats, den zum Beispiel Bayern jährlich verfügbar hat.“

Ob, wenn dies zutrifft, so eine Stärkung zu erreichen ist, muss in der Ausschussberatung noch einmal kritisch hinterfragt werden.

Drittens. Was wird aus den **Sockelbeträgen**, die jedes Land für seine Anstalt erhielt? Hier besteht die Absicht, dies im nächsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag zu regeln. Statt dreimaliger Zahlung von zwei Sockelbeträgen sollen diese vier Jahre lang gezahlt werden. Danach wird jährlich um 25 % gekürzt, bis 2015 noch ein Sockelbetrag übrig bleibt. Im Ergebnis - wenn auch mit zeitlicher Verzögerung - werden etwa 520.000 € im Topf fehlen. Nicht vergessen werden darf, dass die Sockelbetragsregelung bisher nur virtuell ist. Sie muss erst beschlossen werden.

Viertens. Sind die **schleswig-holsteinischen Interessen** im neuen Vertrag ausreichend gewahrt, wie der Landtag es vorgegeben hat? Der zukünftige Standort der neuen Medienanstalt wird Norderstedt sein. Das liegt in Schleswig-Holstein - na ja! Norderstedt ist nun wirklich kein Medienstandort, es ist dagegen gelebtes und gefühltes Hamburg. Ich halte die Wahl für eine Mogelpackung. Wir hatten gehofft - das ist an anderer Stelle hier schon gesagt worden -, dass, wenn die Filmförderung nach Hamburg geht, der Standort der neuen Medienanstalt in Kiel bleibt oder nach Lübeck kommt.

(Beifall)

Fünftens. Sind die Besonderheiten der **ULR** im Staatsvertrag berücksichtigt? Der Offene Kanal wird zukünftig keine eigenständige Anstalt des öf-

(Peter Eichstädt)

fentlichen Rechts sein. Das entsprechende Gesetz behandeln wir heute in erster Lesung ohne Aussprache. Ich halte das Gesetz selbst für eine gute Lösung, weil unser Offener Kanal sich deutlich anders entwickelt hat als zum Beispiel der Bürgerkanal TI-DE in Hamburg. Es wäre zu befürchten gewesen, dass die beim Offenen Kanal entwickelte vielfältige Kompetenz ohne Ausgliederung verloren gegangen wäre.

Was wird aus dem **Gütesiegel**? Hierzu ist leider nichts Konkretes im Vertrag zu finden. Ich habe den Eindruck, dass man sich in der Schlussredaktion offensichtlich von diesem Punkt getrennt hat. Ich finde das bedauerlich.

In seiner Entschließung hat der Landtag eine Berücksichtigung der **friesischen** und **dänischen Kultur** und **Sprache** gefordert. Hiervon ist im Vertrag selbst für die neue Medienanstalt nichts erwähnt. Das ist auf den Offenen Kanal verlagert. Ob das ausreichend ist, müssen wir diskutieren.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spooren-  
donk [SSW])

Meine Damen und Herren, es bleiben Fragen offen. Es gibt durchaus positive Aspekte, die aber gegenüber nachteiligen abgewogen werden müssen. Ich betone: Ein Zusammenschluss der Anstalten wird von uns weiterhin grundsätzlich befürwortet.

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Herr Eichstädt, ich möchte Sie auf die Zeit hinweisen.

**Peter Eichstädt [SPD]:**

Ich komme zu meinem letzten Satz, Frau Präsidentin. - Wenn sich in den Beratungen herausstellt, dass der Vertrag unter dem Strich positiv für die Medienpolitik in Schleswig-Holstein ist, sollten wir ihm zustimmen. Wenn er das nicht ist, sollte das Parlament auch den Mut haben, auf Nachbesserungen zu drängen. Einen Automatismus zur Zustimmung gibt es nur auf Sommerfesten, nicht im Parlament.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke Herrn Abgeordneten Eichstädt. - Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Fraktionsvorsitzende Karl-Martin Hentschel.

**Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Bevor ich meiner Verärgerung über diesen Vertrag Ausdruck verleihe, möchte ich zunächst einmal als Befürworter des Nordstaates sagen, dass ich grundsätzlich für die Zusammenführung der beiden Landesmedienanstalten bin, das ist keine Frage. Aber was hier vereinbart worden ist, nämlich die Übergabe der Medienförderung zu 90 % an Hamburg, ist inakzeptabel. Unser Gute-Laune-Bär hat sich wieder einmal vom Schlitzohr Ole über den Tisch ziehen lassen.

(Zurufe)

Schritt für Schritt gibt Schleswig-Holstein Einfluss an Hamburg ab, ohne etwas dafür zu bekommen. Schon im **Metropolregionsvertrag** hat Schleswig-Holstein wesentlichen Einfluss auf die Kommunalpolitik, Wirtschaftspolitik und Umweltpolitik im Hamburger Umland abgegeben.

(Zurufe)

Umgekehrt hat Hamburg die Zusammenlegung der Oberlandesgerichte hammerhart blockiert, ebenso wie die Zusammenarbeit der Universitäten. Die Abgabe einer Theologischen Fakultät nach Kiel kam natürlich nicht infrage. Ähnliches gilt für die Polizeiakademie. Hamburg baut jetzt eine eigene, weil es für Hamburg natürlich nicht geht, dass man nach Schleswig-Holstein zieht. Deswegen wiederhole ich meine Forderung: Wir können nicht peu à peu in Einzelverträgen mit Hamburg schleswig-holsteinische Interessen verhandeln. Wir müssen einen **Masterplan** haben, ein Gesamtkonzept, um das Zusammengehen mit Hamburg insgesamt zu verhandeln, und es muss jeweils ein Geben und Nehmen bestehen, es darf nicht nur ein **einseitiges Geben** sein.

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiesen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Auch der Inhalt des Vertrages ist inakzeptabel. Dieser Vertrag gibt **qualitative Kriterien** für Medienpolitik weitgehend auf. Die Verpflichtung der Medienanstalt, die Meinungsvielfalt zu wahren, fällt weg.

Die Vergabe von Sendefrequenzen erfolgt in Zukunft überwiegend nach finanziellen Gesichtspunkten, nicht aber nach Kriterien wie Qualität und Meinungsvielfalt. Eine Kündigung von Sendern ist kaum noch möglich, dafür aber der vollständige Verkauf eines Senders an Dritte im Verlauf von drei Jahren ohne Einzug der Sendeerlaubnis.

**(Karl-Martin Hentschel)**

Aber auch die qualitativen Aufgaben der bisherigen Medienanstalten wie Medienforschung und Filmförderung sind zumindest als Aufgaben der Medienanstalt aus dem Aufgabenkatalog gestrichen. Sie tauchen nur noch im Kapitel Geldtransfer in den sonstigen, durch den NDR zu finanzierenden, Aufgaben auf.

Schon fast christlich-fundamentalistisch ist die Abkehr von der **Gleichheit** aller **Religionen** in diesem Staatsvertrag, der aus dem Hamburger Vorbild abgeschrieben ist. Der neue Vertrag privilegiert die evangelische, katholische und jüdische Konfession gegenüber den Freikirchen und sonstigen Religionen wie Islam und Buddhismus.

Auch das Recht der Landes- und Bundesregierung auf jederzeitige unverzügliche, kostenlose **amtliche Verlautbarungen** in allen Sendern mutet in einem modernen Mediengesetz seltsam an. In Schleswig-Holstein gab es das bisher nur zum Zwecke der Abwendung einer akuten Gefahr. Herr Kubicki, was das mit Deregulierung zu tun hat, kann ich nicht begreifen.

Dass die **Quotierung** im Medienrat aufgegeben worden ist, das braucht man bei dieser schwarzen Landesregierung, wo die letzten roten Tupfer langsam verblassen, wohl gar nicht zu erwähnen.

Last but not least: Auch der **Standort** ist ein Witz. Mein Kollege von der SPD hat Treffendes dazu gesagt. Der Spruch des Ministerpräsidenten, das sei verkehrsgünstig, klingt den Beschäftigten in Kiel wie Hohn in den Ohren.

Mein Fazit: Dieser Gesetzentwurf verabschiedet sich völlig von der einstmals engagierten schleswig-holsteinischen Medienpolitik, wie sie in unserem damaligen rot-grünen Landesrundfunkgesetz manifestiert war. Er übernimmt weitgehend das Hamburger Mediengesetz, das 2003 - damals unter Federführung des „Hasardeur-Senators“ Schill - als ideologischer Pflock gegen heftigen Widerstand verabschiedet worden ist. Für diese Landesregierung ist Rundfunk nur noch eine Ware wie jede andere. Nicht einmal die elementaren Gesetze einer effektiven Monopolkontrolle sind eingebaut. Berlusconi lässt grüßen!

Meine Fraktion fordert die Neuaushandlung des Gesetzes mit Hamburg unter Beteiligung namhafter Medienexperten. Das Gesetz ist nicht das Papier wert, auf das es geschrieben wurde.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Hentschel. - Das Wort für den SSW im Landtag hat Frau Abgeordnete Anke Spoorendonk.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der vorgelegte Medienstaatsvertrag ist der faktische **Abschied** von einer **lebendigen Medienlandschaft** in unserem Land. Zwei Anstalten werden fusioniert. Vorher wird aber die ULR erst einmal in der Mitte durchgeteilt, indem ihr die Kompetenz für den Offenen Kanal abgenommen wird. Insgesamt gilt: Die neue Medienanstalt wird Kompetenzen aus Schleswig-Holstein abziehen, Kompetenzen abgeben und Unabhängigkeit verlieren.

Nicht hinnehmbar ist schließlich, dass sich die beiden **Landesregierungen** wesentliche Möglichkeiten des **Einflusses** auf die Arbeit der neuen Medienanstalt sichern. So können sie mit unbegrenzter Mitarbeiterzahl an den Sitzungen des Medienrates teilnehmen und müssen dort jederzeit gehört werden.

Auch inhaltlich ist der Vertrag höchst problematisch; soll heißen, dass die Digitalisierung der Medien andere Hör- und Sehgewohnheiten nach sich ziehen wird. Die Bundeskanzlerin hat bereits, so habe ich gehört, darauf reagiert, indem sie regelmäßig ihren eigenen Video-Podcast anbietet.

Das Land Schleswig-Holstein aber verabschiedet sich aus dieser Entwicklung, indem es sich mutwillig zum Wurmfortsatz einer Hamburger Medienpolitik machen lässt.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mehr als eine **Medienzulassungsbehörde** wird bei der neuen Anstalt unserer Auffassung nach nicht herauskommen; denn eine Beratung und Förderung des dualen Rundfunks unterbleibt. Das hat sogar die Betreiber privater Sender auf den Plan gerufen, die sich vertraulich an den Hamburger Wirtschaftsminister gewandt haben und das Ausbleiben einer Förderung beklagten.

Auch im Bereich der **Forschung** wird es keine ernsthaften Signale aus dem Norden mehr geben; denn der Vertrag sieht Forschung nicht vor. Neue Plattformen mit einem gemischten Angebot passen - mit anderen Worten - nicht in das Zulassungsrecht des neuen Staatsvertrages. Das wäre so, als würde man der Automobilindustrie die Entwicklung neuer Motoren verbieten. Die Kritiker nennen die neue

(Anke Spoorendonk)

Anstalt denn auch zutreffend Rumpfanstalt, die sich vieler notwendiger Steuerungsinstrumente versagt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was übrig bleibt, ist eine Medienanstalt, die lediglich Lizenzen vergibt. Aber nicht einmal das macht sie laut Staatsvertrag besonders gut. Als Beispiel sei das Thema terrestrische Übertragungskapazitäten genannt. Das **Schiedsverfahren**, das in § 22 des Vertrages vorgestellt wird, ist derart kompliziert, dass eine Klärung sehr unwahrscheinlich ist. Man könnte vermuten, dass es vielleicht gar nicht zu einer Klärung kommen soll. Der SSW schließt sich daher der ULR an, die die Übernahme des bewährten Verfahrens aus Mecklenburg-Vorpommern empfiehlt, das die Entscheidung den Medienanstalten überträgt statt einer Schiedsstelle.

Der Gesetzentwurf zum **Offenen Kanal** deutet aus Sicht des SSW darauf hin, dass die Zukunft des Offenen Kanals eher ungewiss ist; denn eine Anstalt, die für den Offenen Kanal in Schleswig-Holstein zuständig ist, muss erst noch gegründet werden - wo und wann auch immer. Darum besiegelt der Staatsvertrag auch das Ende des Offenen Kanals. Die Fusion zwischen dem Hamburger Ausbildungskanal und dem Offenen Kanal wird kommen; da sind wir ganz sicher. Eine Privatisierung - da gehe ich jede Wette ein - wird auch kommen.

Der SSW befürchtet vor diesem Hintergrund, dass gewachsene Strukturen zerschlagen werden. Der Offene Kanal Flensburg fördert - das ist schon gesagt worden - Sendungen in dänischer und nicht zuletzt in friesischer Sprache. Ich hoffe wirklich sehr, dass der Ministerpräsident Recht behält, der darauf hingewiesen hat, dass die **Förderung der Minderheitensprachen** weiterhin gewährleistet sein soll. Ansonsten tritt ein, was einige befürchten, nämlich dass die Kultur- und Spracheigenheiten Schleswig-Holsteins einfach eingeebnet werden.

Nun noch ein Wort zum geplanten **Standort Norderstedt**. Dieses Feigenblatt hätte man sich aus Sicht des SSW sparen können und man hätte gleich vorhandene Räume in Hamburg ausweiten können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Norderstedt ist faktisch ein Vorort von Hamburg und für eine politische Ausrichtung des Medienstandortes Schleswig-Holstein denkbar ungeeignet. Eine Fusion Gleichrangiger, eine Fusion auf Augenhöhe sieht jedenfalls anders aus.

Ich will nicht weiter auf Einzelheiten eingehen, die mit der Verpflichtung, die Minderheitensprachen Dänisch und Friesisch zu stärken, zu tun haben. Wir werden das im Ausschuss ansprechen. Wir

werden auch danach fragen, ob der Staatsvertrag eigentlich mit der Staatszielbestimmung unserer Landesverfassung übereinstimmt. Das werden wir im Ausschuss weiter bereden können.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ansonsten denke ich, es sind noch sehr viele Fragen offen. Zum jetzigen Zeitpunkt überwiegt unsere Skepsis, unsere Ablehnung.

(Beifall beim SSW und des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke der Frau Abgeordneten Spoorendonk. - Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat Herr Abgeordneter Dr. Wadephul.

**Dr. Johann Wadephul [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Kollege Hentschel hat es in der Debatte eben für richtig gehalten, von einem Gute-Laune-Bär zu sprechen. Auf grünen Parteitagern können Sie reden, wie Sie wollen. Aber wir sind hier im Parlament. Wir sind in dem - wie immer weniger Bürger es bezeichnen, aber wir immer noch sagen - hohen Haus. Da gibt es eine gewisse Anforderung an die Qualität von Debatten und von Wortbeiträgen.

Ihre Verantwortung innerhalb der grünen Fraktion ist gerade wieder gewachsen und wir haben Ihnen zu dem neuen Amt gratuliert. Wir verbinden das aber mit der Erwartungshaltung, Herr Kollege Hentschel, dass Ihre Wortbeiträge sich nicht nur in der Lautstärke an der Spitze dessen befinden, was wir hier hören, sondern dass Sie sich auch in der Wortwahl verbessern. Die Bürgerinnen und Bürger gucken genau hin, wie wir miteinander umgehen. Was den Bedeutungsverlust auch von Landesparlamenten angeht, so werden wir diese Entwicklung nicht aufhalten, wenn wir hier das Niveau des Schulhofes, sozusagen einer Auseinandersetzung von Kindern und Jugendlichen, zu erreichen versuchen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir erleben das hier ja nicht das erste Mal. Ich muss Ihnen ganz offen sagen: Ich bin nicht bereit, dass wir so fortfahren. Dass wir uns als Regierungsfraktion und auch die Regierung selbst sich manches an harter und scharfer Kritik von Ihnen anhören muss, ist vollkommen in Ordnung. Aber - ich sage das ausdrücklich auch für meine Person -

**(Dr. Johann Wadephul)**

wenn sich das so fortsetzt, werden wir darüber noch vertieft zu debattieren haben. Ich werde mir auch überlegen, welche Debattenbeiträge von Ihnen ich mir noch anhöre. Ich habe die Erwartung, dass Sie in dem Moment, in dem Sie hier Menschen ansprechen, diese nicht persönlich beleidigen, und dass Sie gegenüber den Staatsorganen unseres Landes ein Mindestmaß an Respekt üben.

(Beifall bei CDU, FDP und vereinzelt bei der SPD)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Dr. Wadephul. - In der kurzen Zeit, in der ich hier sitze, haben wir Worte wie „geblökt“ und „Hasardeur-Senator“ gehört. Ich kann mich den Ausführungen des Kollegen Wadephul nur anschließen. Wir werden vielleicht einmal darüber reden müssen. Wir sind zwar immer noch unterhalb der Schwelle von Ordnungsrufen, aber das macht die Sache nicht besser.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf in der Drucksache 16/820 dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist offensichtlich so beschlossen.

Laufen Sie nicht weg. Wir haben noch Tagesordnungspunkt 6 zu behandeln, allerdings ohne Aussprache.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:

**Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Errichtung einer Anstalt öffentlichen Rechts „Offener Kanal Schleswig-Holstein“ (OK-Gesetz)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 16/838

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf Drucksache 16/838 dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Wir treten in die Mittagspause ein. Ich bitte Sie alle, pünktlich um 15 Uhr wieder hier zu sein.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung: 13:01 bis 15:01 Uhr)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 52 auf:

**Tätigkeitsbericht der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein bei dem Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages für das Jahr 2005****Drucksache 16/760**

Zunächst darf ich die Bürgerbeauftragte Frau Wille-Handels sehr herzlich bei uns begrüßen!

(Beifall)

Auf der Besuchertribüne begrüße ich Mitglieder des CDU-Ortsverbandes Bredstedt sowie des SSW-Ortsvereins Glücksburg. - Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich möchte darauf hinweisen, dass uns für diesen und den nächsten Tagesordnungspunkt „Barrierefreies Fernsehen“ eine Gebärdendolmetscherin zur Seite steht. Ich begrüße Frau Torwege, die hier bei mir steht. Ich bedanke mich, dass ihre Anwesenheit heute möglich ist.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Nach der Stärke der Fraktionen erteile ich zunächst dem Abgeordneten Torsten Geerds für die CDU-Fraktion das Wort.

**Torsten Geerds [CDU]:**

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Der uns heute zur Beratung vorliegende Bericht ist ein erneuter Beweis, in welchem hohem Maße Bürgerinnen und Bürger um Rat in sozialpolitischen Angelegenheiten nachfragen müssen.

Der Bericht macht deutlich, dass viele Hilfesuchende aufgrund der Regelungsdichte und der immer noch undurchschaubaren bürokratischen Abläufe auf die Hilfe unserer Bürgerbeauftragten angewiesen sind. Im Namen der CDU-Landtagsfraktion danke ich der Bürgerbeauftragten Frau Wille-Handels und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ganz herzlich.

(Beifall)

(Torsten Geerds)

Besonders erfreulich ist, dass es das Team der Bürgerbeauftragten erneut geschafft hat, in allen sozialpolitischen Fragestellungen für schnelle Informationen für die Ratsuchenden zu sorgen. Bei vielen sozialen Ungerechtigkeiten wurde für schnelle unbürokratische Abhilfe gesorgt. Denn gerade die sozial Schwächeren können nicht lange auf die Bearbeitung ihrer Beschwerden warten. Sie brauchen **schnelle Hilfe**, damit zum Beispiel Widerspruchsfristen eingehalten werden können.

Von 2.997 Eingaben wurden im vergangenen Jahr 2.891 abschließend bearbeitet. Und noch erfreulicher ist die Tatsache, dass 2.540 Eingaben für die Ratsuchenden positiv bearbeitet werden konnten. Allein diese Zahl macht deutlich, in welchem Umfang durch diese Arbeit ein Beitrag zur Wahrung der sozialen Gerechtigkeit geleistet wird.

Um die Arbeit der Bürgerbeauftragten umfassend zu würdigen, gehört es dazu, darauf hinzuweisen, in welchem hohem Maße auch die Abgeordneten hier im Hause auf die Kompetenz des Bürgerbüros angewiesen sind und auch vermehrt zurückgreifen. Viele von uns, die von Zeit zu Zeit Bürgersprechstunden durchführen, leiten viele Sorgen und Beschwerden an die Bürgerbeauftragte direkt weiter. Von daher ist es wichtig festzustellen, dass wir als Parlamentarier noch nie so stark wie heute auf das Büro der Bürgerbeauftragten, auf die dort vorhandene Kompetenz, auf den Sachverstand und auch auf die schnellen Rückmeldungen angewiesen waren.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Nur so können wir auch als Landtagsabgeordnete eine wirklich sehr bürgernahe Arbeit leisten und nur so können wir auf sozialpolitische Fragen ganz konkrete Antworten geben. Auch dafür möchte ich ganz herzlich danken.

Angesichts der erfolgten Änderungen in der Sozialgesetzgebung ist sowohl die Steigerung der Beschwerdezahl um 21 % als auch die **Schwerpunktverschiebung** hin zu Beschwerden zum **Sozialgesetzbuch II** nicht überraschend. Wir sollten uns im Sozialausschuss bei der Behandlung dieses Berichtes auf die Auswirkungen der Hartz-IV-Reform konzentrieren. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass sich ein Großteil der Beschwerden auf die Art und Dauer der Bearbeitung sowie auf mangelnde telefonische Erreichbarkeit in den Arbeitsgemeinschaften und in den Optionskommunen bezog.

Das Problem ist zwar im Laufe der Monate geringer geworden - das sollten wir auch erwähnen -, aber es ist noch nicht überall abgestellt. Ein großes Problem ist noch immer, dass ein **persönlicher Ge-**

**sprächstermin** mit dem zuständigen Fallmanager, mit dem Sachbearbeiter nur schwer zustande kommt, obwohl gerade das die Stärke einer zusammengelegten Arbeitslosen- und Sozialhilfe sein soll: kurze Wege, Hilfe aus einer Hand, ein persönlicher Fallmanager, der weniger Fälle zu bearbeiten hat und dadurch gezielter vermitteln kann - hier gilt es weiter nachzuarbeiten. Denn nur mit der Erreichbarkeit eines Fallmanagers können wir das Fördern und das Fordern in eine vernünftige Balance bringen.

Die Angemessenheit der **Kosten der Unterkunft** - das hat jeder von uns in seiner Wahlkreisarbeit gespürt - war ein Schwerpunkt der Eingaben und der Beschwerden an die Abgeordneten vor Ort. Die Anregung der Bürgerbeauftragten, die Ermittlungsgrundsätze der Mietobergrenzen in den Kommunen nachvollziehbar und transparent zu machen, teilt meine Fraktion ausdrücklich. Kein Leistungsempfänger darf in dieser Frage das Gefühl haben, dass die Grenzen willkürlich gegriffen sind und er persönlich überhaupt keine Chance hat, einen angemessenen Wohnraum in seinem Heimatort zu finden.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich finde, das ist ein ganz zentraler Punkt, den wir auch im Sozialausschuss aufgreifen sollten. Wir müssen einen Beitrag dazu leisten, dieses Problem abzustellen.

Die Anregungen der Bürgerbeauftragten hinsichtlich der **Verständlichkeit von Leistungsbescheiden** und zur häufig noch verbesserungsfähigen Bürgernähe teilt die CDU-Landtagsfraktion ausdrücklich. Der Bürger ist bei den Behörden kein Bittsteller.

(Beifall bei der CDU)

Er hat Anspruch auf Beratung, ausreichende Unterstützung und - meine Damen und Herren, das müssen wir gerade in dieser Debatte immer wieder sagen - einen respektvollen Umgang, auch wenn er in soziale Not geraten ist.

(Beifall)

Die Leistungsbezieher und Ratsuchenden von heute sind in den meisten Fällen die Beitrags- und Steuerzahler aus den vergangenen Jahren und sie würden es gern möglichst schnell wieder werden.

Und die Leistungsempfänger haben auch einen Anspruch darauf, dass sie ihre Leistungsbescheide verstehen können; auch hier gibt es dringenden Handlungsbedarf. Der Weg, wie man zur Höhe der Leistung gekommen ist, muss für den Leistungsemp-

(Torsten Geerds)

fänger rechnerisch nachvollziehbar sein. Hier ist mehr Transparenz gefordert. Und genau in dieser Frage gibt es noch erhebliche Mängel.

Die Aussage, dass die zum Verständnis notwendigen Berechnungen den Bescheiden einfach nicht beiliegen, können wir nicht akzeptieren.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Denn kein Mensch wird den Bescheid eines Amtes akzeptieren, an dessen Ende zwar eine Summe steht, wenn ihm aber niemand erklären kann, wie die Behörde auf die Summe gekommen ist.

Akzeptanz kann man nur schaffen, wenn man sehr offen mit den Leistungsempfängern umgeht. Die in dem Bericht geäußerte Kritik der Bürgerbeauftragten zur **Anrechnung des Pflegegeldes** nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz bei Pflegeeltern teilt meine Fraktion ebenfalls. Hier sind die Fraktionen von CDU und SPD im Frühjahr 2006 bereits aktiv geworden. Es gab einen einvernehmlichen Beschluss und hier erwarten wir schnelle Abhilfe.

Wir sind in unserem Land mehr denn je auf die unermüdliche Arbeit von Pflegeeltern angewiesen. Sie dürfen an dieser Stelle nicht Opfer von Benachteiligungen werden. Pflegeeltern ersparen der Gesellschaft viele Kosten.

(Beifall)

Soziale Gerechtigkeit schafft man nur, wenn man die Ungerechtigkeiten überall bekämpft. Wir freuen uns darüber, dass die Arbeit der Bürgerbeauftragten in allen Landesministerien auf eine hohe Akzeptanz stößt. In vielen Gesprächen wie auch in ihrem Bericht macht Frau Wille-Handels deutlich, dass ihre Anregungen in allen Ministerien diskutiert und, wenn immer möglich, Missstände beseitigt werden.

An dieser Stelle danke ich beispielhaft dem Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Verkehr, weil das auch ein Thema ist, das sie immer wieder im Ausschuss bearbeitet haben. Die dortigen Bemühungen, die in Schleswig-Holstein geltenden **Parkerleichterungen für Schwerbehinderte** auch in anderen nördlichen Bundesländern anerkennen zu lassen, sind lobenswert. Was in dieser Frage in Süddeutschland gelungen ist, das darf an mangelnder Zusammenarbeit in Norddeutschland nicht scheitern. Daher die Bitte oder auch die Aufforderung an das Ministerium, hier weiter für eine Akzeptanz zu sorgen, damit wir wirklich die Parkerleichterungen über Landesgrenzen hinweg auch im norddeutschen Raum anerkennen können.

Abschließend danke ich noch einmal der Bürgerbeauftragten und ihrem Team für die ausgezeichnete Arbeit im Berichtszeitraum. Sie leisten mit Ihrer Mannschaft einen herausragenden Beitrag zur Wahrung der sozialen Gerechtigkeit in diesem Land.

(Beifall)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Geerds.

Bevor ich das Wort weitergebe, möchte ich sehr herzlich den Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung, Herrn Dr. Hase, begrüßen. - Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall)

Das Wort für die SPD-Fraktion hat nun der Herr Abgeordnete Wolfgang Baasch.

**Wolfgang Baasch [SPD]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch im Jahr 2005 hat die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten ihre Wirksamkeit in der Hilfe und Unterstützung von Menschen, die sich im Gesetzesdschungel nicht zurechtfinden, bewiesen. In fast 88 % aller Fälle konnte die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten hilfreich eingreifen. Dies ist eine enorme Quote und verdient Respekt und Anerkennung. Ihnen, Frau Wille-Handels, und Ihrem Team ein herzliches Dankeschön für diesen Bericht und für die Arbeit, die Sie in dem Zeitraum geleistet haben.

(Beifall)

Im vorliegenden Bericht für das Jahr 2005 wird deutlich, dass die gesetzliche Neuregelung im Bereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende zu einem **Tätigkeitsschwerpunkt** geworden ist. Mit 30 % aller Eingaben, die sich im Jahr 2005 an die Bürgerbeauftragte gerichtet haben, ist dies der Hauptbereich der Eingaben. Aus den Eingaben geht ganz klar hervor, dass es noch Einiges an der Umsetzung dieser **Arbeitsmarktreform** zu verbessern gibt.

Deutlich wird dies daran, dass die derzeitige Organisationsform der Arbeitsgemeinschaften von Kommunen und Agenturen für Arbeit darunter leidet, dass die **Verantwortlichkeiten** in der Entscheidung **nicht klar geregelt** sind. Dies spürt auch die Bürgerbeauftragte, wenn sie anmerkt:

„Eine Folge der Umstrukturierung der Arbeitsagentur war, dass bei der Bearbeitung der Eingaben die Bürgerbeauftragte nicht mehr direkt mit den verantwortlichen Mitar-

(Wolfgang Baasch)

beitern zur Sachverhaltsklärung in Kontakt treten konnte. Die Kontaktaufnahme wird nunmehr zentral über die Regionaldirektion gelenkt. Hier ist es wünschenswert, dass nach dem Prozess der organisatorischen Umgestaltung wieder unmittelbar mit den Verantwortlichen vor Ort Kontakt aufgenommen werden kann.“

Dies scheint umso wichtiger und notwendiger zu sein, da sich knapp 80 % der 852 Eingaben im Bereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende mit der Frage der Leistungsgewährung befassen. Das sind Fragen zu den einzelnen Anspruchsvoraussetzungen der Anspruchsberechtigten, zu den Regelleistungen, zu den Mehrbedarfen, zur Einkommens- und Vermögensanrechnung und den sich daraus ergebenden Freibeträgen, also sehr individuelle Fragen und sehr individuelle Ansprüche, die auch nur im direkten Kontakt geklärt werden können.

Die Bürgerbeauftragte weist darauf hin, dass die Grundsicherung für Arbeitsuchende bei vielen Bürgerinnen und Bürgern große Unsicherheit und häufig Existenzängste begründete, denen nur durch eine umfassende Beratung und Aufklärung entgegenzutreten war.

So ist es denn auch nur konsequent, dass die Bürgerbeauftragte unter dem Kapitel „Neue Anregungen und Vorschläge zur Änderung oder Ergänzung gesetzlicher Regelungen“ Folgendes vorschlägt. Von zehn Vorschlägen beschäftigen sich acht ausschließlich mit der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Hier sind im Wesentlichen die Adressaten die Bundesagentur für Arbeit, die Arbeitsgemeinschaften und die Optionskommunen. In einem Fall haben wir als Landtag bereits durch einstimmiges Votum des hohen Hauses reagiert - Herr Kollege Geerds hat das auch schon angesprochen - und die Landesregierung aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass der Erziehungsbeitrag des Pflegegeldes nicht als Einkommen im Rahmen der Grundsicherung angerechnet wird. In diesen wie auch den meisten anderen Forderungen der Bürgerbeauftragten gibt es für mich eine große Übereinstimmung.

Eine wichtige Forderung der Bürgerbeauftragten ist auch, dass die Bürgerinnen und Bürger ein Anrecht darauf haben, ihre **Leistungsbescheide verstehen** zu können. Ein Großteil der Ratsuchenden beklagt, dass sie die Bescheide nicht nachvollziehen und die Berechnung nicht verstehen können. Zum einen sind die Bescheide unübersichtlich aufgebaut, zum anderen lassen sich die Bescheide wegen des Fehlens der Berechnungsgrundlage über die Anrechnung von Vermögen und Einkommen sowie die Berechnung der Unterkunftskosten nicht nachvollziehen.

Dies ist keine gute Grundlage, um für die Reformen am Arbeitsmarkt auch bei den Betroffenen Akzeptanz zu erreichen.

Diese Feststellung hat auch der Ombudsrat zu Hartz IV deutlich gemacht. Der Ombudsrat, der am Freitag letzter Woche seinen Abschlussbericht vorgelegt hat, hat diesen Umstand ebenfalls mit an vorderster Stelle beklagt. Der Ombudsrat der Bundesregierung zu Hartz IV hat trotz Fortentwicklungsgesetz und vieler ungelöster Probleme mit Vorlage seines Abschlussberichtes seine Arbeit eingestellt. Da haben es die Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein besser. Die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten wird ihnen in diesem Jahr und den nächsten Jahren mit Rat und Tat auch in den Fragen der Grundsicherung für Arbeitsuchende zur Seite stehen.

Die Reformen am Arbeitsmarkt wie die Grundsicherung für Arbeitsuchende machen deutlich, dass gerade bei so komplexen Reformwerken die Verunsicherung der Bürgerinnen und Bürger groß ist und dass viele Menschen Unterstützung brauchen, wenn sie sich mit neu geschaffenen Behörden auseinandersetzen müssen.

Darum noch einmal herzlichen Dank an Sie, Frau Wille-Handels. Die Arbeit, die Sie in den letzten Jahren geleistet haben und die in den nächsten Jahren mit den Reformen im Gesundheitswesen und der Fortentwicklung der Reformen am Arbeitsmarkt zu leisten sein wird, wird Ihnen nicht ausgehen.

Ich will den Gedanken des Kollegen Geerds aufgreifen: Wir sollten uns im Sozialausschuss mit den Vorschlägen der Bürgerbeauftragten zu Veränderungen im Bereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende konzentrieren, das finde ich richtig. Ich freue mich auch, dass wir dann in direkter Diskussion im Sozialausschuss mit der Bürgerbeauftragten genau diesen Bereich vertiefen können.

(Beifall)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Baasch. - Das Wort für die Fraktion der FDP hat nun der Herr Abgeordnete Dr. Heiner Garg.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Wille-Handels, wir sprechen in ein paar Wochen miteinander über den Bericht. Die Jahr für Jahr unverändert hohen Eingaben an die Bürgerbeauftragte zeigen dieses Jahr einmal mehr, dass Ihre

(Dr. Heiner Garg)

Arbeit für den Bürger mittlerweile unverzichtbar geworden ist. Die erfolgreiche Hilfe und das hohe Engagement bei hoher Qualität in der Beratung macht die Bürgerbeauftragte zu einer, jedenfalls aus unserer Sicht nicht mehr wegzudenkenden Institution dieses Landtages. Ich sage das gern an dieser Stelle noch einmal: Es ist die Bürgerbeauftragte des Landtages und ich finde, wir alle können stolz darauf sein, dass wir so eine Institution haben.

(Beifall)

Für Ihr Engagement, Frau Wille-Handels, auch wenn ich jetzt schon der Dritte im Bunde bin, danke ich Ihnen im Namen der FDP-Fraktion sehr herzlich.

(Zuruf von der SPD)

Der Zwischenruf war jetzt wirklich vollkommen überflüssig, weil ich seit sechs Jahren nichts anderes von diesem Rednerpult aus erzähle.

Dass das Büro der Bürgerbeauftragten ein niedrigschwelliges Angebot ist, das vom Bürger auch angenommen wird, zeigt sich allein schon dadurch, dass über 80 % der Beratungen per Telefon durchgeführt werden.

Außensprechstage, Beratungsangebote über die regionalen Sprechzeiten hinaus und die Möglichkeit der Kontaktaufnahme über E-Mail runden diesen Eindruck weiter ab. Dass es diese Möglichkeiten gibt, ist prima, Frau Wille-Handels. Sie haben hier ganz neue Wege beschritten. Ich freue mich, dass diese Angebote so gut angenommen werden.

Es sind gerade die von den Behörden verunsicherten Bürgerinnen und Bürger, die eben nicht eine weitere Verwaltung ihres Anliegens erwarten, sondern schnelle und konkrete Hilfe. Diese Hilfe konnte in fast 90 % der Fälle durch die Bürgerbeauftragte positiv geleistet werden.

Der jetzt vorgelegte Tätigkeitsbericht für das Jahr 2005 zeigt, dass der Schwerpunkt der Beratung bei Fragen rund um das Vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt, also das so genannte **Hartz-IV-Gesetz**, lag. Fast jeder dritte Hilferuf, mit dem sich die Bürger an die Bürgerbeauftragte wandten, betraf genau diesen Rechtskreis. Das ist auch nicht verwunderlich. Wir waren alle bereits durch den ersten Zwischenbericht der Bürgerbeauftragten vom 25. August 2005 entsprechend vorgewarnt.

Die Debatten, die wir in der Vergangenheit im Landtag immer wieder über die Umsetzung von Hartz IV geführt haben und auch weiter führen, ergänzen den Eindruck, dass bei diesen Gesetzen

nicht nur inhaltlich, sondern auch organisatorisch bei der praktischen Umsetzung vor Ort einiges im Argen liegt. Dass dies so ist, zeigt sich allein schon daran, dass fast 80 % der 852 Eingaben zu Hartz IV mit **Unstimmigkeiten** bei der **Leistungsgewährung** zusammenhängen. Wenn dann auch noch die Leistungsbescheide zum Großteil **unverständlich** und die Berechnungen überhaupt nicht nachzuvollziehen sind, dann muss uns das alle nachdenklich stimmen. Dabei ist es wenig beruhigend, dass es sich hierbei um kein schleswig-holsteinisches Phänomen handelt, wie der Bericht des Hartz-IV-Ombudsrates zeigt. Bundesweit haben sich etwa 70.000 Bedarfsgemeinschaften an den Ombudsrat gewandt, ein Großteil davon allein wegen der Unverständlichkeit der Bescheide. Trotz aller organisatorischen Belastungen, die durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe auf die jeweiligen Arbeitsgemeinschaften der Bundesanstalt für Arbeit und die Kommunen zugekommen sind, ist ernsthaft zu fragen, liebe Kolleginnen und Kollegen: Ist es denn wirklich so schwierig, Bescheide zu erlassen, die auch ein normaler Mensch noch verstehen und nachvollziehen kann?

(Beifall)

Wenn Bescheide nicht nur unübersichtlich aufgebaut, sondern wegen fehlender Berechnungsgrundlagen, mangelnder Erläuterung und womöglich nicht vorhandener Rechtsbehelfsbelehrung nicht mehr nachzuvollziehen sind, dann darf man sich nicht wundern, wenn sich die Betroffenen dagegen wehren. Ich finde, sie sollen sich dagegen wehren. Wir müssen sie geradezu dazu auffordern, sich gegen einen solchen Unsinn zu wehren.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube, mit ein bisschen gutem Willen lassen sich auch juristisch schwierige Sachverhalte für den Laien durchaus verständlich darstellen, ohne dass dabei rechtlich relevante Aspekte vernachlässigt werden.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ansonsten wird - ob beabsichtigt oder nicht - der Eindruck vermittelt, dass Betroffene auf die ihnen zustehenden Rechte ungewollt verzichten müssen, nur weil sie den Leistungsbescheid nicht verstehen. **Bürgernähe** und **Bürgerfreundlichkeit** muss bei aller Komplexität des rechtlichen Sachverhaltes heißen, dass der Bürger erwarten darf, korrekt und freundlich informiert und beraten zu werden.

(Dr. Heiner Garg)

(Beifall bei der FDP und der Abgeordneten  
Anke Spoorendonk [SSW])

Das ist der berechtigte Anspruch eines jeden Bürgers an die grundsätzliche Arbeitsweise einer jeden Verwaltung. Wenn aber Mitarbeiter einer Behörde nicht einmal mehr telefonisch erreichbar sind und ein persönlicher Beratungstermin sowohl bei Fragen zur Eingliederung als auch zur Leistungsgewährung nur schwer oder gar nicht vereinbart werden kann, dann führt dies zu einem nicht mehr zu behebenden Verlust an Vertrauen in die betreffende Behörde.

Wenn die Bürgerbeauftragte dem Thema Bürgernähe und gute **Verwaltungspraxis** mittlerweile ein eigenes Kapitel widmen muss, dann sollten wir uns als Politiker auch die Frage stellen, welche verwaltungsinternen Maßnahmen ergriffen werden müssen, um die gute Verwaltungspraxis wieder herzustellen. Wir müssen diese Frage völlig unabhängig davon stellen, ob die von uns verabschiedeten Regelungen und Normen überhaupt praxistauglich sind. Eigentlich ist es doch ein Armutszeugnis, dass die Hilfe der Bürgerbeauftragten genau hier unverändert benötigt wird.

(Beifall bei FDP und SSW)

Für uns alle kann es doch nur darum gehen, dass Verwaltungshandeln so wenig wie möglich Anlass zu Beschwerden gibt.

Das gilt nicht nur für die Bereiche, für die das Land originär zuständig ist, sondern selbstverständlich auch für die Bereiche, für die der Bund die primäre Verantwortung trägt. Dass es für die Landespolitik dabei nicht immer einfach ist, wurde bei der Zusammenlegung der Familienkassen der Bundesanstalt für Arbeit in Schleswig-Holstein deutlich. Wenn Bundesbehörden wie die Familienkassen regelrecht abtauchen und für den Bürger nicht mehr erreichbar sind, dann kann vonseiten des Landes und der Bürgerbeauftragten eben leider nur formal mehr Bürgerfreundlichkeit angemahnt werden. Deshalb ist die Politik sowohl im Bund als auch im Land gefragt, dazu beizutragen, dass Gesetze in der Umsetzung für den Bürger und nicht zum Schutz vor dem Bürger gemacht werden.

(Beifall bei FDP und SSW)

Das bedeutet für die Politik, also für uns alle, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Verwaltungen zu motivieren und bei ihren Entscheidungen sozusagen mitzunehmen, anstatt sie allein zu lassen.

Wir alle haben in der Vergangenheit immer wieder betont, dass die Arbeit der Bürgerbeauftragten mehr denn je gebraucht wird. Wenn wir ihre wichtige Ar-

beit jetzt als eine notwendige Rückkoppelung zwischen Praxis und Politik verstehen, dann sind wir auch aufgefordert, jeweils nicht nur Sonntagsreden zu halten, sondern die Missstände überall dort abzustellen, wo uns dies möglich ist. Wir haben uns aus gutem Grund für die Einrichtung der Institution einer Bürgerbeauftragten entschieden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, dann reicht es nicht, dass wir diesen Bericht zur Kenntnis nehmen und wohlwollende Worte für die Arbeit der Bürgerbeauftragten finden - das tue auch ich gern -; vielmehr müssen wir auch überall und an allen Stellen, wo uns die Bürgerbeauftragte Hausaufgaben aufgegeben hat, die Konsequenzen aus dem vorgelegten Bericht ziehen.

(Beifall bei FDP und SSW)

Abschließend möchte ich sagen, dass es sehr schön wäre, wenn wir uns bei irgendeinem der folgenden Berichte von Ihnen, Frau Wille-Handels, in dieser Legislaturperiode gemeinsam darüber freuen könnten, dass die Zahl der an Sie gerichteten Eingaben zurückgegangen ist. Das wäre ein Anzeichen dafür, dass wir als Politiker angefangen haben, in diesem Bereich unsere Hausaufgaben zu machen und dass die Menschen wieder mehr Vertrauen in Verwaltungshandeln hätten. Ich weiß, dass die Bürgerbeauftragte damit nicht überflüssig würde. Es wäre aber schön, wenn wir alle gemeinsam daran arbeiten würden, dass ihr die Menschen nicht zu sehr die Tür einrennen. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und freue mich auf die Beratung im Sozialausschuss.

(Beifall)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Dr. Garg. - Für die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat nun Frau Abgeordnete Angelika Birk das Wort.

**Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrte Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Bürgerbeauftragte formuliert höflich, aber ihr Bericht ist eine schallende Ohrfeige für die katastrophale Umsetzung der jüngsten **Arbeitsmarktreformgesetze**. Als Abgeordnete darf ich in diesem Punkt vielleicht etwas weniger höflich sein. Im Detail können wir für Schleswig-Holstein nachlesen, was der Ombudsrat für die ganze Republik kritisiert: Die Arbeitsagenturen und Kommunen arbeiten trotz einzelnen großen Engagements insgesamt einfach schlecht zusammen. Für die Arbeitslosen und ihre Familien ist das Ergebnis schlicht eine Zumutung. - Vor diesem Hintergrund ist es infam,

(Angelika Birk)

wenn die große Koalition auf Bundesebene nun seit Monaten immer neue Hetzkampagnen gegen die Arbeitslosen inszeniert, die angeblich zu Unrecht Hilfe bezogen hätten. Das ist schlicht ein **Ablenkungsmanöver** und Haltet-den-Dieb-Geschrei, um vom eigenen Versagen abzulenken.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Erhebungen, die hierzu letzte Woche veröffentlicht wurden, zeigen, dass sich der Missbrauch im Promillebereich bewegt. Es gibt überhaupt keinen Grund, den Arbeitslosen mit völliger Leistungsverweigerung zu drohen.

(Peter Eichstädt [SPD]: Wer hat denn das Gesetz verabschiedet? Sie waren doch dabei!  
- Weitere Zurufe von der SPD)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Einen Moment! Das Wort hat Frau Abgeordnete Birk. Wer hier ansonsten reden will, verlasse bitte den Saal.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

**Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Ich danke für die „Unterstützung“. - Ich weise in diesem Zusammenhang auf eine Debatte hin, die wir demnächst führen werden. Meine Fraktion hat zu dieser Thematik ja noch einen Antrag eingebracht. Darüber sprechen wir aber später.

Nicht die Arbeitssuchenden haben Strafmaßnahmen verdient, sondern die nach wie vor unfähige Zentrale der Arbeitsverwaltung in Nürnberg, die für vieles verantwortlich ist, was wir hier heute beklagt haben. Das Grundgerüst für die **Leistungsbescheide** zum Beispiel wird dort entworfen. Nach wie vor ergehen diese Bescheide zum ALG II in der Regel ohne nachvollziehbare individuelle Berechnung, ohne einen Hinweis auf Widerspruchsmöglichkeiten und auch die Kritik des Datenschutzbeauftragten ist noch längst nicht ausgeräumt. Es handelt sich hier ja um hoch sensible Daten.

Die Arbeitsagenturen sind häufig nicht zu erreichen. Das wurde schon gesagt. Offensichtlich können sie auch weder schriftlich noch mündlich den Bürgerinnen und Bürgern die neue Rechtslage erklären. Die **Beratungsgespräche** finden oft ja auch erst nach Monaten statt. Es ist kein Wunder, dass im Büro der Bürgerbeauftragten Frau Wille-Handels die Telefone nicht stillstehen, umso mehr als die Landesregierung auch die Brosamen an Zuschüssen streicht, die die **Selbsthilfeberatungsein-**

**richtungen der Arbeitslosen** bisher erhalten haben.

Auch hier werden Sie wahrscheinlich in Zukunft noch mehr Nachfragen bekommen, weil diese kleinen Grüppchen, die sich selber mit Trost und wechselseitiger Beratung helfen, zukünftig noch nicht einmal mehr ihre Miete bezahlen können.

(Martin Kayenburg [CDU]: Wie in der Hochschulpolitik!)

Diejenigen, die sich bei der Bürgerbeauftragten beschweren, beklagen aber vor allem häufig eine unhöfliche und demütigende Behandlung. Ein sehr kleiner Stab bei der Bürgerbeauftragten schafft es im Gegensatz zu den ARGEn, fast 3.000 Ratsuchenden zu helfen. Dies verdient unser aller Dank und Hochachtung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Der Bericht trägt zusammen, was sonst von vielen nur als persönliches Schicksal resigniert oder wütend ertragen wird. Lesen bildet. Insofern empfehle ich nicht nur den Arbeitslosen, sondern allen Abgeordneten, den Journalisten und den Verantwortlichen in der Kommunalpolitik und in den Arbeitsagenturen die Lektüre dieses Textes.

Ich komme zu einem weiteren Thema, das hier noch nicht angesprochen wurde. Nicht nachvollziehbar ist, dass die **Wohnkosten** seitens der Kommunen für **Empfänger von Arbeitslosengeld II** geheim gehalten werden. Angeblich, um die Mietpreise nicht in die Höhe zu treiben, lassen Kommunen und Landkreise im Dunkeln, wie teuer Langzeitarbeitslose wohnen dürfen. Es gibt keine einheitliche veröffentlichte Regel, wie mit den selbstverständlich sehr unterschiedlich hohen Mieten in den einzelnen Regionen umgegangen wird. So sehr das Bemühen um Einzelfallgerechtigkeit zu schätzen ist, so öffnet doch eine solche Geheimnistuerei der Willkür Tür und Tor, sorgt für viel Beratungsbedarf und last but not least auch für Gerichtsprozesse.

Die Bundesregierung geht aber nicht gegen diese **Geheimniskrämerei** der ARGEn - vielleicht mit einem neuen Erlass - an, sondern unterstellt den Bedürftigen pauschal Missbrauch. Angeblich seien schon im letzten Jahr viele arme Menschen, insbesondere junge Leute, allein deswegen von zu Hause ausgezogen, um mehr Wohngeld zu kassieren. Als meine Kollegin Heinold von der Landesregierung hierzu Zahlen aus Schleswig Holstein wissen wollte, antwortete diese, dass solche Daten von den ARGEn bundesweit überhaupt nicht erhoben werden.

(Angelika Birk)

Angesichts eines solchen Desasters sind wir es den Arbeitslosen schuldig, uns als Landtagsabgeordnete selber auf die Ebene der Mühen zu begeben. So sehr ich das Engagement der Bürgerbeauftragten vor Ort schätze, Herr Geerds, und so sehr ich auch Ihren Beitrag unterstützenswert fand, so muss ich Ihnen doch entgegenen: Wir können uns nicht davor drücken und sagen: Alle schwierigen sozialen Fälle geben wir zur Bürgerbeauftragten. Da sind wir als Abgeordnete den Bürgern schon selber Rede und Antwort schuldig.

Meine Fraktion schlägt deshalb vor, die regional Verantwortlichen seitens der Arbeitsagentur und der Kommunen im Sozialausschuss zu befragen, was sie konkret tun, um die Lage zu verbessern.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dies umso mehr, als die Arbeitsagentur und der Arbeitsminister schon vor einem Jahr einen großen Pakt geschlossen haben und eigentlich all dies versprochen haben, was wir jetzt von ihnen fordern.

Prominente Unterstützung erhielt die Bürgerbeauftragte bei einem anderen Thema. Im letzten Jahr hat sich der Herr Ministerpräsident angesichts des zweiten Waterloos bei der Neuorganisation der Arbeitsverwaltung, der Familienkasse, als Landesvater bei Bundeskanzlerin Merkel dafür eingesetzt, dass nun endlich das Kindergeld pünktlich überwiesen wird. Viele Eltern warten schon Monate.

Nun ist Herr Carstensen nicht da. Ich kann ihn deshalb nicht fragen, was daraus geworden ist. Auf meine Nachfrage, ob die **Kindergeldkassen**, wie im Bericht beschrieben, endlich telefonisch erreichbar sind, ob sich jetzt die unterschiedlichen Abteilungen der Arbeitsverwaltung auf eine gemeinsame Berechnungsformel für den Kinderzuschlag geeinigt haben, bestätigte mir jedenfalls Frau Wille-Handels vor wenigen Tagen, die Probleme seien noch nicht gelöst. Hier sollte der Herr Bundesratspräsident seinen Einfluss in Berlin etwas nachdrücklicher geltend machen!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich komme zum letzten Punkt, den ich mir aus dem Bericht herausgegriffen habe; er betrifft die behinderten **Kinder**. Das ist ein Thema, das die Kommunalisierung der Versorgung von **Menschen mit Behinderung** insgesamt betrifft. Deswegen finde ich es wichtig, dass hier mehr als nur die Sozialpolitiker zuhören. Es geht um eine Menge Geld, die das Land den Kommunen zur Verfügung stellt. Hierfür können wir auch erwarten, dass im Sinne der Behinderten ordentlich gearbeitet wird.

Als ein Beispiel von vielen führt die Bürgerbeauftragte an, dass im Kreis Steinburg einer 28-jährigen Frau und ihren Eltern weiterhin zugemutet wird, zusammen wohnen zu bleiben. Seitens des Kreises wird der Umzug der erwachsenen jungen Frau in die Wohngruppe einer Behinderteneinrichtung abgelehnt, und zwar mit der Begründung: ambulant vor stationär. Mit purem Zynismus verdreht der Landkreis eine Reformoffensive in ihr Gegenteil.

Wie der Bericht und auch schon seine Vorgängerberichte zeigen, trifft diese Haltung insbesondere die Jüngsten, deren ganze Lebensentwicklung von früher Förderung abhängt. In Lübeck - das weiß ich aus eigener Anschauung - fehlen in den **Kindertagesstätten** derzeit 46 Plätze für drei- bis sechsjährige Kinder mit Integrationsbedarf. Alle diese Kinder haben einen Rechtsanspruch. Sollen wir denn warten, bis die Eltern zum Gericht gehen? Das ist doch nicht die Lösung!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich erwarte insoweit sowohl vom Bildungsministerium als auch vom Sozialministerium fachliches Engagement, um solche Missstände zu beheben.

Im Kreis Segeberg musste der Landrat gegenüber meiner Kollegin Monika Heinold eingestehen, dass Kinder bis zu einem Jahr auf den Beginn der **Frühförderung** warten, weil routinemäßige Spezialuntersuchungen nur noch ganz wenige sehr gefragte Spezialärzte leisten können. Inzwischen ist hier wohl durch das Engagement meiner Kollegin etwas Abhilfe geschaffen worden. Aber weiterhin gibt es Verschiebebahnhöfe zwischen Krankenkassen und Kommunen in dieser speziellen Frage. Machen Sie sich aber klar, was ein Jahr nicht erfolgte Frühförderung für ein Kleinkind mit Handicaps bedeutet!

Also auch hier sollten wir uns als Sozialausschuss einmal anhören, was die Kommunen dazu zu sagen haben, gerade auch angesichts dessen, dass sich die Landesregierung offenbar gegen einigen Widerstand seitens der Kommunen bemüht, zu gemeinsamen **Standards** in der Versorgung von Menschen mit Behinderungen zu kommen, Standards, die den Namen Humanität verdienen. Die Sozialministerin braucht hier also die Unterstützung des ganzen Hauses. Menschenwürde ist unteilbar. Diesen Appell richte ich besonders an die Kolleginnen und Kollegen von der CDU.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

### Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke der Frau Abgeordneten Birk. - Für den SSW im Landtag hat der Herr Abgeordnete Lars Harms das Wort.

### Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Bürgerbeauftragte beleuchtet in ihrem Tätigkeitsbericht einen Teil der Verwaltungswirklichkeit, den wir hier im Parlament nur selten thematisieren. Es geht nicht darum, was in Gesetzen aufgeschrieben ist, sondern wie diese vor Ort umgesetzt werden. Ungenaue Zuständigkeiten, unverständliche Sprache und ein unfreundlicher Ton sind dabei Fakten, an denen wir nicht vorbeikommen. Da wird mancher hochfahrender politischer Plan, den wir hier aushecken, hinterrücks kaputt verwaltet. Diese Wirklichkeit nehmen wir viel zu selten wahr, es sei denn, wir erleben das in eigener Anschauung.

Die Einzelbeispiele im Bericht zeigen detailliert, welche große Ohnmacht die Bürger gegen eine eingefahrene Bürokratie empfinden. Es kann weitgehend als sicher gelten, dass diejenigen Petenten, die sich überhaupt an die Bürgerbeauftragte wenden, eher die Spitze des Eisbergs ausmachen. Vielfach sind Betroffene sozial Ausgegrenzte, denen es nicht leicht fällt, ihren Fall Dritten zu schildern. Dennoch bleiben dies natürlich Einzelfälle.

An dieser Stelle möchte ich der Bürgerbeauftragten ein großes Lob für ihr Engagement aussprechen. Sie und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bearbeiten ein ungeheuer großes Pensum, das allein schon aufgrund der schieren Masse unseren Respekt verdient.

(Beifall bei SSW, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU)

Was den Tätigkeitsbereich für uns Parlamentarier allerdings zu einem Nachschlagewerk noch anstehender Vorhaben macht, ist die systematische Durchdringung der Sachgebiete. Ohne Zweifel ist mit **Hartz IV** ein riesengroßes Gebiet hinzugekommen, das viele Menschen betrifft und das sich auch in seinem zweiten Jahr als unbefriedigend darstellt.

Der SSW bedankt sich ausdrücklich für die gute Arbeit der Bürgerbeauftragten, die uns mahnt, in diesem Bereich weiter auf Verbesserungen zu drängen. Wir haben auch schon verbal vereinbart, dies tun zu wollen.

Manche Behörden scheinen offensichtlich so zu arbeiten, dass sie sich die Antragsteller das eine oder andere Mal schnell vom Hals schaffen wollen. Da-

her brauchen diese unerwünschten Kunden der Bürokratie eine helfende Hand, die man schnell und unkompliziert ergreifen kann.

Die Bürgerbeauftragte ist mit ihren regionalen Sprechstunden auch für Personen ohne Auto, ohne Mobilität gut erreichbar. Sie bemüht sich um den persönlichen Kontakt. Das ist vorbildlich. Würden mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Behörden und Agenturen das persönliche Gespräch so suchen, würden sicherlich viel weniger Fälle eskalieren.

Wer jemals gedacht hat, die Bürgerbeauftragte sei Anlaufstelle von Nörglern und Querulanten, wird jedes Jahr eines Besseren belehrt. Über 94 % aller berechtigten Eingaben wurden positiv abgeschlossen. Die Petenten sind einfache Bürger, die nicht mehr ein noch aus wissen und in der Bürgerbeauftragten auf eine engagierte Bürgeranwältin treffen.

Besser wäre es natürlich, es käme gar nicht erst zu Problemen. So ist doch von vornherein einsichtig, dass die Zusammenlegung der **Familienkassen der Arbeitsagenturen** von sieben auf drei Standorte nicht reibungslos funktionieren kann. Entsprechende personelle Aufstockungen, zumindest für ein paar Monate des Übergangs, wären hier angeraten gewesen. Stattdessen mussten Tausende von Familien auf ihr Geld warten, bis ein massives Echo in den Medien endlich für Verbesserung sorgte.

Moderne Verwaltung sieht anders aus. Hier aber wird einerseits die Motivation der Beschäftigten verspielt, die sich ständig mit Beschwerden herum-schlagen müssen, und andererseits werden die Bürger verprellt.

Ein Beispiel für ein Gesetz, das hinterrücks sabotiert wird, ist der **Kinderzuschlag**, der Eltern mit geringerem Einkommen zusteht. Durch das Bestehen zweier unterschiedlicher Berechnungsgrundlagen von Sozialamt und Arbeitsgemeinschaften wird der Zuschlag de facto zu einer Ausnahmeleistung, obwohl er als regelmäßige Unterstützung für Eltern gedacht war, deren Einkommen für sie allein, aber nicht zum Unterhalt der Kinder ausreicht. Als Leser des Berichtes muss ich gerade bei dieser Passage den Kopf schütteln. Ich denke, dass wir als Parlamentarier aufgerufen sind, diesen Missstand schnellstmöglich aus der Welt zu schaffen.

Die Bürgerbeauftragte hat aber auch gute Nachrichten. So verringerten sich die Eingaben bezüglich der **gesetzlichen Rentenversicherung**. Zu befürchten sind allerdings steigende Probleme bei der privaten Altersvorsorge. Diese wird wesentlich zunehmen und daher werden auch die Beratungsleistungen in diesem Bereich zunehmen müssen. Es ist nur eine Frage der Zeit, wann die ersten Unzulänglich-

(Lars Harms)

keiten deutlich werden und der Rahmen neu gesetzt werden muss. Aber dafür haben wir wahrscheinlich noch einige Jahre Zeit. Wir müssen uns darauf verlassen, dass Frau Wille-Handels uns regelmäßig auf Unzulänglichkeiten in diesem System hinweisen wird.

Wir als SSW sind für diese Hinweise sehr dankbar und sagen auch ganz deutlich, dass die Institution Bürgerbeauftragte und deren Mitarbeiterstab für uns unverzichtbar ist. Das war eigentlich auch mein Schlusssatz.

Ich möchte aber noch etwas anfügen, weil der Kollege Hay einen kleinen Zwischenruf bei der Rede des Kollegen Garg gemacht hat. Ich habe den Eindruck, dass sich die Haltung der FDP in den letzten Jahren gewandelt hat, dass man hinter der Bürgerbeauftragten steht und dass man sie nicht abschaffen will. Ich glaube, das hängt auch ein bisschen mit dem Kollegen Garg zusammen, der sich sehr dafür eingesetzt hat.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Auch mit der Bürgerbeauftragten!)

Wir haben eine Einigkeit und das ist der guten Arbeit der Bürgerbeauftragten geschuldet, die uns alle überzeugt hat. Es ist gut, dass wir als Landtag gemeinsam hinter unserer Bürgerbeauftragten stehen. Insofern freut mich das Gesagte der Kollegen von vorhin.

(Beifall)

#### Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Lars Harms. - Das Wort für die Landesregierung hat nun Herr Innenminister Dr. Ralf Stegner in Vertretung der Sozialministerin.

#### Dr. Ralf Stegner, Innenminister:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch die Landesregierung möchte Frau Wille-Handels herzlich für ihren ausführlichen und sehr informativen Tätigkeitsbericht 2005 und für die Arbeit, die sie mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern geleistet hat, danken. Dieser Bericht beweist wieder einmal, dass die Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein mit Ihnen eine kompetente Ansprechpartnerin haben, eine neutrale Vermittlerin und - je nach Fall - auch eine kämpferische, parteiische Anwältin in allen sozialen Angelegenheiten. Die hohe Arbeitsbelastung Ihres Büros haben Sie mit großem Engagement bewältigt und dafür gilt Ihnen unser Dank.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Beratungsbedarf der Bürgerinnen und Bürger ist unverändert hoch. Das verwundert angesichts der breiten Reformdebatten in unserem Lande nicht. Arbeitsmarktreform, Gesundheitsreform, Umstellung in der Sozialhilfe und auch die kommenden Veränderungen in den Unterstützungssystemen für Familien haben viele betroffene Menschen verunsichert. Das **Recht der sozialen Sicherung** ist für viele Menschen unübersichtlich und wird häufig als undurchdringliches Dickicht empfunden.

Hinzu kommt, dass die mit den genannten Reformvorhaben verbundenen Umstellungen die Sozialbehörden erheblich belasten und dabei die individuelle Beratung der Hilfesuchenden über Ansprüche und Verfahrensregelungen manchmal in den Sozialbehörden zu kurz kommt. Da ist es gut für unser Land, dass die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten eine Ansprechstelle für solche Fälle ist. Kompetente Informationen stehen immer am Anfang von Problemlösungen. Insofern sind die Landesregierung und das Parlament dankbar, wenn wir auf Missstände und Probleme hingewiesen werden und Anregungen bekommen.

Besonders zielführend ist die im Bericht enthaltene Liste, inwieweit die früher gemachten Anregungen und Vorschläge in der Gesetzesarbeit berücksichtigt wurden. Vieles wurde tatsächlich abgearbeitet und das ist ein positives Signal an die Bürgerinnen und Bürger.

Einige Anregungen gehen auch in Richtung des Bundes. Erfahrungsgemäß dauert es ein bisschen länger oder ist durch die **Gesetzgebung des Bundes** erledigt, wie zum Beispiel die Frage, die durch die Einführung des Elterngeldes im Hinblick auf das Erziehungsgeld aufgetaucht war. Das Sozialministerium erarbeitet in diesem Zusammenhang gerade ein umfassendes Konzept, das die **Auszahlung des Elterngeldes** ab Januar 2007 sichern soll.

Wir haben uns im Koalitionsvertrag darauf verständigt, ein **Gesamtkonzept Behindertenpolitik** zu erarbeiten. Im Rahmen dieses Konzeptes werden die Anregungen der Bürgerbeauftragten in diesem Bereich aufgegriffen. Hier sitzen alle im selben Boot und es ist wichtig, Hinweise für die Arbeit mit Menschen mit Behinderung zu bekommen.

Ich glaube auch, dass die Forderung der Bürgerbeauftragten, dass die persönliche **Beratung in den Sozialbehörden** den aktuellen Haushaltsproblemen der öffentlichen Hand nicht zum Opfer fallen darf, ein wichtiger Hinweis ist. Lieber Herr Kollege Garg, weil Sie das angesprochen haben: Das heißt dann aber auch an der einen oder anderen Stelle,

**(Minister Dr. Ralf Stegner)**

dass man es mit den Forderungen nach dem schlanken Staat nicht übertreiben darf. Auf der einen Seite immer wieder zu sagen, wir sollen mit weniger Mitarbeitern auskommen, auf der anderen Seite aber zu beklagen, dass Menschen nicht da sind, die Beratung leisten - ich meine Sie gar nicht persönlich; Sie haben nur den Punkt angesprochen -, ist etwas, was wir gelegentlich überdenken müssen. Ohne Staat geht es in manchen Bereichen nicht und die Menschen in der Verwaltung brauchen auch Zeit, um Dinge zu bearbeiten.

(Beifall)

Das muss übrigens erst recht gelten, wenn große Veränderungen in den sozialen Leistungssystemen Besorgnisse der Bürgerinnen und Bürger auslösen, die die gesellschaftliche Akzeptanz von Änderungsprozessen gefährden können. Allein der im Bericht dargestellte Umfang der Informations- und Beratungstätigkeit des Büros der Bürgerbeauftragten führt uns drei Punkte noch einmal deutlich vor Augen.

Erstens. Die von der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten angebotenen Dienstleistungen sind hoch aktuell. Sie wirken als Controlling-System für sozialstaatliche Leistungen und erfüllen eine anspruchsvolle gesellschaftliche Ausgleichsfunktion vor dem Hintergrund der Reformprojekte im soziale Bereich.

Zweitens. Die Institution der Bürgerbeauftragten hat eine hohe Akzeptanz und genießt das Vertrauen der Menschen im Land.

Drittens. Die Bürgerbeauftragte und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben sich dieses Ansehen durch Kompetenz und Engagement erarbeitet und nicht durch die Tatsache, dass sie existieren.

(Beifall bei SPD und CDU)

Der Bericht zeigt - trotz der positiven Entwicklung, die wir bei der Leistungsfähigkeit der Verwaltung und bei der Bürgernähe im Land erreicht haben -, dass wir auf dem Wege zu modernen Dienstleistungsstrukturen des **Sozialstaates** noch lange nicht am Ziel sind. Der Bericht liefert aber auch Beispiele dafür, dass die Gesetzeslage nicht immer auf der Höhe der Probleme ist. In seinem Bemühen um soziale Gerechtigkeit hat der Staat sehr komplexe Regelungen geschaffen, die auch Experten nicht immer durchschauen. Wir sollten in Deutschland nicht dem Irrglauben verfallen, dass ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit immer durch ein Mehr an gesetzlichen Regelungen erreicht wird.

Die Forderung der Bürgerbeauftragten nach Verständlichkeit bei der Formulierung schriftlicher

Entscheidungen verstehe ich deshalb nicht nur als Hinweis an die praktische Arbeit der Sozialbehörden. Lieber Herr Harms, ich will es deutlich sagen: Es ist nicht immer nur die böse Verwaltung und der gute Wille des Gesetzgebers, sondern es werden Fehler gemacht, wo Menschen arbeiten. Es ist auch der Appell an Regierung und Parlamente, die Zahl der Regelwerke zu beschränken und ihren Inhalt übersichtlich und allgemeinverständlich zu gestalten. Als langjähriger Beobachter dessen, was dieses Haus tut, muss ich sagen, dass wir nicht in jeder Ausschussberatung die Verständlichkeit in den Mittelpunkt unserer Formulierungsanstrengungen stellen. Das ist eine Aufgabe, der sich die Sozialpolitik stellen muss, nicht zuletzt, weil notwendige Veränderungen unserer Leistungssysteme vermittelbar sein müssen.

Lassen Sie mich dazu noch einmal zwei Anmerkungen machen. Zum einen muss ich sagen, dass die nassforsche Art, mit der Verbandsvertreter teilweise mit billigen Klischees aufwarten, meiner Ansicht nach der Lage überhaupt nicht gerecht wird. Bei aller Notwendigkeit für Sozialreformen, die niemand bestreitet, finde ich die Form, in der gelegentlich von Leuten darüber gesprochen wird, die wirklich in einer ganz anderen Situation sind, völlig daneben. Die soziale Marktwirtschaft hat unseren Wohlstand geschaffen und nicht die Marktwirtschaft ohne Adjektiv.

(Beifall bei SPD, CDU und SSW)

Frau Kollegin Birk, dies zu sagen heißt aber auch, dass wir uns der billigen Polemik enthalten sollten, wenn es um die Frage geht, wie wir mit der Überarbeitung solcher Reformgesetze umgehen. So lange sind Sie noch nicht in der Opposition, dass Sie das, was wir gemeinsam mitgetragen haben, jetzt empört und in Bausch und Bogen verurteilen können. Das finde ich ein bisschen billig, Frau Birk. Natürlich gibt es das Bemühen und natürlich gibt es auch Schwierigkeiten. Aber was Sie gesagt haben, finde ich etwas schlank. So einfach sollte man es sich nicht machen.

(Beifall bei SPD, CDU und SSW)

Wir sollten die Anregungen - auch was das Beschwerdemanagement angeht - ernst nehmen. Die Feststellung der Bürgerbeauftragten, dass Klagen insbesondere über den **Umgangston** in den **Sozialbehörden** auffällig zugenommen haben, kann uns nicht gleichgültig sein. Ich habe an anderer Stelle schon häufiger gesagt: Die Verwaltung dient den Bürgern, nicht umgekehrt. Das gilt völlig unabhängig davon, wie begütert oder in welcher guten Situation der Antragsteller ist, der kommt. Die Verwal-

(Minister Dr. Ralf Stegner)

tung wird von allen Bürgerinnen und Bürgern bezahlt und einen vernünftigen Umgangston gebietet der Respekt vor dem eigenen Arbeitgeber, wenn ich das einmal so formulieren darf. Die Verwaltung wird von den Bürgerinnen und Bürgern bezahlt und sie führt das aus, was die Menschen wollen. Sie ist nicht jemand, zu dem der Bürger als Bittsteller kommt. Das gilt in allen Bereichen und deswegen finde ich solche Kritik fast am gravierendsten. Das ist auch eine Führungsfrage und diejenigen, die Führungspositionen in der öffentlichen Verwaltung innehaben, müssen sich auch persönlich darum kümmern müssen, dass man dies in allen Bereichen ordentlich macht.

(Beifall bei SPD, CDU und SSW)

Das ist vielleicht auch das Stückchen Würde im Umgang mit schwierigen Situationen, in denen man teilweise in der Sache nicht helfen kann. Es muss ein Minimum an Respekt gegenüber jemanden, der mit einer Sorge zu einem kommt, erwartet werden. Man muss sich immer in die Lage derjenigen versetzen, die nicht das Glück hatten, auf einem guten und sicheren Arbeitsplatz im öffentlichen Dienst solche Dinge bearbeiten zu dürfen, sondern die den Antrag stellen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Insofern lassen Sie mich mit dem schließen, was alle Vorrednerinnen und Vorredner hier zum Ausdruck gebracht haben. Frau Wille-Handels, ich glaube, wir haben Anlass, Ihnen und Ihren Mitarbeitern für Ihr Engagement zu danken. Wir bekommen von Ihnen immer wieder Hausaufgaben, die wir abarbeiten sollten. Jede Beschwerde weniger, die es durch Ihr Wirken gibt, ist ein Beweis für den Erfolg Ihrer Arbeit. Sie haben ja auch wahrgenommen, dass das Haus Sie inzwischen in voller Breite unterstützt. Auch das ist - finde ich - ein Erfolg, auf den wir gemeinsam stolz sein sollten.

(Beifall bei SPD, CDU, FDP und SSW)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke dem Herrn Minister. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Ich gehe davon aus, dass der Bericht zur abschließenden Beratung an den Sozialausschuss überwiesen werden soll. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so passiert.

Wir setzen die Beratungen mit dem Tagesordnungspunkt 43 fort:

**Barrierefreies Fernsehen**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 16/773

Es sind weiterhin die Gebärdendolmetscherin und Herr Dr. Hase bei uns. - Ich erteile Herrn Ministerpräsidenten Peter Harry Carstensen das Wort.

**Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Landtag hatte am 24. März 2006 den Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD angenommen, mit dem die Landesregierung aufgefordert wird, einen Bericht zum Thema barrierefreies Fernsehen vorzulegen. Die Landesregierung ist dieser Bitte gern nachgekommen. Für Regierung und Parlament ist es eine wichtige Aufgabe, immer wieder in verschiedene Lebensbereiche hineinzugucken und auch zu fragen, ob Menschen mit Behinderung ausreichend Hilfe geleistet wird.

Heute geht es um das Fernsehen. Die für das **barrierefreie Fernsehen** maßgeblichen Akteure wie die Fernsehanstalten unterliegen keinen umfassenden gesetzlichen Berichterstattungspflichten, die Auskunft über ihre Bemühungen im Bereich der Barrierefreiheit geben. Um zu aktuellen Informationen zu gelangen, waren wir deshalb auf freiwillige Auskünfte angewiesen. Die Fernsehsender, Verbände und Institutionen haben allesamt engagierte Stellungnahmen abgegeben. Das ist ein gutes Zeichen und das hat mich sehr gefreut.

Der Bericht veranlasst mich zu zweierlei: Ich möchte auf der einen Seite Dank sagen, aber zugleich auch eine Bitte äußern. Der Dank gilt den **Fernsehsendern**, vor allem den öffentlich-rechtlichen. Sie haben insgesamt ein erfreuliches Engagement für die Barrierefreiheit an den Tag gelegt und weitere neuen Initiativen angekündigt.

(Beifall bei CDU, SPD und SSW)

Die Bitte richtet sich ebenfalls an die Fernsehsender und an andere Institutionen, die einen Beitrag leisten können. Ein noch stärkerer Ausbau des barrierefreien Fernsehens ist wünschenswert. Wir können noch besser werden. Sie können noch besser werden. Das sollten wir uns und Sie sich vornehmen. Die Ausgangslage ist gut. Die Entwicklungen machen Mut für mehr. Ich will einige Beispiele nennen.

Beim **NDR** wird sich der Anteil des barrierefrei ausgestrahlten Fernsehprogramms jetzt auf 12 % erhöhen. Der NDR beabsichtigt, die tägliche Hauptsendung seines Regionalprogramms - das ist die Sendung „DAS!“ von 18:45 Uhr bis 19:30 Uhr - ab

**(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)**

Frühjahr 2007 mit Videotextuntertiteln auszustrahlen.

(Beifall im ganzen Haus)

Damit setzt der NDR die Protokollerklärung zur letzten Änderung des NDR-Staatsvertrags um.

Das ZDF hat nach einer Statistik der Deutschen Gesellschaft der Hörgeschädigten, der Selbsthilfe- und Fachverbände aus dem Jahre 2004 schon 18 % seiner Sendeminuten mit **Untertiteln** ausgestrahlt. Das ist 2005 weiter ausgebaut worden. Allein die Zahl der untertitelten Sendeminuten im Bereich Spielfilm, Serien und Dokumentationen sei von rund 54.000 im Jahre 2004 auf rund 75.000 im Jahr 2005 gesteigert worden, so der Sender.

Im gemeinsam von ARD und ZDF getragenen Kanal **Phoenix** werden täglich die aktuellen Nachrichtensendungen, wie die Tagesschau und das heutejournal, mit **Gebärdensprachdolmetschern** ausgestrahlt. Auch im privaten Fernsehen sind erste Schritte gemacht worden. Die ProSiebenSat.1 Media AG ist das erste private Fernsehunternehmen in Deutschland, das bei einigen Sendungen Untertitel für Hörgeschädigte anbietet.

Es tut sich also eine ganze Menge. Lassen Sie mich deswegen Folgendes festhalten: Die Landesregierung ist der Auffassung, dass sich die Zusammenarbeit der Fernsehsender mit der Deutschen Gesellschaft der Hörgeschädigten, mit den Selbsthilfe- und Fachverbänden weiter verbessern lässt.

(Beifall der Abgeordneten Frauke Tengler [CDU] und Anke Spoorendonk [SSW])

Die Landesregierung ermuntert und bestärkt den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, im Engagement für die **Barrierefreiheit** nicht nachzulassen und weiter neue Akzente zu setzen. Die Landesregierung begrüßt die ausdrücklichen Versicherungen des Vorsitzenden des NDR-Rundfunkrates sowie der Vorsitzenden des NDR-Landesrundfunkrates, dass beide Gremien bemüht seien, den kontinuierlichen Prozess der Gestaltung barrierefreier Angebote durch den NDR konstruktiv zu begleiten.

Da staatlich verordnete Quoten für solche Angebote mit der **Rundfunkfreiheit** nicht vereinbar sind, ist es Aufgabe der Gremien, mit ihren gesellschaftlichen Vertretern auf die Angemessenheit dieses Aspektes der **Grundversorgung** zu achten.

Schließlich muss es ein gemeinsames Ziel der Länder und des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sein, die **Gebührenakzeptanz** in der Bevölkerung zu erhalten und zu stärken; denn mit den Gebühren si-

chern wir auch die Finanzgrundlage für Maßnahmen zur Barrierefreiheit.

(Beifall bei CDU, SPD und SSW)

Meine Damen und Herren, das Angebot für barrierefreies Fernsehen ist auf einem guten Wege. Diesen wollen wir weiter gehen.

(Beifall bei CDU, SPD, FDP und SSW)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke dem Herrn Ministerpräsidenten und eröffne die Aussprache. - Das Wort für die CDU-Fraktion hat die Frau Abgeordnete Heike Franzen.

**Heike Franzen [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal, Herr Ministerpräsident, möchte ich mich bei allen, die an der Erstellung dieses Berichtes beteiligt waren, ganz herzlich bedanken. Sie haben es gerade ausgeführt: Es war nicht einfach, diesen Bericht zu erstellen. Trotzdem ist es gelungen, ihn so zu abzufassen, dass ihn auch Menschen wie ich, die sich in der Medienwelt, die ja nicht unkompliziert ist, nicht besonders gut auskennen, verstehen. Dafür ganz herzlichen Dank.

(Beifall bei CDU, SPD, FDP und SSW)

Meine Damen und Herren, in ganz Schleswig-Holstein gibt es rund 525.000 Menschen, die von **Seh- oder Hörschädigungen** betroffen sind. Sie müssen wie jeder andere auch die Möglichkeit haben, sich in **Rundfunksendungen** zu informieren. Wir - damit meine ich insbesondere meinen Kollegen Peter Eichstädt von der SPD-Fraktion - wollen uns mit dem angeforderten Bericht einen Überblick darüber verschaffen, welche Bemühungen bisher unternommen worden sind, um Fernsehen barrierefrei zu gestalten, und welche Möglichkeiten wir haben, vielleicht stärker Einfluss darauf zu nehmen, dass barrierefreies Fernsehen in größerem Umfang angeboten wird.

Dem Bericht ist zu entnehmen, dass sich insbesondere die öffentlich-rechtlichen Fernsehsender mit der Barrierefreiheit auseinander gesetzt haben. Herr Ministerpräsident, Sie haben gerade darauf hingewiesen. So will der **NDR** den Anteil von barrierefrei ausgestrahlten Programmen von derzeit 5,7 % auf circa 12 % erhöhen. Das ist erfreulich. Hierbei sollte allerdings auch die Kritik der Betroffenenverbände nicht ganz außer Acht gelassen werden, die sich eine bessere Beteiligung bei der Auswahl der **Programme** wünschen. Ich denke, das sollte machbar sein.

(Heike Franzen)

Zu begrüßen sind auch die Bemühungen des **ZDF**, den Anteil der unvertitelten Sendungen weiter auszubauen, wobei besonders die technische und inhaltliche Umsetzung von Livesendungen hervorzuheben ist, die bisher nur vom ZDF angeboten wird und die unbedingt ausgeweitet werden sollte.

Bei den **privaten Fernsehanbietern** gibt es beim Thema Barrierefreiheit doch noch erheblichen Nachholbedarf. Die **ULR** hat festgestellt, dass Gebärdensprache oder Audiodeskription deutschlandweit im privaten Rundfunknetz nicht zum Einsatz kommen. Auch diese Sender haben eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung für Menschen mit Behinderung. Ich appelliere an diese Sender, wenigstens zu versuchen, das eine oder andere für Menschen, die nicht hören oder nicht sehen können, anzubieten.

(Beifall bei CDU, SPD und FDP)

Insgesamt bleibt immer noch festzustellen: Noch immer werden viel zu wenige Sendungen mit Untertiteln, Gebärdensprache oder Audiodeskription versehen. Da wohl keiner von uns an dem hohen Gut der Pressefreiheit und der Freiheit der Berichterstattung rühren will und somit die Vorgabe von Quoten - wie sie in einigen anderen Ländern praktiziert werden - ausgeschlossen ist, müssen wir auch weiterhin an die Rundfunksender und an die dortigen Gremien appellieren, **barrierefreie Programme** anzubieten.

Unser Ministerpräsident hat sich im letzten Jahr in hervorragender Weise dafür eingesetzt, dass das TV-Duell zwischen den beiden Kanzlerkandidaten vor der Bundestagswahl barrierefrei ausgestrahlt wurde.

Als im September letzten Jahres der ARD-Vorsitzende, Gruber, in einem Schreiben an die Rundfunkkommission der Länder die Meinung vertrat, dass barrierefreies Fernsehen eine zusätzliche soziale Leistung und kein Auftrag der Grundversorgung sei, hat der Ministerpräsident dankenswerterweise postwendend reagiert und deutlich gemacht, dass **Barrierefreiheit** sehr wohl zur **Grundversorgung** gehört und keineswegs eine zusätzliche soziale Leistung ist.

(Beifall bei CDU, SPD und FDP)

Es ist gut zu wissen, dass sich die Landesregierung dem wichtigen Thema Barrierefreiheit an höchster Stelle annimmt. Besonders möchte ich erwähnen, dass sich die kulturelle Filmförderung Schleswig-Holstein aufgrund der Anfrage des Berichtes spontan bereit erklärt hat, das Thema **Barrierefreiheit** noch in diesem Jahr in die **Media-Tage Nord** auf-

zunehmen. Das halte ich für einen hervorragenden Ansatz.

Wie und in welchem Rahmen wir über Förderung auf die Produktion von barrierefreien Programmen Einfluss nehmen können und wollen, sollten wir intensiv diskutieren. Barrierefreiheit muss in die Köpfe der Menschen, die auf Barrierefreiheit nicht angewiesen sind. Daran sollten wir alle mitarbeiten. Das kann man sehr schön selber ausprobieren. Wenn man abends vor dem Fernseher sitzt, einmal die Augen zumacht oder sich die Ohren zuhält, dann weiß man, wie Menschen, die Seh- oder Hörschädigungen haben, Fernsehprogramme sehen oder nicht sehen.

Der Bericht gibt hilfreiche Anregungen und Grundlagen für weitere Gespräche. Daher beantrage ich für die CDU-Fraktion die Überweisung des Berichts an den Sozialausschuss und an den Innen- und Rechtsausschuss.

(Beifall bei CDU, SPD, FDP und SSW)

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Ich danke der Frau Abgeordneten Heike Franzen und erteile dem Herrn Abgeordneten Peter Eichstädt für die SPD-Fraktion das Wort.

**Peter Eichstädt [SPD]:**

Ich war auf eine andere Reihenfolge vorbereitet und bitte um Entschuldigung. - Meine Damen und Herren! Wir haben den Bericht erbeten, weil die Teilhabe - - Frau Präsidentin! - Entschuldigung. Ich bin völlig aus dem Gleis.

(Zuruf von Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

- Machen wir eine Wiederholung. Das gibt es beim Fernsehen auch. Das ist ein Grund dafür, aus dem die Quote bei den unvertitelten Filmen so hoch ist: die Wiederholungen werden mitgezählt. Aber das nur am Rande.

(Heiterkeit)

Wir haben den Bericht erbeten, weil die **Teilhabe von Menschen mit Behinderung** am gesellschaftlichen Leben sowie ihre Verbesserung ein stetiges Ziel unserer Politik ist. Wir wollen wissen, wie die Situation von blinden und gehörbeeinträchtigten Menschen ist, wenn sie das Kulturgut **Fernsehen** nutzen wollen. Wir wollten auch wissen, welche Möglichkeiten es in Schleswig-Holstein gibt, Barrieren abzubauen und damit Chancen zur Teilhabe zu verbessern.

(Peter Eichstädt)

Lassen sie mich zunächst einmal sagen - in der Vergangenheit habe ich mich ja durchaus auch kritisch mit medienpolitischen Äußerungen unserer Landesregierung auseinandergesetzt -: Ich finde, der vorliegende Bericht ist eine gelungene Darstellung der Situation blinder und hörbeeinträchtigter Menschen vor dem Fernseher.

(Beifall bei SPD und CDU)

Er zeigt auf, wo Barrieren Teilhabe verhindern, er zeigt aber auch auf, was an Abbau von Barrieren erreicht wurde und wo noch abgeräumt werden muss, wenn wir **internationale Standards** erreichen wollen.

Der Bericht zeigt, dass man sich vonseiten der Staatskanzlei dafür einsetzen will, im Rahmen - zugegeben - beschränkter Möglichkeiten weiter an Abhilfe mitzuwirken. Natürlich ist dies in Schleswig-Holstein allein nicht zu leisten. Das geht nur im nationalen und europäischen Kontext. Ich will dazu auch sagen, dass ich Ihnen, Herr Ministerpräsident, in diesem Fall die ehrliche Absicht abnehme, sich persönlich mit Ihrem ganzen - politischen - Gewicht

(Heiterkeit)

für eine weitere Verbesserung der Möglichkeiten der Teilhabe behinderter Menschen am medialen Leben einzusetzen.

(Beifall bei SPD, CDU und SSW)

Dafür und für den Bericht bedanke ich mich bei Ihnen und Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Alle Bemühungen, behinderten Menschen die Teilhabe am Fernsehen zu ermöglichen, müssen sich an **Artikel 5** des Grundgesetzes messen lassen. Das ist in dem Bericht deutlich geworden. Er garantiert den Fernsehsendern die **Rundfunkfreiheit** und damit eine große Autonomie in der **Gestaltung der Programme**. Er verbietet damit weitgehend die Einflussnahme auf die Programme durch staatliche Regelungen. Deshalb ist das, was zum Beispiel in den USA Realität ist, nämlich eine Verordnung von Barrieren abbauenden Hilfen, bei uns nicht so einfach zu erzwingen.

Es hat in den letzten Jahren durchaus Fortschritte gegeben. So ist die Zahl der Programmbeiträge, die mit Audiodeskription für blinde Menschen oder Untertitelung, seltener durch Gebärdendolmetscher, begleitet sind, deutlich gestiegen. Auch ist festzustellen, dass offensichtlich das **ZDF** hier etwas mehr bietet - noch! - als die ARD-Anstalten.

Der Bericht hat deutlich gemacht: Die Situation kann nicht als befriedigend eingestuft werden. In

der Bundesrepublik leben 1,2 Millionen hörgeschädigte Menschen und über 2 Millionen blinde oder stark sehbehinderte Menschen. Sie alle können wegen ihrer Sinnesbehinderung Fernsehsendungen nicht verfolgen. Ihnen entgehen damit wichtige, für uns nicht behinderte Menschen selbstverständliche Informationen.

Kolleginnen und Kollegen, Frau Franzen hat angeregt, machen Sie selbst die Probe: Ton aus oder Augen schließen beim Fernsehen! Man kann auch die Fernbedienung nehmen. Was bleibt? - Unvollständige Informationen, Vermutungen. So erleben sie beeinträchtigte Teilhabe einer Gruppe von immerhin 3,2 Millionen Menschen. Angesichts dieser Zahl fällt es schwer, sie als Minderheit zu bezeichnen.

Wir leben in einem revolutionären Medienzeitalter. Die **Digitalisierung** wird technische Möglichkeiten eröffnen, Barrieren abzubauen, von denen unsere blinden und hörgeschädigten Mitbürger heute nur träumen. Ich hoffe sehr, dass diese Möglichkeiten zukünftig auch genutzt werden. Artikel 5 darf nicht missbraucht werden, technische Möglichkeiten zur Teilhabe ungenutzt zu lassen.

Die Verpflichtung des Staates, die **Voraussetzungen** für eine **Grundversorgung** durch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu schaffen, ist ebenfalls im **Artikel 5** enthalten. Das umfasst auch die Barrierefreiheit, weil Barrieren eine Diskriminierung darstellen.

Ich will zum Schluss noch auf einen speziellen Aspekt hinweisen: Betroffene - vor allem die nach dem Spracherwerb ertaubten Menschen - kritisieren die verkürzte und vereinfachte Untertitelung, die ihrem Wunsch nach einer vollständigen, nicht verkürzten und damit inhaltlich nicht manipulierten Wiedergabe nicht gerecht wird. Die Neigung, zum Beispiel Schimpfwörter wegzulassen oder inhaltlich vereinfacht zu untertiteln, wird von ihnen als Zensur empfunden. Ich erwähne dies, um deutlich zu machen, dass es bei diesen Mitteln nicht nur darum geht, sie anzubieten und eine Quote zu erreichen - möglicherweise auch durch Anrechnungen von Wiederholungen -, sondern dass sie sich auch einem Diskurs um Qualität, Standards und Zensurferne stellen müssen.

Ich hoffe, dass sich die Landesregierung und der Ministerpräsident in Zukunft weiter für den Abbau von **Barrieren beim Fernsehen** einsetzen. Der NDR ist offensichtlich bemüht, die Situation zu verbessern und die Zahl der barrierefreien Beiträge zu erhöhen. Da ist die im Bericht enthaltene Zusage des Landesrundfunkrates des NDR - der Herr Mini-

(Peter Eichstädt)

sterpräsident hat auch darauf hingewiesen - und des Vorsitzenden des NDR-Rundfunkrates ein Silberstreif am Horizont, den wir aufmerksam beobachten werden. Die Zahl der barrierefreien Sendeminuten kann man ja messen.

(Beifall)

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Peter Eichstädt und erteile für die FDP-Fraktion dem Herrn Abgeordneten Dr. Heiner Garg das Wort.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, das mit dem Gewicht hätte ich nie gesagt, aber auch ich nehme Ihnen Ihr Engagement voll und ganz ab und bedanke mich für den Bericht, für Ihre Rede dazu und vor allem für die Bemühung, weiter am Ball zu bleiben. Das ist das Wichtigste. Denn unabhängig davon, ob man Sendeminuten zählt oder – wie wir es versucht haben – prozentual zusammenzählt, was öffentlich-rechtlich und privat an **barrierefreien Sendungen** insgesamt angeboten wird, bleibt das Problem bestehen. Zählt man alles zusammen, kommen wir auf einen immer noch viel zu niedrigen, einprozentualen Bereich im Angebot. Wir stehen hier erst am Anfang und Sie haben es verdient, dass wir Sie auf Ihrem Weg voll und ganz unterstützen, Herr Ministerpräsident. Vielen Dank für Ihr Engagement!

(Beifall im ganzen Haus)

Kollege Eichstädt, drei Kolleginnen und Kollegen versuchen, Zahlen zusammenzutragen, und kommen zu unterschiedlichen Zahlen. Ich glaube, es spielt überhaupt keine Rolle, wie viel Millionen Menschen entweder schwerhörig oder gehörlos sind, blind oder sehbehindert sind, ich habe wieder andere Zahlen als Sie.

Der Satz, den Sie gesagt haben, ist der Kernsatz, der es wirklich trifft: Es ist keine Minderheit, für die hier irgendein zusätzliches Angebot geschaffen werden soll, sondern diese Menschen gehören unabhängig davon, wie man sie letzten Ende addiert, dazu und sie müssen in die Lage versetzt werden, an unserem gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Dazu gehört **Fernsehen** als Kommunikations-, Informations- und Unterhaltungsmedium an erster Stelle. Insofern streite ich mich nicht über Zahlen.

Diese Menschen werden aufgrund ihrer Behinderung nach wie vor von einem grundlegenden Informations- und Unterhaltungsmedium ausgegrenzt.

Es ist Ihnen nicht möglich, einer Fernsehsendung so zu folgen, wie das Menschen ohne Handicap können. Ihnen entgehen wichtige Informationen deshalb, weil Fernsehsender ihre Sendungen immer noch zu wenig untertiteln, anders als beispielsweise in den Vereinigten Staaten, oder in Gebärdensprache übersetzen, wie es in Großbritannien der Fall ist. In noch weniger Sendungen werden die Handlungen und das Umfeld beschrieben.

Welchen Informationsgehalt haben aber Sendungen im Fernsehen für diese große Bevölkerungsgruppe? - Von Heike Franzen kam schon der Vorschlag, sich abends einmal vor einen „Tatort“ zu setzen, die Augen zuzumachen oder die Ohren zuzuhalten. Dann hat man vielleicht eine Ahnung davon, wie Menschen mit entsprechender Behinderung das erleben. Nur der Vorteil für uns ist, dass wir die Augen wieder aufmachen und auch wieder die Finger aus den Ohren nehmen können, aber die Menschen, die eine solche Behinderung haben, können das eben nicht, sondern sie sind darauf angewiesen, dass wir es ihnen ermöglichen, in Zukunft auch diesen Sendungen folgen zu können.

Die Barrieren müssen in unseren Köpfen fallen, die auf solche Hilfen nicht angewiesen sind. Das ist der zweite zentrale Satz, den auch ich mit in die weiteren Beratungen nehmen will, und zwar nicht nur, weil Artikel 3 Abs. 3 Satz 2 des Grundgesetzes bestimmt, dass niemand wegen seiner Behinderung benachteiligt werden darf, oder wegen des Behindertengleichstellungsgesetzes des Bundes oder des Landes, sondern weil es uns allen eine Herzensangelegenheit sein müsste, diesen Menschen in Zukunft den **Zugang** zu diesem **Informations- und Unterhaltungsmedium** besser oder mehr als bisher zu ermöglichen.

(Beifall)

Leider - da hat der Ministerpräsident auch gar nichts schön geredet – stellt sich die Realität im Verhältnis zur politisch gewollten Situation aus unserer Sicht nach wie vor nicht besonders zufrieden stellend dar, trotz vieler Anstrengungen, die im **öffentlich-rechtlichen Bereich** bereits unternommen werden. Zwar steigt die Zahl der Sendungen, in denen die entsprechenden Untertitel eingeblendet werden können oder eine Audiodeskription angeboten wird, trotzdem liegt der prozentuale Anteil dieser Programme immer noch im niedrigen einstelligen Bereich. **Nachrichtensendungen**, wie sie bei Phoenix mit eingeblendetem Gebärdendolmetscher gesendet werden, sind nach wie vor die Ausnahme, leider auch in regionalen Programmen.

(Dr. Heiner Garg)

Umso erfreulicher ist es, dass der NDR angekündigt hat, sein Magazin „DAS!“ ab Frühjahr 2007 mit entsprechenden Videotext-Untertiteln auszustrahlen. Die Sendung „DAS!“ ist nämlich bestes Infotainment, von dem ich niemanden ausschließen will.

Warum fällt es in Deutschland so schwer, den selbst gesetzten Anspruch in Realität umzusetzen? - An den technischen Möglichkeiten liegt es mit Sicherheit nicht. Ich glaube auch, dass wir kein Kommunikationsgesetz mit festen Quoten erlassen müssen wie in den USA oder Kanada, um Menschen mit Behinderung die gleichen Rechte zu geben. Ich bin fest davon überzeugt, dass in einer älter werdenden Gesellschaft die **Barrierefreiheit**, die wir hier heute einfordern, genau das sein wird, was die Menschen in Zukunft stärker einfordern. Dann müssen die Fernsehsender von ganz allein darauf kommen, dass ein solches Angebot nicht ein zusätzliches Bonbon ist, sondern dass es eine Selbstverständlichkeit werden muss, dass die gesamte Bevölkerung dem angebotenen Programm folgen kann.

Ich freue mich auf die Ausschussberatung.

(Beifall)

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Ich danke Herrn Abgeordneten Dr. Garg und erteile für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Frau Abgeordneten Angelika Birk das Wort.

**Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Stellen Sie sich vor, Ihnen wären vom gesamten Fernsehprogramm nur 23 Filme des NDR im Jahr zugänglich! So geht es den Blinden und Menschen mit schweren Sehbehinderungen in Norddeutschland. Oder sie könnten nur die „Tageschau“, „heute“ sowie „ARD-Ratgeber“, „Lindenstraße“, „Polizeiruf“ und „Tatort“, schließlich als Lifesendung den Papst und vielleicht die Fußball-WM verstehen und das vorhin erwähnte Duell um die Kanzlerschaft. Das ist das derzeitige **Angebot** für hörgeschädigte Menschen.

Auch wenn wir das Engagement von Herrn Carstensen hier nicht in Abrede stellen wollen, muss man feststellen, dass Schleswig-Holstein und Deutschland auf diesem Sektor im internationalen Vergleich ein Entwicklungsland sind. Das **ZDF** glänzt mit gerade einmal 18 % der unvertitelten Sendungen für Schwerhörige. Immerhin, alle **öffentlich-rechtlichen Sender** sind durch den **Rund-**

**funkstaatsvertrag** verpflichtet, tatsächlich allen Bürgerinnen und Bürgern Teilhabe an den Medien zu ermöglichen. Hier besteht ein Rechtsgrundsatz, an dem man ansetzen kann.

Bei der Zulassung der **privaten Sender** in Deutschland wurde eine solche rechtliche Fundierung offenbar ganz vergessen. Anders kann ich mir es nicht erklären, dass es so schwer ist, hier vorwärts zu kommen. Eine Voraussetzung für **Kulturförderung**, insbesondere öffentliche Filmförderung, kennt **Barrierefreiheit** schon gar nicht.

Es geht aber auch anders. Das zeigt beispielhaft Kanada. Alle großen Sender unvertiteln die Nachrichten und 90 % des restlichen Programms. Auch Großbritannien verpflichtet sich gesetzlich, 60 % aller Sendungen bis 2008 zu unvertiteln. Offenbar erkennen andere Staaten früher das Gleichstellungsgebot für Menschen mit Behinderung als Deutschland, aber sie erkennen offenbar auch den Marktwert eines **barrierefreien Programms**.

Hier möchte ich einen kleinen Exkurs machen zu der Anmerkung, wir dürften keinen Einfluss auf die Sender ausüben. Nach dem Zweiten Weltkrieg waren es bekanntlich die Siegermächte, die dafür gesorgt haben, dass wir eine solche Rundfunkkonstruktion bekommen, wie wir sie haben, weil ein totalitärer Zugriff auf die Meinung der Bevölkerung nie wieder möglich sein sollte. Für diese Leistung bin ich sehr dankbar. Es ist aber merkwürdig, dass ausgerechnet Großbritannien, Kanada und die USA keine Schwierigkeiten haben, mit ihren überwiegend privaten Sendern, bei ihrer Konstruktion, wie sie das Recht auf öffentliche Meinungsfreiheit verstehen – und das ist in diesen Staaten ja ein sehr hohes Gut -, Barrierefreiheit zu ermöglichen - und das sogar mit einem Gesetz!

Hier scheint mir offenbar eine sehr weitgehende Auslegung dessen vorhanden zu sein, was staatliche Beeinflussung bedeutet. Der **Staat** hat zu garantieren, dass alle teilhaben können. Wenn zusätzlich Rundfunkgebühren gezahlt und durch die Bundesländer Sender zugelassen werden, müsste da doch ein Dialog möglich sein, der über die Unverbindlichkeit hinausgeht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wie gut, dass es aufgrund der europäischen Richtlinie endlich auch in Deutschland ein **Antidiskriminierungsgesetz** gibt. Neue rechtliche Möglichkeiten der Menschen mit Behinderung werden den öffentlichen Druck erhöhen, dass sich die Medien zukünftig tatsächlich an alle wenden müssen.

(Angelika Birk)

Als Landtagsabgeordnete sollten wir unsere Hände aber nicht in den Schoß legen und warten, bis die Betroffenen die Gerichte bemühen - und so, wie es in Deutschland ist, müsste das mindestens bis zum Bundesverfassungsgericht hoch gehen, damit sich da etwas tut -, sondern wir sollten als Landtag die Programmdirektoren zur Rechenschaft ziehen, nicht im Sinne von Zensur und Vorschriften, sondern im Sinne eines engagierten Dialogs, der vom Ministerpräsidenten - hier möchte ich ihn ausdrücklich loben - begonnen wurde. Den sollten wir auf verschiedenen Ebenen fortsetzen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Ich danke der Frau Abgeordneten. - Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, möchte ich gern Besucherinnen und Besucher vom Landfrauenverein Wacken und Umgebung auf der Tribüne begrüßen. - Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich erteile jetzt dem Herrn Abgeordneten Lars Harms für den SSW das Wort.

**Lars Harms [SSW]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der SSW begrüßt den Bericht der Landesregierung, ist doch die Teilhabe von Menschen mit Behinderung am gesellschaftlichen Leben etwas sehr Wichtiges und es sollte eben diesen Menschen auch möglich sein, sich aus Funk und Fernsehen Informationen zu holen.

Schon vor einigen Jahren machten wir deutlich, dass eine Behinderung nicht in erster Linie ein Mangel des Individuums, sondern vielmehr ein Konstruktionsfehler der Gesellschaft ist. Wenn man sich einmal die Zahl der Menschen mit Behinderung vor Augen hält - immerhin haben in Deutschland über 10 % der Menschen eine Behinderung -, dann wird ersichtlich, wie wichtig dieser Bericht und das Thema „Barrierefreies Fernsehen“ sind.

Bei **Barrieren** denke ich nicht nur an dicke Mauern und unüberwindbare Treppen. Hindernisse für Menschen mit Behinderung sind all diese Dinge, die der **Teilhabe** dieser Menschen am gesellschaftlichen Leben im Wege stehen. Diese große Gruppe der Menschen mit Behinderung hat ebenso wie alle anderen Menschen das Recht, sich aus allgemein zugänglichen Quellen - und das ist das Fernsehen nun einmal - ungehindert zu unterrichten. So schreibt es unser Grundgesetz. Zwei Artikel früher

schreibt das Grundgesetz sogar, dass niemand wegen seiner Behinderung benachteiligt werden darf.

Aber wie man aus dem Bericht entnehmen kann, ist dies eben nicht der Fall. Nur eine ausgesuchte Zahl an **Sendern** bietet überhaupt den Dienst der **Untertitelung** oder der **Gebärdensprachedolmetschung**, obwohl die Gebärdensprache vor einigen Jahren als Sprache anerkannt worden ist. Guckt man sich nun die Zahlen aus dem Bericht an, dann sieht man die Unterschiede: Die **öffentlich-rechtlichen Sender** - allen voran das ZDF mit über 74.000 untertitelten Sendeminuten - sind führend, was das barrierefreie Fernsehen angeht. Dazu kommen dann in den gemeinsam mit **ARD** getragenen Kanälen noch einige Sendungen wie die „Tagesschau“ und das „heute journal“, die mit Gebärdensprachedolmetschern ausgestrahlt werden.

Natürlich gibt es bei den Privaten Ausnahmen. Dennoch ist die Versorgung mit Informationen nicht befriedigend. Es kann sich bisher eben doch nicht ein jeder und immer mit Informationen aus allen Quellen versorgen.

In anderen Ländern sieht das anders aus. So ist es in **Großbritannien** so, dass der öffentlich-rechtliche Sender BBC bis zum Jahre 2009 alle Sendungen mit Untertiteln versehen muss. Noch besser ist es derzeit in Kanada. Seit einigen Jahren ist es nun so, dass alle Nachrichten in allen Sendern - also in öffentlich-rechtlichen und privaten - und 90 % des restlichen Programms dieser Sender für Gehörlose und hörgeschädigte Personen zugänglich sind. Ja selbst die **USA** haben ein Behindertengesetz, das jedem öffentlich-rechtlichen Sender zur Auflage macht, jede seiner Sendungen mit Untertiteln zu versehen.

Wir können derzeit nur appellieren und die Sender und Rundfunkanstalten auffordern, bei uns ähnlich zu agieren. Der SSW begrüßt es daher auch, dass im Bericht steht, dass sich die Landesregierung weiter vehement für **barrierefreies Fernsehen** einsetzen will. Wir hoffen, dass es nicht nur beim Versuch bleibt, sondern dass die Landesregierung das auch tut.

Vor dem Hintergrund dessen, dass es hier bereits 1999 einen Beschluss gab, der das barrierefreie Fernsehen fördern und unterstützen sollte, und was bisher passiert ist, bleibt nur zu sagen, dass wir weitermachen müssen und nicht aufhören dürfen, an diesem Thema zu arbeiten.

Etwas Positives ist schon zu sehen. Im Frühjahr nächsten Jahres will der NDR sein täglich aktuelles Journal „DAS!“ mit Untertiteln versehen und aus-

(Lars Harms)

strahlen. Das ist ein Anfang, aber es ist ganz bestimmt noch weiter auszubauen.

Der Bericht hat einen Einblick in die Problematik verschafft, aber nun heißt es - wie bereits erwähnt - weitermachen. Wir, die Politiker, und die Landesregierung müssen weiterhin den Einfluss ausüben, der nötig ist, damit auch Menschen mit Behinderung am Leben bei uns teilhaben können.

Der heutige Bericht schließt mit dem Fazit, dass ein wichtiges Instrument der in § 11 Abs. 4 des **Rundfunkstaatsvertrages** genannte Bericht ist, der alle zwei Jahre veröffentlicht wird. Dazu sage ich, dass es nicht nur alle zwei Jahre zu einer Diskussion über barrierefreies Fernsehen kommen soll. Nein, es ist ebenso wichtig, dass man in den Rundfunkanstalten über **Barrierefreiheit** diskutiert. Dies sind dann - wie eingangs bereits erwähnt - nicht nur die physischen Barrieren. Es geht nicht nur um Sonntagsreden oder Schönrederei. Es geht vielmehr um die **Teilhabe** der Menschen mit Behinderung am alltäglichen Leben. Dabei ist wichtig, dass in den Rundfunkanstalten Planungen in diese Richtung gehen, damit Maßnahmen umgesetzt werden.

Auch wir bedanken uns für das Engagement des Ministerpräsidenten und freuen uns über die große Gemeinsamkeit hier im hohen Haus, an diesem Thema intensiv weiterzuarbeiten.

(Beifall im ganzen Haus)

#### **Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Lars Harms. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, sodass ich die Beratung schließe.

Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung, Drucksache 16/773, an den Sozialausschuss und an den Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Es ist so beschlossen und damit verlassen wir diesen Tagesordnungspunkt.

Mein besonderer Dank gilt an dieser Stelle der Gebärdendolmetscherin, die hier anderthalb Stunden hoch konzentriert übersetzt hat.

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 38 auf:

#### **Tätigkeit des Petitionsausschusses**

##### **a) in der Zeit vom 1. Januar bis 31. März 2005**

Drucksache 16/856

##### **b) in der Zeit vom 1. Juli bis 31. Oktober 2005**

Drucksache 16/857

##### **c) in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 2005**

Drucksache 16/858

##### **d) in der Zeit vom 1. Januar bis 31. März 2006**

Drucksache 16/859

Berichte des Petitionsausschusses

Ich erteile dem Vorsitzenden des Petitionsausschusses, Herrn Abgeordneten Detlef Buder, das Wort.

#### **Detlef Buder [SPD]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gleich vier Berichte des Petitionsausschusses stelle ich Ihnen heute vor, nämlich die aus den eben genannten Quartalen I, III und IV des vergangenen Jahres und den aus dem ersten Quartal 2006.

Wie beim letzten Mal werden Sie sich die Frage stellen, warum es so viele auf einmal sind. Der Grund ist sicherlich die schwierige Konstituierungsphase nach den letzten Landtagswahlen, die wir alle nicht vergessen haben. Hinzu kommt eine mehr als halbjährige personelle Unterbesetzung in der Geschäftsstelle sowie eine Umstrukturierung in der Arbeit der Geschäftsstelle, die mittlerweile so weit vollzogen ist, dass die Personalsituation entspannter aussieht. Der Ausschuss konnte seine Arbeit in vollem Umfang aufnehmen und sich den neuen Aufgaben mit viel Engagement widmen.

Allein in den ersten drei Monaten dieses Jahres hat der Ausschuss fünf Ortstermine und eine Anhörung durchgeführt. Insgesamt wurden in den vier Berichtszeiträumen 328 Petitionen abschließend beraten. Durchschnittlich 34 % der Petitionen waren erfolgreich. 16 % davon wurden voll und ganz im Sinne der Petenten abgeschlossen. In den restlichen Fällen konnten die Wünsche der Petenten zumindest zum Teil berücksichtigt werden.

Das zeigt einmal mehr, dass der Petitionsausschuss mehr als nur ein Kummerkasten des Landes ist. Mit dieser anhaltend hohen Erfolgsquote ist er ein wirkungsvoller Anwalt der Bürger gegen Ungerechtigkeit und Benachteiligung durch staatliche Stellen und schließt hier nahtlos an das an, was wir vorhin gehört haben, nämlich an den Bericht der Bürgerbeauftragten.

Wie ernst der Petitionsausschuss in Schleswig-Holstein seine verfassungsmäßige Aufgabe wahr-

(Detlef Buder)

nimmt, zeigt nicht zuletzt die Gründlichkeit, mit der in jeder Angelegenheit ermittelt wird. Wenn Sie die Berichte lesen, können Sie sich davon überzeugen.

Mich persönlich freut es besonders, wenn einem Petenten schnell und unbürokratisch geholfen werden kann. In vielen Fällen reicht bereits die Aufnahme von Ermittlungen, das gezielte Nachfragen aus, um ein Umdenken bei den entsprechenden Behörden hervorzurufen oder einen Kompromiss zu erzielen. Insbesondere bei den Ortsterminen haben wir häufig sofort helfen können.

So konnte der Ausschuss beispielsweise nach einem Ortstermin und klärenden Gesprächen mit den zuständigen Behörden erreichen, dass ein viel genutzter Schulweg deutlich sicherer wurde.

Häufig können durch vermittelnde Tätigkeiten des Ausschusses auch langwierige und teure Gerichtsverfahren vermieden werden.

Für uns Abgeordnete hat der Petitionsausschuss darüber hinaus eine weitere wertvolle Funktion, er ist ein Schaufenster direkt in die Lebens- und Arbeitsbereiche der Bürgerinnen und Bürger hinein. Durch ihn haben wir einen unverfälschten Blick auf die alltäglichen Sorgen, Nöte und Bedürfnisse der Menschen dieses Landes. Das Petitionswesen ist gleichsam ein Barometer für die gesellschaftspolitische Stimmungslage in diesem Land. Das trifft zum Beispiel gerade nach dem Wahljahr 2005 besonders zu.

Vor allem die aktuelle Bildungsdiskussion hat ihren Niederschlag im Petitionswesen gefunden. Die Zahl der Petitionen, die im Zuständigkeitsbereich des Bildungsministeriums abgeschlossen wurden, hat sich deutlich erhöht. Gegenüber den vorangegangenen Berichtszeiträumen hat sie sich im ersten Quartal dieses Jahres mehr als verdoppelt. Dabei haben sich genauso viele Eltern wie Lehrer an den Ausschuss gewandt. Besonders hoch ist auch die Erfolgsquote in diesem Bereich. In mehr als der Hälfte der Fälle konnte den Petenten ganz oder teilweise geholfen werden.

Ein erheblicher Rückgang ist hingegen im Bereich Naturschutz und Landwirtschaft zu verzeichnen. Hier hat sich die Zahl der abgeschlossenen Petitionen halbiert. Im Sozialbereich sind viele Petitionen an die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten abgegeben worden, mit der der Petitionsausschuss eng zusammenarbeitet.

In einem besonders brisanten Fall haben wir uns mit dem Vorwurf - hier einmal als Beispiel genannt - von Subventionsbetrug befassen müssen. Es bestand der Verdacht, dass Bundesfördermittel für ei-

ne Ganztagschule zweckentfremdet eingesetzt worden sind. Die Angelegenheit ist von großer Aktualität, hat doch erst kürzlich der Bundesrechnungshof die missbräuchliche Verwendung der vom Bund gezahlten Fördermittel in den Ländern angeprangert. In dem konkreten Fall konnten wir zwar keinen Missbrauch der Fördermittel feststellen, da diese noch gar nicht geflossen waren. Es bestanden jedoch erhebliche Zweifel, ob die vorgesehene Verwendung der Gelder dem Zweckentspruch entsprach oder ob sie nicht zugleich für eine Reihe von Sanierungsvorhaben in der entsprechenden Gemeinde verwendet werden sollten. Der Ausschuss hat daher eine eingehende Prüfung der geplanten Ausgaben empfohlen.

Im Focus des Ausschusses befinden sich auch die seit April 2005 geänderten Regelungen zur Befreiung von der Rundfunkgebührenpflicht. Das schließt sich nahtlos an das Thema an, das wir eben behandelt haben. Zahlreiche Geringverdiener, die bisher von der Gebührenzahlung befreit waren, werden nun zur Kasse gebeten. Empörung hat insbesondere auch die ab 2007 geltende Gebührenpflicht für PC mit Internetanschluss ausgelöst. Der Petitionsausschuss wird wie auch die Petitionsausschüsse anderer Länder die weitere Entwicklung im Blick halten. Die Konferenz der Petitionsausschussvorsitzenden und ihrer Stellvertreter hat beschlossen, gemeinsam auf Bundesebene vorzugehen und zu versuchen, diese Regelungen zu beeinflussen.

In einem wenig erfreulichen Fall, den wir auch behandeln mussten, ging es um die Öffnung einer Leiche ohne Zustimmung der Angehörigen. Eine solche Zustimmung kann nach entsprechendem Recht auch mündlich erteilt werden, das heißt, ihr Fehlen ist im Zweifel kaum nachweisbar. Der Ausschuss hat daher eine Überprüfung des Bestattungsrechts angeregt.

Anlässlich der Novellierung des Schulgesetzes hat der Petitionsausschuss eine Änderung der Regelungen über die Wahl von Elternbeiräten empfohlen. Es soll erreicht werden, dass die Anzahl der Stimmen in Zukunft pro Kind gerechnet wird. Derzeit hat jeder anwesende Elternteil eine Stimme. Der Ausschuss sieht hier eine deutliche Benachteiligung Alleinerziehender.

In einer weiteren Petitionssache war der Ausschuss mit nicht nachvollziehbaren Gebührenbescheiden eines Abwasserzweckverbandes befasst. Der Ausschuss hat sich dafür eingesetzt, dass die Anzahl der abgerechneten Einheiten in den Bescheiden erkennbar sein muss.

(Detlef Buder)

Als besonders befriedigend empfinde ich, dass auf Betreiben des Petitionsausschusses eine Besuchs-kommission als Interessenvertretung der Patienten im Maßregelvollzug eingesetzt worden ist. Wir hatten uns in einem Selbstbefassungsverfahren intensiv mit dem Maßregelvollzug auseinandergesetzt, nachdem eine Reihe von Beschwerden über die Unterbringung und Behandlung psychisch oder suchtkranker Frauen eingegangen war. Es bestanden erhebliche Zweifel an der Verhältnismäßigkeit einiger Maßnahmen. Die Einrichtung der Besuchs-kommission stellt eine wesentliche Verbesserung für alle Patienten im Maßregelvollzug dar und hat sich inzwischen durchgesetzt. Dieser Fall ist bezeichnend für unser ständiges Anliegen, im Interesse der Bürgerinnen und Bürger des Landes den staatlichen Stellen auf die Finger zu gucken.

Ein persönliches Wort zum Schluss. Der Ausschuss hätte nicht so erfolgreich arbeiten können, wenn die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstelle des Petitionsausschusses sich nicht so engagiert für den Petitionsausschuss eingesetzt hätten und immer wieder einsetzen. Dafür möchte ich mich an dieser Stelle bei den Mitarbeitern ganz besonders bedanken.

(Beifall)

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und bitte Sie, die Erledigung der Petitionen zu bestätigen.

(Beifall)

#### Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Der Ausschuss empfiehlt, die Berichte Drucksachen 16/856 bis einschließlich 16/859 zur Kenntnis zu nehmen und die Erledigung der Petitionen zu bestätigen. Wer dem so zustimmen kann, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 26 auf:

#### Keine Zustimmung von Schleswig-Holstein zur Elbvertiefung

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/860

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Herr Abgeordneter Detlef Matthiessen.

**Detlef Matthiessen** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Wir fordern die Landesregierung auf, einer weiteren **Elbvertiefung** nicht zuzustimmen. Wir fordern die Landesregierung auf, die bestehende **Vereinbarung mit Hamburg zur Entsorgung von Baggergut** zu kündigen. Die nochmalige Elbvertiefung auf über 14,50 m Ladetiefe wird voraussichtlich die bestehenden ökologischen Probleme, zum Beispiel das jährliche Sauerstoffloch in der **Untereibe**, weiter vergrößern. Der erwartete Anstieg des Meeresspiegels muss bei den Ausbauplänen berücksichtigt werden. In den nächsten Jahrzehnten darf es im Interesse der Menschen, der Hunderttausenden, die in den Gebieten wohnen, keine weitere Vertiefung geben. Die Bedürfnisse der Schifffahrtsökonomie dürfen nicht über die Sicherheit der Anwohner gestellt werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es muss stattdessen eine gezielte Vorsorge für **Deichsicherheit** geben. Vor einer Diskussion über eine weitere Elbvertiefung müssen wir belastbare Aussagen aus dem Beweissicherungsprogramm der letzten Vertiefung zur Verfügung gestellt bekommen. Diese müssen bewertet werden. Beides ist bisher nicht der Fall. Dieses Beweissicherungsprogramm ist ja gerade aus der Kritik an der damaligen Elbvertiefung versprochen worden.

Ein weiterer **Fahrrinnenausbau** kommt also nur in Frage, wenn die Deichsicherheit in keiner Weise beeinträchtigt wird und die Belange des Natur- und Umweltschutzes sorgfältig berücksichtigt werden. Damit ist völlig unstrittig, dass die Ergebnisse des Beweissicherungsprogramms zwingend vorliegen müssen, bevor weitere Planungen begonnen werden.

Die reale Politik von Schwarz-Rot sieht dagegen anders aus, insbesondere wenn man die Verlautbarungen des Wirtschaftsministers hört.

Umweltminister von Boetticher hat sich laut Landeszeitung kritischer positioniert. Durch die starke Strömung nach erneuter Ausbaggerung dürften Flora und Fauna in den Uferzonen nicht übermäßig beeinträchtigt werden, die Sicherheit der Menschen hinter den Deichen müsse gewährleistet bleiben und drittens dürften die Sportboothäfen der Westküste nicht durch Baggergut aus dem Hamburger Hafen weiter verschlickten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie vereinzelter Beifall bei SPD, CDU und FDP)

(Detlef Matthiessen)

Herr Minister, das sind gute Ansätze für eine ernsthafte Diskussion. Wir unterstützen den Umweltminister dabei und hoffen, dass er diese Position auch ins Kabinett trägt.

Das **Volumen** des **ausgebaggerten Schlicks** aus dem Hamburger Hafen hat in den letzten zehn Jahren um das Zwanzigfache zugenommen. Dies wird nicht zuletzt auch auf die die Elbvertiefungen und die dadurch ausgelöste höhere Fließgeschwindigkeit zurückgeführt. Große Teile von diesem Schlick werden in der Nähe von Helgoland verklappt und belasten mit ihren Schadstoffeinträgen potenziell die Westküste. Hierhin sollte allenfalls ausschließlich aufbereitetes Baggergut verbracht werden, was ungefähr einer Million Jahrestonnen entsprechen dürfte. Zukünftig ist das Baggergut so abzulagern, dass die **Verschlickung der Westküstenhäfen** verhindert wird.

Auf Kosten der Steuerzahler und der Natur wollen die Bundesländer Hamburg, Bremen und Niedersachsen drei Seehäfen mit Milliardensubventionen ausbauen. Eine vernünftige **Kooperation der Häfen** wäre billiger und käme mit weniger ökologischen Eingriffen aus.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die gleichzeitige Vertiefung von Außenweser und Untereibe mit dem zusätzlichen Neubau eines **Tiefwasserhafens in Wilhelmshaven** bedeutet die Absage an ein integriertes norddeutsches Hafenkonzept. Letzteres wäre eine rationale Position für den Norden. Die knappen Finanzressourcen des Bundes und der Länder müssen zielgerichtet eingesetzt werden. Herr Kollege Arp, ich habe Ihren Zwischenruf vorhin gehört. Ich nenne Ihnen einmal die Summen, um die es hier geht. Die aktuelle Finanzierungslücke beim **Jade-Weser-Port** beträgt 140 Millionen bei Gesamtinvestitionskosten von 926 Millionen €. Die große Koalition in Berlin finanziert alle Konkurrenzprojekte im Seehafenbereich ohne jede Koordination und Schwerpunktsetzung. Wir sollten uns im internationalen Wettbewerb besser aufstellen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Stattdessen eine Verschärfung der Konkurrenz der norddeutschen Häfen untereinander am Ziel vorbei, eine neue Runde des Ausbau- und Subventionswettbewerbs zulasten der öffentlichen Haushalte und gleichzeitig eine Erhöhung von Risiken für Ökologie und Sicherheit - so kann es nicht gehen. Wir brauchen ein **integriertes norddeutsches Seehafenkonzept**.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Detlef Matthiessen und erteile für die CDU-Fraktion dem Herrn Abgeordneten Hans-Jörn Arp das Wort.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Ein Titan der Meere!)

**Hans-Jörn Arp [CDU]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Detlef Matthiessen, für deine erste Rede in dieser Legislaturperiode, deine so genannte Jungferrede, die es aber eigentlich nicht war, hätte ich dir ein besseres Thema gegönnt, ein Thema, bei dem du ein bisschen mehr Kompetenz hast. Man merkte, du warst lange nicht dabei. Du hast uns vorgeschlagen, wir sollten mehr planen. Gerade aus dem Bereich der Fahrrinnenanpassung wissen wir, dass wir sieben Jahre lang planen, um ein halbes Jahr zu bauen.

Der Hamburger Hafen ist ohne Zweifel der wichtigste Motor für das Wirtschaftswachstum in ganz Norddeutschland.

(Beifall bei der CDU)

Seit Jahren eilt der **Hamburger Hafen** von Umschlagrekord zu Umschlagrekord. Gerade unser schönes Schleswig-Holstein profitiert von dieser positiven Entwicklung. In den vergangenen Tagungen haben wir in diesem hohen Hause mehrfach darüber diskutiert. Über die Entwicklung der maritimen Wirtschaft haben wir uns hier im letzten halben Jahr mindestens vier- oder fünfmal auseinandergesetzt. Lieber Kollege Matthiessen, wir waren uns bei der Beurteilung in dieser Frage auch alle einig.

(Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nicht zur Elbvertiefung!)

- Sie waren ja auch nicht dabei. Fragen Sie Ihren Kollegen. Er wird Ihnen bestätigen, dass wir uns in der Frage des boomenden maritimen Marktes einig sind. Fragen Sie Ihren Chef; er wird Ihnen das bestätigen.

(Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nicht zur Elbvertiefung!)

Frau Kollegin, lassen Sie mich doch einmal zu Ende sprechen. - Umso erstaunter bin ich nun über diesen Antrag der Fraktion der Grünen. Wollen Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, die Zukunftsfähigkeit des Hamburger Hafens als Zentrum der maritimen Wirtschaft in Norddeutsch-

(Hans-Jörn Arp)

land wirklich gefährden, indem Sie hier und heute die notwendige Fahrrinnenanpassung der Außen- und Unterelbe ablehnen?

Sie brauchen sich doch nur die Fakten anzuschauen. Dann werden Sie erkennen, welcher grob fahrlässige Antrag Sie hier gestellt haben. Offensichtlich haben Sie sich wieder einmal nicht mit den Fakten beschäftigt. Ich erkläre sie Ihnen aber gern. Herr Matthiessen, hören Sie zu. Rund 154.000 Menschen aus der **Metropolregion**, darunter circa 33.000 Schleswig-Holsteiner, finden rund um den Hamburger Hafen **Arbeit**. Bundesweit sind es sogar 250.000 Menschen. Die Wertschöpfung der Arbeitsplätze im Jahr 2004 betrug 12,5 Milliarden €. Innerhalb von fünf Jahren verdoppelte sich der **Containerumschlag** auf rund 8 Millionen TEU. Bis zum Jahre 2015 wird eine weitere Steigerung auf 18 Millionen TEU, also auf mehr als das Doppelte erwartet. Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Übrigen gilt das Schiff auch nach Ihren Aussagen als eines der umweltfreundlichsten Verkehrsmittel.

(Beifall bei CDU und SPD)

Was Sie jetzt vorschlagen, ist doch nichts anderes als eine Verlagerung von sea to road, das heißt konkret, von Rotterdam auf die Straße hier nach Deutschland. Vor dem Hintergrund dieser Fakten halte ich Ihren Antrag, gelinde gesagt, für einen Skandal.

Der Hamburger Hafen wird sein **Wachstum** nur fortsetzen können, wenn er auch für die Containerschiffe der fünften und sechsten Generation erreichbar ist. Daher ist die **Fahrrinnenanpassung** auf 14,5 m unumgänglich. Diese Notwendigkeit haben auch der Wirtschaftsausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtages und der Wirtschaftsausschuss der Hamburger Bürgerschaft erkannt und dazu vor zehn Tagen in Hamburg eine gemeinsame Erklärung veröffentlicht. Die GAL - dies sei zu Ihrer Information gesagt - hat nicht gegen diesen Beschluss gestimmt. Ihre Kollegen in Hamburg haben sich der Stimme enthalten. Daran sollten Sie sich vielleicht ein Beispiel nehmen und mit Ihren Kollegen einmal darüber reden.

(Beifall bei der CDU)

Natürlich sind notwendige Voraussetzungen für die Fahrrinnenanpassung die unbedingte Gewährleistung der **Deichsicherheit** und die Berücksichtigung der **ökologischen Belange**. Diesbezüglich stehen wir an Ihrer Seite. Insbesondere die Deichsicherheit liegt uns am Herzen. Sie brauchen nur einen Blick auf die schleswig-holsteinische Landkarte zu werfen; dann werden Sie auch wissen, warum das so ist. Mindestens die Hälfte meines

Wahlkreises liegt an den Elbdeichen. Wie die Situation dort vor Ort gesehen wird, kann ich Ihnen genau sagen. Ich weiß, dass dies ein sehr emotionales Thema ist. Gerade deshalb müssen wir verantwortungsvoll damit umgehen und dürfen keine populistischen Parolen in die Welt setzen. Bei einem so emotionalen Thema muss man die Menschen verantwortungsbewusst mitnehmen. Was Ihr Kollege Rainer Steenblock in diesem Zusammenhang tut, ist zum Teil unmoralisch.

(Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das sind unglaubliche Vorwürfe, die Sie da erheben!)

Ich weiß im Gegensatz zu Ihnen, wovon ich rede. - Senator Freytag aus Hamburg hat folgende Vorschläge gemacht, die Sie heute auch dem sh:z haben entnehmen können. Wichtig sind - auch unter ökologischem Aspekt - die Schaffung großzügiger Überflutungsräume, der Abbau von Uferbefestigung und die Schaffung neuer Flachwasserzonen. Bei diesen Vorschlägen sind wir mit Ihnen in einem Boot.

Lassen Sie mich noch ganz kurz das Problem der **Verschlickung** der **Elbanrainerhäfen** ansprechen. Auch Sie sprachen davon, Herr Matthiessen. Auch bei diesem Thema sind wir an Ihrer Seite. Die Hamburger haben jetzt erstmalig 5 Millionen € für einen Fonds für die Elbanrainerhäfen bereitgestellt. Diesen Weg unterstützen wir. Ich sage an dieser Stelle, dass wir den Hamburgern für dieses Signal dankbar sind.

(Beifall bei CDU und FDP)

Gerade weil wir es mit einem emotionalen Thema zu tun haben, muss den Leuten auch verdeutlicht werden, dass sie Vorteile von einer solchen Maßnahme haben und ein Teil der Wertschöpfung in Schleswig-Holstein bleibt. Wir wissen aber auch, dass die erwähnten 5 Millionen € nicht ausreichen. Alle diejenigen, die ein Interesse an der Fahrrinnenvertiefung haben, sollten selbst noch weiteres Geld zur Verfügung stellen.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der SPD)

Ich fordere die Hamburger Hafengewirtschaft auf, sich an der Auffüllung des **Fonds** zu beteiligen. Nur dann, wenn wir den Leuten vor Ort die Notwendigkeiten sachlich und vernünftig erklären, werden wir sie auch mit ins Boot bekommen.

Ich weiß, dass ich die Redezeit überzogen habe. Dafür bitte ich um Entschuldigung. Es gibt im Zusammenhang mit diesem Thema noch eine Menge zu diskutieren. Ich sage Ihnen nur noch eines: Die

(Hans-Jörn Arp)

Arbeitnehmer des Landes sind uns dankbar, wenn wir uns für die Arbeitsplätze im Hamburger Hafen einsetzen. Die vielen Arbeitslosen haben kein Verständnis für Ihre Haltung.

(Beifall bei CDU, SPD und FDP)

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Hans-Jörn Arp und erteile für die SPD-Fraktion dem Herrn Abgeordneten Thomas Hölck das Wort.

**Thomas Hölck [SPD]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Elbregion mit der Metropolregion Hamburg ist ein attraktiver Wirtschaftsstandort. Grundlage für Beschäftigung und Wohlstand ist der **internationale Seehandel**. Die Lebensader dafür ist die Elbe.

Wirtschaftsgeografisch ist der **Hamburger Hafen** privilegiert. Die Nähe zu Lübeck bringt dem **Lübecker Hafen** einen kräftigen Wachstumsschub. Der **Containerumschlag** wird sich im Hamburger Hafen in den nächsten zehn Jahren mehr als verdoppeln. Dieser Wachstumskern muss gestärkt werden und Schleswig-Holstein muss sich bemühen, die Wachstumsimpulse über die Infrastrukturentwicklungsachsen A 23, A 7 und A 1 ins Landesinnere zu holen. Zur Sicherung vorhandener und Schaffung neuer **Arbeitsplätze** ist es notwendig, für eine wettbewerbsfähige Seeschiffahrtsstraße zu sorgen.

Die SPD-Landtagsfraktion unterstützt bei der geplanten **Fahrrinnenvertiefung** der Unter- und Außenelbe die Position der norddeutschen Länder Hamburg, Niedersachsen, Bremen und Schleswig-Holstein vom 17. Juni 2004, dass der weitere Fahrrinnenausbau nur unter unbedingter Gewährleistung der Deichsicherheit und ökologischer Belange realisiert wird. Das abschließende Einvernehmen mit dem Fahrrinnenausbau kann erst nach Vorlage und Prüfung aller Untersuchungsergebnisse erklärt werden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für mich und meine Fraktion gibt es keinen Anlass, von dieser Position abzurücken. Dabei ist auch entscheidend, dass die Ergebnisse des **Beweissicherungsverfahrens** der letzten Elbvertiefung im Hinblick auf die Deichsicherheit und die betroffenen Lebensräume an der Elbe in die weitere Planung einer Elbvertiefung mit einfließen. Richtig ist, dass die Verschlickung in den Nebenflüssen und Häfen

der Unterelbe seit der letzten Elbvertiefung offensichtlich erheblich zugenommen hat, wobei bisher keine Ursache-Wirkungsverflechtung nachgewiesen werden konnte.

Die **Unterelbe** ist nicht nur als internationale Wasserstraße von großer Bedeutung. Wassersport und Tourismus haben sich entlang der Unterelbe etabliert. Wassersportangebote, Naherholung und Freizeittourismus sind ein so genannter weicher Standortfaktor. Soll heißen: Hoch qualifizierte Fachkräfte, die in der Metropolregion gebraucht und gesucht werden, treffen ihre Standortentscheidung für einen Arbeitsplatz unter anderem auch über die weichen Standortfaktoren.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Günther Hildebrand [FDP])

Ich trete dafür ein, die maritime Erlebniswelt der Elbregion zu bewahren und auszubauen. Das kann aber nur gelingen, wenn die Funktionstüchtigkeit der Nebenflüsse und Häfen gesichert wird. Deshalb begrüßt die SPD-Landtagsfraktion ausdrücklich, dass die **Stiftung Elbefonds** vom Hamburger Senat beschlossen wurde, ein Ausgleichsfonds, aus dem den Betreibern der Elbhäfen nach bestimmten Kriterien ausreichend finanzielle Unterstützung zur Minderung beziehungsweise Beseitigung der Verschlickung zur Verfügung gestellt werden soll. Allerdings wehre ich mich dagegen, dass dieser Fonds weiter aus Steuermitteln finanziert wird. Die Elbvertiefung ist ein Projekt der Hamburger Hafengewirtschaft, die daher auch in der Verantwortung steht, diesen Ausgleichsfonds finanziell entsprechend auszustatten.

(Beifall bei SPD und SSW)

Die Einrichtung einer Stiftung Elbefonds ist ein positives Signal, dass im Gegensatz zur Vorgehensweise bei der vorherigen Elbvertiefung die Bedenken und Interessen der Betroffenen vom Projektträger ernst genommen werden.

Die geplante **Elbvertiefung** ist eine technische Herausforderung, der sich die Wasserbauingenieure und Planer stellen müssen, weil allein rund 38 Millionen m<sup>3</sup> Geröll und Sand aus dem Flussbett ausgebagert werden müssen, fast doppelt soviel wie bei der letzten Ausbau vor sieben Jahren. Aber anders als Sie, Herr Matthiessen, setze ich auch auf technischen Sachverstand, bevor ich eine der wichtigsten Infrastrukturmaßnahmen in Norddeutschland pauschal ablehne.

(Beifall bei SPD und CDU)

Für mich haben die Planungsvorgaben für den Ausbau der Fahrrinne von Unter- und Außenelbe Be-

(Thomas Hölck)

stand. **Containerschiffe** mit einem **Tiefgang** von rund 14,5 m sollen den Hamburger Hafen bedienen können. Die Deichsicherheit an der Unterelbe wird nicht gefährdet. Die Umwelt wird durch wasserbauliche Maßnahmen gestärkt, und die Folgen eines neuen Ausbaus werden minimiert. Die Erfahrungen der letzten Fahrrinnenanpassung dienen als Basis für die Entwicklung und Bewertung eines weiteren ökologisch vertretbaren Ausbaus.

Auf die Reihenfolge kommt es an: Definieren von Planungsgrundlagen, planen, bewerten und dann entscheiden. Die SPD-Fraktion lehnt den Antrag ab, wobei wir erwarten, dass sich die zuständigen Ausschüsse im Rahmen der Selbstbefassung mit diesem wichtigen Thema beschäftigen werden.

(Beifall bei SPD und CDU)

#### Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Hölck und erteile für die FDP-Fraktion dem Herrn Abgeordneten Dr. Heiner Garg das Wort.

#### Dr. Heiner Garg [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir sind grundsätzlich für die Elbvertiefung, weil wir meinen, dass Hamburg nicht vom Weltseehandel abgeschnitten werden darf.

Der Kollege Arp hat dazu aufgefordert, sich nicht mit Plattitüden zu beschäftigen. Deshalb will ich es mir nicht so einfach machen, lediglich drei Stichworte in die Debatte zu werfen, nämlich Wilhelmshaven, Tiefwasserhafen und Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein. Ich weiß nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, ob Sie, wenn Sie einmal darüber nachgedacht hätten, den Antrag so gestellt hätten, wie Sie das getan haben.

Der **Hamburger Hafen** ist Deutschlands Tor zu einer Welt, in der fast 90 % des internationalen Handels mit **Hochseeschiffen** abgewickelt wird. Von diesem Welthandel hängt der Wohlstand der Menschen in Deutschland ganz entscheidend ab. Denn wir sind nicht nur Weltmeister im Warenexport, wir importieren auch Waren im Wert von mehr als einem Drittel unseres Bruttoinlandsproduktes. Der wachsende Welthandel führt zu immer größeren Schiffen, besonders zu größeren Containerschiffen. Die neueste Generation dieser Containerschiffe kann Hamburg nicht mehr voll beladen anfahren. In dem Maße, wie die internationale Schiffsflotte auf die neuen Schiffe umgestellt wird,

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wird sie nicht!)

verliert der Hamburger Hafen Stück für Stück seine Attraktivität. - Hören Sie einmal ganz in Ruhe zu. Dann sind Sie ja noch einmal an der Reihe, Herr Hentschel. - Eine Zeitlang würde Hamburg den Verlust der Bedeutung des Hafens verlangsamen können, weil die Hafeninfrastruktur, das Netzwerk der Hamburger Hafenwirtschaft und die guten Hinterlandbindungen Pfunde sind, mit denen Hamburg weiterhin wuchern kann. Aber auf absehbare Zeit würde der **Umschlag** in Hamburg schrumpfen, weil die Reeder weltweit ihre neuen, teuren Schiffe nicht halbvoll, sondern voll beladen fahren lassen wollen, um die wirtschaftlichen Vorteile der größeren Schiffe auszunutzen.

Diese Entwicklung des Welthandels ist der Rahmen, in dem wir die Elbvertiefung beurteilen und diskutieren wollen. Der Welthandel sucht sich seine Wege: Sollte der Hamburger Hafen unattraktiver werden, zum Beispiel weil er den technischen Anforderungen des Welthandels nicht mehr angepasst wird, dann wird sich der Welthandel seine Wege eben abseits von Hamburg suchen.

Darunter, liebe Kolleginnen und Kollegen, würde auch Schleswig-Holstein leiden: Denn erstens schöpft Hamburg seine Anziehungskraft auf sein Umland auch aus dem Hafen. Wenn Hamburgs Hafenwirtschaft schrumpft, schrumpft die **Metropolregion Hamburg** mit. Zweitens ist der Hamburger Hafen eine wesentliche Ursache für Schleswig-Holsteins große Rolle im **Ostseehandel**. Denn die Anziehungskraft des **Lübecker Hafens** wird erheblich durch die gute Zusammenarbeit mit dem Hamburger Hafen bestimmt. Sinkt die Attraktivität des Hamburger Hafens, wird auch Schleswig-Holstein für den Ostseehandel unattraktiver werden. Selbstverständlich würden auch diese Handelsströme nicht abrupt abreißen, sondern langsam aber stetig zurückgehen.

Diese Entwicklung ist allerdings nicht unumgänglich. Sie würde vermieden, wenn die Attraktivität des Hamburger Hafens nicht sinkt, weil die Elbe so vertieft wird, dass die neuen Containerschiffe voll beladen nach Hamburg fahren können. Deshalb sind wir grundsätzlich für die Elbvertiefung. Denn sie nutzt aus unserer Sicht den Menschen in Schleswig-Holstein.

Wir wissen aber auch, dass nichts auf der Welt kostenlos ist. Die Elbvertiefung birgt auch Risiken, und es gehört zu verantwortungsvoller Politik, diese Risiken anzusprechen, sie zu bewerten und zum Schluss abzuwägen.

Die Grünen haben hierzu offensichtlich schon eine vorgefertigte Meinung - bedauerlicherweise bevor

(Dr. Heiner Garg)

die vorgeschriebenen **Planungs- und Prüfverfahren** überhaupt begonnen haben. Das, Herr Mattiessen, ist der Punkt, den ich einfach nicht verstehe.

(Beifall bei FDP und CDU)

Dabei sind diese Verfahren eigens dafür eingeführt worden, damit Risiken baulicher Großprojekte überhaupt erst angemessen offen gelegt, bewertet und berücksichtigt werden können. Zugegeben: Diese Verfahren sind nicht perfekt, aber sie sind allemal besser, als sie einfach durch Vorurteile und durch voreilige Beschlüsse ersetzen zu wollen.

Die Auswirkungen der Elbvertiefung auf die **Sicherheit** unserer **Deiche**, die Folgen der **Schlickverklappung** und viele weitere Gesichtspunkte, die die Kollegen Arp und Hölck angesprochen haben, müssen selbstverständlich genau untersucht werden, und die Ergebnisse müssen angemessen und ebenfalls vorurteilsfrei in die Entscheidung einfließen. Wir sind überzeugt, dass dies geschehen wird, denn schließlich handelt es sich beim Elbästuar um ein NATURA-2000-Gebiet.

Deshalb sind wir der Auffassung, wir brauchen kein Ergebnis dieser Verfahren vorweg zu nehmen. Aus diesem Grund werden wir den Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ablehnen.

(Beifall bei FDP und CDU)

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Dr. Garg und erteile für den SSW Herrn Abgeordneten Lars Harms das Wort.

**Lars Harms [SSW]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach den Plänen Hamburgs soll im Jahr 2009 mit der weiteren Vertiefung der Elbe begonnen werden. In der Vergangenheit ist die Elbe mehrfach vertieft worden und man hat schon aufgrund dieser Elbvertiefungen, die immer beschönigend als Fahrinnenanpassungen bezeichnet wurden, feststellen können, welche Auswirkungen diese Maßnahmen hatten. Die **Deiche** mussten immer wieder erhöht werden, weil die **steigende Fließgeschwindigkeit** für immer höhere Wasserstände gesorgt hat. Wie sich eine weitere **Elbvertiefung** hier auswirken würde, kann man nur erahnen. Natürlich werden mittelfristig die Deiche erhöht werden müssen und wir als Schleswig-Holsteiner werden dieses natürlich selbst bezahlen müssen. Hier hat die Landesregierung eine Verantwortung, dafür zu sorgen, dass bei einer möglichen Elbvertiefung auch die

Nutznieder dieser Maßnahme an den Folgekosten beteiligt werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gleiches gilt für die Verschlickung und Versandung von den **Elbanlieger-Häfen** bis Brunsbüttel und den Ausgleich für entstehende Umweltschäden. Auch an diesen Kosten müssten sich die Nutznießer dann beteiligen. Ich sage dies nicht deshalb, weil ich für eine Elbvertiefung bin, sondern weil ich realistisch davon ausgehen muss, dass sich die Elbvertiefung bei dieser Landesregierung nicht verhindern lässt. Wenn sie dann kommt, dann sollen die Hamburger wenigstens auch etwas von den **Kosten** tragen.

Aber ist eine Elbvertiefung überhaupt notwendig? Wer sich die Ausarbeitungen zum **Beweissicherungsprogramm** ansieht, die bei der Wasser- und Schifffahrtsdirektion in Cuxhaven vorliegen und die im Internet im Übrigen abgerufen werden können, kann ins Zweifeln geraten. Es ist regelmäßig davon zu lesen, dass man die Elbe auf eine Tiefe von 15 bis 16 m ausbaggern will. Damit wäre gewährleistet, dass bei Flut die derzeit größten Container-Carrier den Hafen Hamburg anlaufen können. Die Entwicklung geht aber weiter. Die Reederei Maersk aus Dänemark hat als größter Logistikunternehmer in diesem Bereich schon Planungen für Schiffe, die die derzeit größten Fracht-Carrier bei weitem übertreffen werden. Man spricht davon, dass Schiffe geplant sind, die doppelt so groß sein werden, wie die heute größten Schiffe. Man redet von **Tiefgängen** bis zu 22, 23 oder auch 24 m. Wer die rasante Entwicklung der letzten Jahre betrachtet, der weiß, dass dieses Szenario nicht unrealistisch ist.

Selbst wenn die Größenentwicklung wesentlich kleiner ausfallen würde, würden die richtig großen und zukunftssträchtigen Schiffe Hamburg nicht anlaufen können. Sie werden es wahrscheinlich auch gar nicht mehr wollen, weil der zukünftige **Jade-Weser-Port** bei Wilhelmshaven genau diese großen Schiffe jederzeit aufnehmen kann.

Derzeit ist es so, dass die Bundesregierung tatsächlich konkurrierende Maßnahmen in Millionenhöhe fördern will, ohne den Beteiligten ein abgestimmtes Konzept abzuverlangen. Was betriebswirtschaftlich für Hamburg kurzfristig Sinn machen kann, macht für Norddeutschland volkswirtschaftlich überhaupt keinen Sinn.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist weder Aufgabe der Bundesregierung noch der Landesregierung, eine steuerfinanzierte **Kon-**

(Lars Harms)

**kurrenzsituation** bei den **norddeutschen Häfen** zu schaffen. Hier macht nur eine norddeutsche Kooperation wirklich Sinn und gerade auch die Bundesregierung muss ihre Förderzusagen davon abhängig machen, dass ein **norddeutsches Hafenkonzzept** erstellt wird, das eine solche Konkurrenzsituation ausschließt. Die Elbvertiefung ist mit so vielen negativen Auswirkungen verbunden, dass es sinnvoller ist, den Jade-Weser-Port als Tiefwasserhafen für Norddeutschland richtig zu fördern und aus allen Häfen unseres Raumes einen gemeinsamen Hafen zu machen. Dass dies geht, wurde dem Wirtschaftsausschuss in Rotterdam verdeutlicht. Dort vermarktet man mehrere Häfen als einheitlichen **Rotterdammer Hafen** über kommunale und Provinzgrenzen hinweg. Was in den Niederlanden möglich ist, sollte auch bei uns möglich sein, zumal dies nicht das einzige Beispiel einer solchen Zusammenarbeit ist.

Die Landesregierung hat nach unserer Auffassung hier die Aufgabe, als Vermittler insbesondere zwischen Hamburg und Niedersachsen zu fungieren. Bevor man eine volkswirtschaftlich unsinnige Doppelförderung von Jade-Weser-Port und Elbvertiefung zulässt, muss es unser Bestreben sein, hier für ein abgestimmtes Konzept zu sorgen. Ideal wäre es eigentlich, wenn wir neben einem leistungsfähigen Hamburger Hafen auch einen ergänzenden Hafen in Wilhelmshaven bekommen könnten. Dies ist sicherlich auch ohne **Elbvertiefung** denkbar und so würden sich auch zukünftige Ausbaggerungen in der Elbe und im Hamburger Hafen auf das Notwendige zur Erhaltung der bisherigen Funktionen beschränken, was wiederum die Problematik der **Verklappung des Baggergutes** vor Helgoland minimieren würde. Es gibt also viele gute Gründe, eine Elbvertiefung nicht zu beschließen und stattdessen für ein gemeinsames Hafenkonzzept zu werben. Deshalb wird es Sie nicht verwundern, dass wir dem Antrag der Grünen zustimmen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Das Wort nach § 54 Abs. 2 der Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abgeordneten Karl-Martin Hentschel.

**Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lieber Kollege Arp, über Hafenfragen können wir uns lange streiten. Tatsache ist, dass derjenige, der die Hafenkonzferenzen in den letzten Jah-

ren verfolgt hat, weiß, dass es in Zukunft in der Welt drei Typen von Häfen geben wird: Feederhäfen, wie es sie in der Ostsee gibt, Tiefseehäfen, von denen es auf der Welt auf jedem Kontinent ungefähr ein Dutzend gibt - das sind Häfen, die in der Regel Wassertiefen bis zu 12 oder 13 m haben und die den größten Teil des internationalen Verkehrs bewältigen -, und ganz wenige so genannte Intercontinental Hubs. Das sind Häfen, wie zum Beispiel Hongkong oder Rotterdam, die eine Wassertiefe von mehr als 16 m haben und die sich auf eine neue Klasse von Containerschiffen eingerichtet haben.

Diese **neue Klasse von Containerschiffen** wird mitnichten einen großen Teil des Welthandels übernehmen, sondern eine bestimmte Marktnische bedienen, nämlich diese Intercontinental Hubs anlaufen und die Waren von dort in der Regel mit Feederverkehr weiter transportieren. Diese Häfen - ein typisches Beispiel ist Hongkong - haben kaum Landanbindung, sondern sind reine Umschlaghäfen von Schiff zu Schiff auf Feederverkehre.

Ein solcher Hafen wird auch der neue **Hafen in Wilhelmshaven** sein, denn niemand wird glauben, dass in Wilhelmshaven eine vergleichbare Infrastruktur wie in Bremen oder gar in Hamburg konstruiert werden wird. Auch ohne Elbvertiefung wird ein großer Teil dieser Verkehre in den Containerschiffklassen, die heute existieren, weiterhin über Hamburg laufen. Da kann Wilhelmshaven überhaupt keine Konkurrenz sein.

Außerdem kann die **Elbe** gar nicht wesentlich weiter vertieft werden, weil die Probleme, die wir haben, exponentiell ansteigen. Sowohl die Notwendigkeit der Baggerverklappung als auch die Deichprobleme erfordern immer höhere Investitionen, die nicht nur in die Millionen sondern in die Milliarden gehen können, wenn auf diesem Weg weiter fortgeschritten wird.

Die entscheidende Frage war in Deutschland also, ob wir einen Intercontinental Hub bauen - Wilhelmshaven - und wie wir die **Arbeitsteilung der norddeutschen Häfen** regeln. Das ist auch in den letzten Jahren diskutiert worden. Die Tragik dieser Diskussion ist aber, dass es nicht zu einer Entscheidung gekommen ist - die letzte Bundesregierung hatte das ja vor -, sondern stattdessen jetzt geplant wird, drei Projekte nebeneinander zu subventionieren, ohne eine vernünftige Arbeitsteilung zu realisieren. Das halten wir für absolut unsinnig. Deshalb ist es schon rein ökonomisch unsinnig, den Prozess in dieser Form weiterzuführen. Es muss zunächst ein Hafenkonzzept entwickelt werden, bevor man zu weiteren Entscheidungen kommt.

**(Karl-Martin Hentschel)**

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Glocke der Präsidentin)

Frau Präsidentin, ich komme zum Schluss. - Ich verzichte jetzt auf die ökologischen Aspekte und will nur noch eins sagen. Niedersachsen hat ganz klar und hart sofort gesagt: „Mit uns nicht, wir möchten erst ganz andere Planungsgrundlagen haben.“ Man hat sich sehr deutlich zu diesem Prozess geäußert.

(Zurufe)

Schleswig-Holstein hat wieder einmal anbiederisch an Hamburg gesagt, es wäre ganz toll und man mache mit.

(Glocke der Präsidentin)

Ich warne davor, den Hamburgern auch in dieser Frage wieder auf den Leim zu gehen.

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Herr Kollege Hentschel, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

**Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Frau Präsidentin, ich danke fürs Zuhören.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Das Wort für einen weiteren Beitrag nach § 54 Abs. 2 der Geschäftsordnung erhält Herr Abgeordneter Hans-Jörn Arp.

**Hans-Jörn Arp [CDU]:**

Verehrter Herr Kollege Hentschel, wir sind gar nicht so weit auseinander. Wir sind uns im Klaren darüber, dass wir mit 14,5 m am Ende der Ausbaggerung der Elbe sind. Das ist jedem in diesem Hause bekannt, weil wir dann auch durch die darunter liegende Decke des **Elbtunnels** an die Grenze der Tiefe kommen. Wir reden auch nicht über den Tiefwasserhafen Jade-Weser-Port, der wird 23,5 m Wassertiefe haben.

(Beifall des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Der Hafen hat auch ganz andere Aufgaben, beispielsweise Ölfrachter oder Stückgutfrachter aufzunehmen. Das alles ist in Hamburg nicht erreichbar, das ist aber auch gar nicht das Ziel.

Ich habe am Anfang meiner Ausführungen - es liegt vielleicht daran, dass wir nur fünf Minuten Redezeit haben - darauf hingewiesen, wie sich die Containerverkehre in Hamburg verändern werden, nämlich mehr als verdoppeln. Das ist der Schwerpunkt und das ist die Wirtschaft, die wir sehen.

Die **Generation der Schiffe**, die jetzt gebaut wird, endet bei 14,5 m **Tiefgang**, es gibt zur Zeit keine größeren in der Planung, auch wenn manche von 9.000, 10.000 oder 11.000 TEU reden. Diese Schiffe sind immer noch bei 14,5 m, und zwar weltweit. Ich rede immer noch von Containerschiffen, Herr Hentschel, nicht von Frachtern. Wir reden über zwei unterschiedliche Themen. Da sind wir uns einig, dass wir mit den 14,5 m am Ende sind. Letztlich müssen wir aber wettbewerbsfähig sein.

Lieber Lars Harms, zur Frage der Abstimmung hast du nicht ganz richtig mitgekriegt, was wir in Rotterdam erfahren haben. Wir wollen den **Port Hamburg**, das liegt in unserem Interesse. Das heißt, die Elbe muss auf der südlichen wie auf der nördlichen Seite mit Hamburg verbunden und als ein Wirtschaftsraum, als eine Elbe, vermarktet werden. Unser Ziel ist ein Hafen von Brunsbüttel bis nach Hamburg. Das geht auch nur gemeinsam mit Hamburg.

Wir werden aber den Jade-Weser-Port da nicht mit hineinbringen. Auch Rotterdam bildet nicht zusammen mit Antwerpen einen Hafen. Die haben nur den Maaslauf als einen Port verkauft und das ist für uns vorbildlich. Das wird auch bei jeder Tagung und jeder Besprechung, die wir mit den Hamburgern haben, so als unsere Position verkauft.

Wenn du darüber nachdenkst, werden wir uns auch in diesem Punkt einig. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit und dafür, dass ich die Gelegenheit hatte, das noch einmal klarzustellen.

Aufgrund des Selbstbefassungsrechts wird sich der Wirtschaftsausschusses zeitnah - wann immer es erforderlich ist und nicht nur hier im Landtag, sondern auch in Hamburg und in Rotterdam - mit den Themen weiter beschäftigen.

(Beifall bei CDU und SPD)

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen - liebe Kolleginnen und Kollegen, im Grunde genommen ist es jedem klar -, dass das Duzen im privaten Bereich eine sehr freundliche Umgangsform ist. Im parlamentarischen Bereich sehen wir davon ab.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

(Vizepräsidentin Frauke Tengler)

Das Wort für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Dr. Christian von Boetticher.

**Dr. Christian von Boetticher, Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als Kreis Pinneberger bin ich mit der schutzwürdigen Flora und Fauna an der Unterelbe aufgewachsen. Aber ich weiß auch ganz genau, wie wichtig in demselben Maße der **Hafen Hamburg** für die Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein ist. Es handelt sich um einen großen **Arbeitgeber** nicht nur für die Hansestadt. Insofern haben der Ausbau des Hamburger Hafens und die Vertiefung des Fahrwassers existenzielle Bedeutung für die **Arbeitsplätze** bei uns. Auch das gehört zur vollen Wahrheit dazu.

(Beifall bei CDU und FDP)

Niemand behauptet, dass die **Fahrrinnenanpassung** nicht zu Veränderungen bei Hydrologie, Morphologie und Ökologie führt. Wir nehmen das alles sehr ernst. Das ist dankenswerterweise angesprochen worden. Aber bis heute weiß eben niemand, in welchem Umfang das Folgewirkungen haben wird und wie diese konkret aussehen. Es würde mich wundern, wenn das hier jemand im Raum wüsste. Wenn das heute schon bekannt wäre, könnte Hamburg Millionen an Kosten für Gutachter und für die Planfeststellung sparen.

Wenn wir die Diskussion ernst nehmen wollen, dann müssen wir doch die Ergebnisse, die dann vorliegen, bewerten - Herr Matthiessen, das ist eine ernsthafte Diskussion - und dürfen nicht, bevor überhaupt Ergebnisse vorliegen, schon sagen: Das wollen wir alles nicht. - Das ist Ideologie und keine ernsthafte Diskussion.

(Beifall bei CDU und FDP)

Darum gibt es natürlich einen Unterschied zwischen: „Wir wollen nicht“, und dem Ausstellen eines Blankoschecks. Auch das werden wir nicht tun; das habe ich bewusst nicht getan.

Vielmehr ist - das haben wir immer wieder zum Ausdruck gebracht; übrigens die alte Landesregierung genauso wie die neue - die Deichsicherung für uns ein K.-o.-Kriterium. Es wird von uns keine Zustimmung für eine **Elbvertiefung** geben, wenn die **Deichsicherheit** nicht gewährleistet ist. Aber das steht schon in der gemeinsamen Erklärung von Hamburg und Schleswig-Holstein und ist im Koalitionsvertrag noch einmal bekräftigt worden.

Bislang gibt es auch keinen Antrag der Hansestadt Hamburg. Insofern können wir das heute auch nicht

beschließen. Ein Antrag mit Unterlagen ist nicht gestellt worden. Es ist bezeichnend, dass Sie dennoch an dieser Stelle schon wieder eine Kontraposition einnehmen.

Zur Beweissicherung ist eigentlich alles gesagt worden. Ich verweise auf meine Antwort auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Müller vom 5. Dezember 2005. Darin ist nachzulesen, dass die prognostizierten Werte durch die letzte Elbvertiefung grundsätzlich nicht erreicht werden.

Im Übrigen noch eine Klarstellung zur **Verbringung des Baggergutes**. Es gibt - auch wenn ich das in Ihren Erklärungen immer wieder lese - keinen Staatsvertrag, sondern wir haben lediglich ein Einvernehmen erteilt, und zwar nach Offenlegung aller Untersuchungsergebnisse und in enger Abstimmung mit den Naturschutzverbänden. Darum gab es von diesen auch keinen großen Protest. Es war von Anfang an klar, was und wie es dort hinkommt, und wir haben die Werte regelmäßig veröffentlicht. Es ist unsinnig, heute ein Einvernehmen zurückzuziehen, wenn wir vor Ort den Beweis dafür haben, dass es keine Beeinflussung des Nationalparks, erst recht nicht unserer Küstengewässer und der Gewässerqualität gibt. Insofern bitte ich, hier keine Märchen zu verbreiten.

Hinzu kommt, dass auf Drängen Schleswig-Holsteins die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes auf der einen und die Hamburg Port Authority auf der anderen Seite im Sommer 2005 zum ersten Mal eine Projektgruppe gebildet haben, um ein langfristiges **Sediment Management Konzept** zu erarbeiten. Die vorherige Landesregierung hat neun Jahre lang versucht, dies der Hansestadt Hamburg abzurufen. Es hat nie geklappt. Wir haben das jetzt endlich erreicht. Das ist ein Erfolg, für den uns auch die Umweltverbände loben.

(Beifall bei CDU, SPD und BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Man sollte die Kirche im Dorf lassen. 1999, Herr Matthiessen, Herr Hentschel, hat die rot-grüne Bundesregierung mit den Küstenländern die gemeinsame Plattform zur **deutschen Seehafenpolitik** und ein abgestimmtes Vorgehen verabredet. Darin ist nicht die Erarbeitung eines isolierten Hafenkonzepes enthalten, sondern man hat sich auf Bundesebene mit den Anliegern darauf geeinigt, gemeinsam zu agieren. Es würde keinen Sinn machen, jetzt einseitig von der Verabredung mit der Bundesregierung abzuweichen und etwas völlig Eigenes zu machen.

Es gibt eine **Erklärung** - diese stammt übrigens aus Ihrer Regierungszeit - der **Regierungschefs** der

**(Minister Dr. Christian von Boetticher)**

Länder Hamburg, Bremen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein zur norddeutschen Kooperation vom 17. Juni 2004. Darin wird die Elbvertiefung neben der Vertiefung der Außenweser und dem Bau des Tiefwasserhafens Wilhelmshaven ausdrücklich als Bestandteil einer gemeinsamen Politik hervorgehoben. Die Frage ist: Wo waren Sie damals eigentlich, wenn Sie heute von dieser Erklärung nichts mehr wissen wollen?

(Beifall bei der CDU)

Angesichts dessen sage ich noch einmal: Wir werden den Prozess seriös begleiten. Wir werden natürlich auf die Folgewirkungen an der Unterelbe, was Ökologie, Morphologie und Hydrologie angeht, achten. Natürlich wird auch die Frage der **Versandung der Elbhäfen** eine Rolle spielen. All das sind Themen, die wir sehr genau verfolgen werden. Da gibt es keinen Blankoscheck, sondern eine ausgewogene Politik. Zu der sind wir verpflichtet und die nehmen wir auch wahr.

(Beifall bei CDU, SPD und FDP)

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Ich danke dem Herrn Minister und erteile für einen weiteren Dreiminutenbeitrag dem Herrn Abgeordneten Detlef Matthiessen das Wort.

**Detlef Matthiessen** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Herr Minister, die **gemeinsame Erklärung** der norddeutschen Länder von damals sah als Zielvorgabe ausdrücklich die Erstellung eines gemeinsamen **Hafenkonzepts** vor. Dieses Ziel ist leider aufgegeben worden.

Im Übrigen haben Sie in Ihrer Rede selbst erklärt, dass man entscheidende Parameter zum heutigen Zeitpunkt noch nicht kennt. Ich sage Ihnen auch: Hydrologie ist eine sehr schwierige physikalische Angelegenheit. Die Prognose von Strömungen bei Wasservertiefungen ist sehr schwierig. Daher sagen wir, dass man die bisherigen Ergebnisse sehr sorgfältig prüfen muss.

Wenn Sie selber für die Regierung erklären, es fehlten hier noch wesentliche Betrachtungen, Bewertungen und Erkenntnisse, um sich ein Bild zu machen, dann wundert uns doch, dass der Wirtschaftsminister dieses Landes und offensichtlich auch eine ganze Reihe anderer Politiker des Landes und Träger der großen Koalition sich dezidiert prinzipiell für eine Elbvertiefung aussprechen.

Wir sagen, dass die **Auswirkungen der Elbvertiefung**, die wir hinter uns haben, zunächst einmal

sehr sorgfältig geprüft werden müssen, bevor wir uns auf das nächste Projekt stürzen. Wir sagen auch, dass die ökonomischen Angaben, die Sie als gegeben zugrunde legen, im Lichte eines Hafenkonzeptes für Gesamtnorddeutschland noch einmal sehr sorgfältig daraufhin geprüft werden müssen, ob eine neue Elbvertiefung überhaupt notwendig ist. Ich denke, es ist eine sehr seriöse Aufforderung an die Landesregierung, nicht vorzupreschen und sich in vorauseilendem Gehorsam gegenüber den Hamburger Partnern schon festzulegen. In diesem Lichte ist unser Antrag zu betrachten, Herr Arp. Er ist keineswegs inkompetent und ideologisch.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Natürlich ist er ideologisch!)

Ökologie - um es noch einmal deutlich zu sagen - enthält das Wort „Öko“. Dahinter stecken Haushalt und Wirtschaft.

(Lachen bei der CDU)

Ökologie ist kein Thema, das sich gegen Ökonomie richtet. Auch in diesem Sinne ist unser Antrag zu verstehen. Wir sollten uns nicht über die singuläre Betrachtung eines schiffahrtsökonomischen Problems andere, größere wirtschaftliche Probleme aufhalsen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, über den Antrag in der Sache abzustimmen. Wer dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag Drucksache 16/860 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW abgelehnt. Ich schließe damit diesen Tagesordnungspunkt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 16 auf:

**Parlamentsforum Südliche Ostsee**

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

**Drucksache 16/843**

Bekanntmachung des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages

**Drucksache 16/844**

**(Vizepräsidentin Frauke Tengler)**

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Mit dem interfraktionellen Antrag wird ein Bericht des Landtagspräsidenten in dieser Tagung erbeten. Ich erteile daher dem Landtagspräsidenten, Herrn Martin Kayenburg, das Wort.

**Martin Kayenburg, Landtagspräsident:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach den vorausgegangenen Konferenzen in Danzig, Misdroy und Binz war der Schleswig-Holsteinische Landtag im Mai zum ersten Mal Gastgeber des Parlamentsforums Südliche Ostsee. Ich freue mich, dass ich darüber aufgrund dieses Antrages berichten kann. Die Dokumentation, die von Mecklenburg-Vorpommern erstellt wird, liegt noch nicht vor, sodass wir nach Vorlage noch einmal Gelegenheit haben werden, neu über die Ergebnisse zu diskutieren.

Feststellen will ich aber, dass es innerhalb von nur drei Jahren gelungen ist, ein funktionierendes **Netzwerk** parlamentarischer Beziehungen im südlichen Ostseeraum zu realisieren. Das war auch das Ziel der Memoranden über die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Kaliningrad und Pommern.

Die Vorteile der Vernetzung von Mecklenburg-Vorpommern, Westpommern, Pommern, Kaliningrad und Schleswig-Holstein liegen in der koordinierten multilateralen **Zusammenarbeit**, die an die Stelle einer durchaus arbeits- und kostenaufwendigeren bilateralen Kontaktaufnahme getreten ist. Die Vernetzung erhöht den Wirkungsgrad der bisherigen **Parlamentsaktivitäten** in der partnerschaftlichen Zusammenarbeit bei unseren insgesamt knappen Haushaltsmitteln.

Das Thema des Kieler Forums „Der Beitrag der Länder der südlichen Ostsee zu einer europäischen Meerespolitik“ geht auf eine Initiative des Europaausschusses unseres Landtages zurück, der damit Vorstellungen und Planungen des Europaministers und der Ostseeparlamentarierkonferenz aufgegriffen hat. Einen Anfangsimpuls hatte unser Europaausschuss damit gesetzt, dass er schon im letzten Jahr eine Anhörung zu diesem Thema durchgeführt hat. Ziel war es, nach Expertenanhörungen in Stettin und in Rostock durch enge grenzüberschreitende Zusammenarbeit **regionale Interessen** zu bündeln und sie auf nationaler und europäischer Ebene besser zu Gehör zu bringen.

Mit der Schlussresolution haben wir ganz aktuell und zeitnah eine Stellungnahme zu dem **Grünbuch** der EU-Kommission über die **künftige Meerespolitik der EU** abgegeben. Mit unseren Arbeitsergeb-

nissen haben wir gemeinsame Interessenschwerpunkte für die südliche Ostseeregion formuliert. In diesem parlamentarischen Ansatz verstehen wir uns als Mittler, als Impulsgeber und als öffentliches Forum. Damit wollen wir auch unserem Parlamentsauftrag gerecht werden, Regierungshandeln kritisch und konstruktiv zu begleiten.

Richtung weisen, Vorschläge machen, Kontrolle ausüben - all das setzt Kompetenz und einen hohen Kenntnisstand voraus. Es bedeutet aber auch - das will ich durchaus anerkennend sagen - einen erheblichen Zeit- und Arbeitsaufwand für alle Beteiligten.

Ich will nicht verschweigen, dass dieser Aufwand bisweilen an die Grenze dessen gegangen ist, was wir als Landtag neben den uns nach Gesetz und Verfassung zugewiesenen Aufgaben leisten können, und dass erhebliche Kapazität in der Verwaltung gebunden wurde. Wir sehen uns also in der Praxis mit der Frage konfrontiert, ob und gegebenenfalls wie Landes- und Regionalparlamente hinreichend darauf vorbereitet sind, innerhalb unseres europäischen Mehrebenensystems weiterhin eine wahrnehmbare und nachhaltige Rolle zu spielen.

Mit dem Parlamentsforum Südliche Ostsee und den in der Schlussresolution niedergelegten Forderungen für eine integrierte Meerespolitik in der Ostseeregion haben wir - jedenfalls zu einem speziellen Thema - diese Herausforderung bestanden. Die Resonanz bei allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern ebenso wie bei den Gästen war außerordentlich positiv.

Ich freue mich auch, dass dieses wichtige Thema in Kürze ein weiteres Mal in diesem Plenarsaal innerhalb einer hochkarätigen internationalen Konferenz aufgenommen und in gewisser Weise fortgesetzt wird, nämlich in der von der **Landesregierung** im September geplanten **Regionalen Konsultationskonferenz zum Grünbuch „EU-Meerespolitik“**, zu der auch Commissioner Borg erscheinen wird. Ich danke deswegen Minister Döring, dass er dem Wunsch des Parlamentsforums gefolgt ist und dem Präsidenten des Sejms der Wojewodschaft Pommern, Herrn Professor Dr. Brunon Synak, Gelegenheit geben wird, die Ergebnisse unserer Konferenz in die Beratung der Konsultationskonferenz einzubringen. Dieses Verfahren gewährleistet nämlich, dass die wichtigen Akteure im Ostseeraum jedenfalls auf diesem Feld nicht nebeneinander, sondern miteinander arbeiten -, und zwar interparlamentarisch und mit den Regierungen.

An dieser Stelle sei mir durchaus der Hinweis gestattet: Hier geht es auch um Ökologie und Ökono-

**(Landtagspräsident Martin Kayenburg)**

mie. Ökologie heißt nämlich, reden über den Haushalt, Ökonomie heißt das Gesetz des Haushalts, der Haushaltspolitik. Diese Schwerpunkte sollten nach den Einlassungen von vorhin unterstrichen werden.

(Beifall bei CDU, SPD und FDP)

Zum Parlamentsforum Südliche Ostsee werden auch Jugendliche aus den Partnerregionen zu den jeweiligen Jahreskonferenzen eingeladen. Diese Beteiligung hat sich aus einem gemeinsamen **Jugendprojekt** zwischen Mecklenburg-Vorpommern und Westpommern entwickelt. Die Partner des Parlamentsforums Südliche Ostsee waren übereinstimmend der Auffassung, dass gemeinsame Interessen im Bereich der Jugendpolitik einen Einstieg in eine vertrauensvolle und verlässliche Partnerschaft ermöglichen.

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Auf dieser Linie liegt auch - vielleicht nehmen wir das noch gleich mit, Kollege Harms - die Beteiligung von Jugendlichen aus Kaliningrad an diesem Hospitationsprojekt.

(Beifall bei SPD und SSW)

Sie haben noch mehr Anlass, zu klatschen: Dieses Projekt gilt es fortzusetzen,

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

parallel zum Forum weiterzuentwickeln und dem jeweiligen Gastgeber die Art der Einbindung zu überlassen. Entsprechend haben wir in der Schlussresolution im vergangenen Monat formuliert:

„Das Parlamentsforum Südliche Ostsee sieht die Notwendigkeit, den für die Meerespolitik herausgearbeiteten integrierten Politikansatz auch auf den Bereich der Jugendpolitik zu übertragen und eine integrierte Jugendpolitik für die Ostseeregion zu entwickeln.“

Also eine Aufgabe für das Forum. Die konzeptionelle Weiterentwicklung des Leitgedankens einer integrierten Jugendpolitik haben wir einer interparlamentarischen Arbeitsgruppe übertragen.

Schon auf dem 3. Parlamentsforum im vergangenen Jahr wurde eine Absichtserklärung abgegeben, erstens gemeinsame interregionale Projekte im Rahmen des Aktionsprogramms „Jugend in Aktion“ zu initiieren, zweitens Jugendliche so weit wie möglich an politischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen und drittens Hospitationsprogramme von

Jugendlichen bei den Abgeordneten der Parlamente des Forums Südliche Ostsee anzubieten.

Das **Ostseejugendsekretariat** hat zum ersten Komplex gemeinsam mit den Partnerparlamenten das Projekt „Jugend, Region und Parlament“ entwickelt und zur Kofinanzierung bei der EU-Kommission eingereicht. Dank der vollständigen Übernahme der operativen Kosten durch die EU konnte jeweils 40 Jugendlichen eine kostenfreie Teilnahme an den Parlamentsforen in Binz und in Kiel sowie 12 Jugendlichen eine kostenlose einwöchige Hospitation in ihrem Heimat- und einem anderen Gastparlament ermöglicht werden. Dabei sind - auch das will ich nicht verschweigen - die Kosten in der Verwaltung und bei den Landtagen nicht berücksichtigt.

Das Projekt ist auf dem 4. Parlamentsforum Südliche Ostsee in Kiel abgeschlossen und im Grundsatz von allen Partnern begrüßt worden. Im Interesse aller Beteiligten sollten deswegen der Bildungsausschuss und Europaausschuss das Projekt gemeinsam mit den Jugendlichen evaluieren und die gewonnenen Erkenntnisse für mögliche Folgeprojekte aufbereiten.

In einem Jugendworkshop in Kiel sind - soweit mir bekannt - bereits einige Vorschläge gemacht worden. Erstens. Die Jugendlichen regen an, zukünftig vor Antritt der Hospitation eine Einführung in die Kultur des Gastlandes zu erhalten. Da ist natürlich die Frage zu stellen, wer das vermittelt.

Zweitens. Programmpunkte sollten bei den Hospitationen weitgehend identisch sein, um die regionalen Strukturen, Abläufe und Entscheidungsprozesse besser vergleichen zu können.

Drittens. Für die Hospitationen sollten immer neue Jugendliche ausgewählt werden, um möglichst viele junge Menschen zu beteiligen.

Viertens. Im Sinne der Netzwerkbildung sollten die bisherigen Hospitanten die neuen Teilnehmer unterstützen.

Zu dieser vierten Forderung will ich mir eine Anmerkung gestatten, denn da ist über die Kostenfrage und das Anwachsen der Zahl der Beteiligten noch zu diskutieren und die Organisationsverantwortung dieser Treffen kritisch zu hinterfragen. Ich unterstütze aber die ersten drei Vorschläge ohne jegliche Einschränkung und füge aus meiner Sicht zwei weitere Anregungen hinzu.

Erstens. Die Auswahl der Teilnehmer am Hospitationsprogramm sollte in einem nachvollziehbaren Verfahren erfolgen.

**(Landtagspräsident Martin Kayenburg)**

Zweitens. Die Jugendlichen sollten nicht in einem formalen Sinne an politischen Entscheidungsprozessen teilhaben. Dazu fehlt schlicht die Legitimationsbasis. Diese ist nach meiner Auffassung aber notwendig, wenn die Beschlüsse des Parlamentsforums als parlamentarisch legitimierte Willensbekundung ihre Wirkung erzielen sollen.

Die Jugendlichen sollten aber an den Parlamentsforen wie bisher als Gäste beteiligt werden und weiterhin auch mitdiskutieren können. Sie sind aber nicht abstimmungsberechtigt - da bin ich mir im Übrigen mit anderen Parlamentspräsidenten einig -, auch nicht hinsichtlich allfälliger Resolutionen. Der Status der Jugendlichen - so mein Eindruck - verlangt diese Klarstellung.

Der Europaausschuss hat sich in seiner letzten Sitzung mehrheitlich dafür ausgesprochen, der Schleswig-Holsteinische Landtag möge als Partner an einem Folgeprojekt mitwirken, wobei eine Kostenübernahme durch den Schleswig-Holsteinischen Landtag nicht vorgesehen ist. Ich begrüße diese Entscheidung, zumal sie die Weichen für eine weitere Professionalisierung des **Jugendprojektes** stellt. Ein solcher Prozess dürfte allerdings kaum aus eigener Kraft der Jugendlichen zu leisten sein. Insofern habe ich mit meiner Unterschrift die Antragstellung des SCHIFF-Institutes für ein Folgeprojekt im Rahmen des EU-Programms „Jugend für Europa“ unterstützt.

(Vereinzelter Beifall)

Ich wünsche dem jetzt eigenverantwortlich zu organisierenden Vorhaben den entsprechenden Erfolg. Ich schlage vor, dass wir den Bericht über den Bildungsausschuss hinaus, weil es sich auch um Meerespolitik, Eutrophierung und Ähnliches handelt, auch dem Umweltausschuss und dem Wirtschaftsausschuss zur weiteren Beratung überweisen.

(Beifall im ganzen Haus)

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Ich danke dem Herrn Landtagspräsidenten für seinen umfassenden Bericht und eröffne die Aussprache. Ich erteile Herrn Abgeordneten Manfred Ritzek das Wort.

**Manfred Ritzek [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Landtagspräsident hat umfassend zu dem Parlamentsforum Südliche Ostsee gesprochen, auch mit einigen analytischen Anmerkungen besonders zur Jugendarbeit. Ich möchte das ein bisschen ergänzen und nicht konkret auf die **Resolution** eingehen,

denn die kennen Sie ja alle, sie liegt Ihnen vor, Sie hatten die Chance, sie zu lesen.

Ich beginne mit einer Information, die für Sie vielleicht von Interesse ist, auch das wissen Sie sicherlich. Finnland übernimmt am Samstag, dem 1. Juli 2006, die EU-Ratspräsidentschaft. Damit haben wir wieder einen Ostseeanrainerstaat, der für das nächste halbe Jahr die Geschicke der Europäischen Union in die Hand nimmt. Dann folgt Deutschland. Vielleicht inspiriert uns das im Parlamentsforum Südliche Ostsee, auch wenn Finnland nicht unbedingt dazugehört.

Herr Kayenburg, Sie sprachen davon, dass das Parlamentsforum Südliche Ostsee drei Jahre besteht. Ich habe mir als Datum aufgeschrieben, dass am 27. April 2004 in Danzig das Parlamentsforum Südliche Ostsee als **interregionales Netzwerk** der Landtage von Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern sowie der Sejmiiks von Pommern und Westpommern gegründet wurde. Absicht war und ist, die bestehenden bilateralen Partnerschaften in ein multilaterales Netzwerk zu überführen.

Zwischenzeitlich sind auch die schwedische Region Schonen und die russische Enklave Kaliningrad als Partner des Parlamentsforums dazugekommen.

Die wesentlichen Zielsetzungen des Parlamentsforums Südliche Ostsee seien kurz erwähnt: Erstens Stärkung der **parlamentarischen Zusammenarbeit** im südlichen Ostseeraum durch gemeinsame Initiativen in den Schwerpunktbereichen Jugendpolitik, europäische Strukturpolitik und Tourismusentwicklung, Bildungspolitik und maritime Wirtschaft. Zweitens die Entwicklung politischer Strategien im Hinblick auf eine **gemeinsame Interessenvertretung** bei den Institutionen der Europäischen Union und drittens Festigung des politischen, gesellschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen **Zusammenhalts in der Region**.

Das Parlamentsforum Südliche Ostsee versteht sich mit der begrenzten Zahl von Partnern als regionaler Unterbau der Ostseeparlamentarierkonferenz. In der **Ostseeparlamentarierkonferenz** arbeiten alle nationalen, Landes- und Regionalparlamente des Ostseeraums gleichberechtigt zusammen.

Unser Thema im diesjährigen Parlamentsforum war „Integrierte Meerespolitik“, wie wir es in Binz im letzten Jahr festgelegt haben, um die regionalen Interessen der Mitglieder des Forums zu bündeln.

Lassen Sie mich versuchen, einmal kurz Anspruch und Wirklichkeit der gestellten Aufgaben mit den Zielen zu vergleichen. Es musste in Kiel erreicht

(Manfred Ritzek)

werden, dass bei einer integrierten maritimen Politik der Europäischen Union eine gemeinsame Position des Parlamentsforums Südliche Ostsee mit konkreten Anregungen, Forderungen, Ergänzungen erstellt, formuliert und in die EU-Politik eingebracht wird. Dabei sollte insbesondere auch ein konkreter Bezug zu Schwerpunktthemen der im **Grünbuch** der Europäischen Union ausgewiesenen Felder der **Meerespolitik** gewonnen werden.

Das ist - Sie alle konnten das in der Resolution lesen - nach meiner Meinung sehr gut gelöst werden. Wir haben auf dem Forum im Mai ein sehr gutes Ergebnis erzielt.

(Vereinzelter Beifall)

Im Vergleich zu den vorigen Foren ist aus meiner Sicht festzustellen, dass sich die Qualität der Teilnehmer bezüglich Kompetenz und Beiträge zu konkreten Sachverhalten und Fragen enorm gesteigert hat. Das liegt sicherlich auch daran, dass bereits vorbereitende Fachtreffen zu dem Thema „Integrierte Meerespolitik“ stattgefunden haben, dass aber auch die Zusammensetzung der nationalen und internationalen Teilnehmer außerhalb der Parlamente ein Beweis dafür ist, dass die Inhalte des Parlamentsforums Südliche Ostsee immer mehr Fachinteresse finden.

Zu jeder Konferenz gehört auch die **Jugendpolitik**. Sie soll und wird ein ständiger Inhalt bei den folgenden Parlamentsforen sein mit neuen, weiterführenden regionalen und auch überregionalen Themen. Die dargestellten Hospitationen waren ein guter Beweis für das Engagement der Jugendlichen, das hoffentlich eine Multiplikatorwirkung für andere Jugendliche haben wird.

Das fünfte Parlamentsforum Südliche Ostsee wird in der Wojewodschaft Pommern zum Thema „Tradition und Innovation im Ostseeraum“ stattfinden. Deshalb dürfen wir aber jetzt das Meeresthema ebenso wenig zu den Akten legen wie auch die anderen in den vorhergehenden Foren behandelten Themen. Wir dürfen den Prozess zur Mitgestaltung unserer Arbeitsbereiche in der **südlichen Ostseeregion** nicht abbrechen lassen. Dazu gehört übrigens auch die Überprüfung und eventuell Korrektur unserer Maßnahmen, also eine Evaluierung.

Lassen Sie uns diesen erfolgreichen Weg weitergehen!

(Beifall im ganzen Haus)

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Ich danke Herrn Abgeordneten Manfred Ritzek und erteile für die SPD-Fraktion der Frau Abgeordneten Astrid Höfs das Wort.

**Astrid Höfs [SPD]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Parlamentsforum Südliche Ostsee hat sich in den letzten Jahren zu einer festen Einheit in der Parlamentsarbeit des Schleswig-Holsteinischen Landtages entwickelt. Zu den **Partnerparlamenten** gehören neben Schleswig-Holstein der Landtag Mecklenburg-Vorpommern, die Wojewodschaft Westpommern und Pommern und unsere Partnerregion Kaliningrad und die Region Skåne. Wir befassen uns jährlich in wiederkehrenden Tagungen mit wechselnden Themen, die alle Regionen für ihre Arbeit von Bedeutung empfinden.

In diesem Jahr vereinte die integrierte Meerespolitik die Regionen, um eine gemeinsame Stellungnahme zum **Grünbuch Meerespolitik der EU** zu erarbeiten und um deutlich zu machen, dass gerade hier im Bereich der südlichen Ostsee bereits aktive integrierte Meerespolitik betrieben wird.

Der Europaausschuss ist bereits im Mai 2005 - der Präsident hat darauf hingewiesen - in das Thema eingestiegen und hat eine Anhörung zur Meerespolitik durchgeführt. Die Arbeitsgruppe des Parlamentsforums hat durch die Anhörung internationaler Fachleute verschiedener Bereiche in Stettin und Warnemünde ihr Fachwissen erweitert.

Unsere Partnerregionen haben sich sehr engagiert eingebracht und es wurde meiner Meinung nach sehr deutlich, dass die Partnerregionen die Bedeutung des Themas integrierte Meerespolitik für sich und ihre **Regionen** erkannt haben. Das finde ich bemerkenswert und es ist sehr wichtig, was in all den Themen zur Meerespolitik behandelt wird, sei es die Hafen- oder Schiffssicherheit, die Meeresumwelt oder die Meereswirtschaft. Auch in Bezug auf die Ausbildung der maritimen Berufe haben wir noch einiges zu diskutieren und auf den Weg zu bringen. Das muss weiter ins Bewusstsein gerückt werden.

Unsere gemeinsamen Ergebnisse sind dann bereits sehr frühzeitig an den zuständigen EU-Kommissar Dr. Borg überbracht worden. Als der Europaausschuss im April dieses Jahres in Brüssel war und dort Gespräche geführt hat, war den Gesprächen sehr deutlich zu entnehmen, dass unsere Aktivitäten dort bekannt sind und nicht unbemerkt blieben.

(Astrid Höfs)

Inzwischen wurde das Grünbuch Meerespolitik vorgelegt und eine Delegation des Arbeitskreises Europa der SPD-Landtagsfraktion hatte Gelegenheit, an der ersten Konferenz im Juni in Brüssel teilzunehmen.

Herr Haitze Siemers von der Maritimen Task Force in Brüssel, der auch an unserem Parlamentsforum in Kiel teilgenommen hat, lobte unsere Zusammenarbeit im Parlamentsforum Südliche Ostsee ganz besonders. Diese Zusammenarbeit sei einmalig und als wegweisend zu bezeichnen - sagte er -, und zwar auch deshalb, weil bei uns die **Jugendpolitik** einfließt und wir Jugendliche beteiligen.

Ein wesentlicher Bestandteil dieser Begegnungen ist die Jugendpolitik - das wurde bereits angesprochen -, wie es im Landtag laut Vorlage aus Misdroy beschlossen wurde. Seit dem Parlamentsforum 2005 in Mecklenburg-Vorpommern bis zur diesjährigen Tagung wurde ein Projekt durchgeführt, an dem sich mehrere Abgeordnete beteiligt haben. Ich habe mich selbst eingebracht und mit den Hospitanten mehrere Termine im Wahlkreis wahrgenommen. Ich habe Themen gewählt, die sie meiner Meinung nach interessieren könnten. Ich nenne beispielhaft die Themen Ganztagschule, Kreisberufsschule, Jugendhaus oder Kindertagesstätte.

Die Beteiligung der jungen Menschen ist in den Regionen unterschiedlich geregelt worden; auch das ist bereits angesprochen worden. Bei uns in Schleswig-Holstein hat der **Landesjugendring** die Teilnehmer delegiert. In Mecklenburg-Vorpommern hat der Landtag darüber beschlossen, wer teilnehmen durfte. Und in einer polnischen Region musste man sich die Teilnahme in einem Aufsatzwettbewerb erwerben; ich finde, das ist eine ganz interessante Variante.

Für die jungen Menschen entstehen über das Lernen voneinander und über einander wichtige menschliche Kontakte für zukünftige Begegnungen, für zukünftige Arbeitsprojekte und natürlich für gemeinsame politische Aktivitäten. Aus dem **Hospitationsprojekt** heraus wird sich zum Beispiel eine Schulpartnerschaft mit einer Schule aus Kaliningrad entwickeln. Und eine Teilnehmerin aus Danzig wurde dazu genutzt, für eine Einrichtung aus Bad Segeberg einen Kontakt zu einer Organisation in Danzig herzustellen, um ein europäisches Projekt auf den Weg zu bringen. Daran wird sich übrigens auch eine Einrichtung aus Dänemark beteiligen. Ich denke, das ist es, was wir eigentlich möchten.

(Beifall bei der SPD)

Für unsere Haushälter ist es sicherlich wichtig, dass hierfür keine extra Haushaltsmittel eingestellt wer-

den mussten. Ich meine, dieses Hospitationsprojekt ist sehr erfolgreich verlaufen und sollte deshalb auch in Folgeprojekte münden. Die Partnerregionen haben sich deutlich erklärt und Herr Kayenburg hat schon angekündigt, dass er unterschrieben hat. Das finde ich schön und ich bedanke mich bei ihm dafür. Über die verschiedenen Modalitäten werden wir im Ausschuss und vielleicht auch hier im Landtag diskutieren müssen.

Ich meine, wir müssen den jungen Menschen rechtzeitig Einblicke in die Arbeit der Parlamente, der Ausschüsse, der Fraktionen und auch der Abgeordneten geben. Denn das ist es, was wir eigentlich brauchen: Sie sollen rechtzeitig an Politik herangeführt werden, damit sie sich letztendlich für Politik interessieren und die Arbeit irgendwann weiterführen, die wir gerade machen.

Ich bitte um Überweisung an den Ausschuss und hoffe auf eine weiterhin gute Zusammenarbeit.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Ich danke der Frau Abgeordneten Astrid Höfs und erteile für die FDP-Fraktion dem Herrn Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug das Wort.

**Dr. Ekkehard Klug [FDP]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das Parlamentsforum Südliche Ostsee, das wir hier im Parlament durchgeführt haben, war - so denke ich - ein ordentlicher Erfolg und man hörte von Teilnehmern, dass sie mit der Substanz der Ergebnisse im Gegensatz zu denen aus vorausgehenden Veranstaltungen beeindruckt waren.

Wir haben es gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussionen über die Entwicklung einer neuen **integrierten EU-Meerespolitik** möglich gemacht, von unten heraus aus den parlamentarischen Institutionen auf der regionalen beziehungsweise Landesebene im Bereich der **südlichen Ostsee** Einfluss zu nehmen und uns Gehör zu verschaffen. Das mag für die Zukunft hilfreich sein.

An einem Punkt muss man allerdings eine kleine Träne vergießen: Wir wissen, dass wir mit dieser Diskussion über die neue integrierte EU-Meerespolitik ein bisschen zu spät kommen, um mit allfälligen Konsequenzen auf die Gestaltung der großen **EU-Programme** Einfluss zu nehmen. Diese werden im Moment für den Zeitraum 2007 bis 2013 hinsichtlich der inhaltlichen Ausfüllung neu strukturiert und auch die Europaabgeordneten, die bei unserer Veranstaltung anwesend waren, haben ge-

(Dr. Ekkehard Klug)

sagt, dass es jetzt im Grunde genommen ein bisschen spät ist, um noch Einfluss auszuüben. Wenn die EU ihre Meerespolitik definiert hat, müssen wir versuchen, uns irgendwie in die bestehenden Programme einzuklinken. Es wäre schöner gewesen, wenn wir von vornherein bestimmte Teilsegmente für Zwecke der Meerespolitik hätten belegen können; ich nenne beispielhaft die Meeresforschung oder Ziele aus dem Umweltbereich. Das ist nicht gelungen.

Ansonsten haben wir auf dem Forum viele interessante Beiträge und Dinge gehört, die wir für die weitere politische Diskussion verwenden können. Ich kann mir die Anmerkung nicht verkneifen, dass etwa der Vortrag des Wissenschaftlers vom Institut für Weltwirtschaft sehr eindrucksvoll war. Denn er hat deutlich gemacht, dass die Nutzung des **Verkehrswege** in der Ostsee entscheidend - mir war es schon immer klar, aber vielleicht dem einen oder anderen Kollegen hier im Hause nicht; ich schaue den Kollegen Hentschel an - von der jeweiligen Hinterlandanbindung - unter anderem von der Autobahnanbindung, die noch geschaffen werden müsste - abhängt. An der Stelle des Parlamentsforums, Kollege Hentschel, habe ich gehofft, dass Sie sehr gut zugehört haben.

Wir haben noch einen Punkt anzusprechen. Es hat in der Endphase im Zusammenhang mit der Einigung und dem Votum über die **Abschlussresolution** in der schleswig-holsteinischen Delegation ein bisschen Gewusel und Unruhe gegeben. Ich sage es einmal ganz neutral: Wir müssten uns darüber unterhalten, wie das Prozedere und das Abstimmungsverfahren hier im Landtag in Bezug auf solche Resolutionentwürfe aussieht. Schließlich muss ein Votum für das Parlament insgesamt abgegeben werden. Es kann weder so sein, dass einmal per Zufall die Vorsitzende des Europaausschusses im Alleingang sagt, wie die Position des Landtages ist, noch kann dies der hoch verehrungswürdige Herr Landtagspräsident im Alleingang machen. Wir müssen also in irgendeiner Weise - -

(Zuruf von der SPD: Wir haben einen Ausschuss!)

- Ja, natürlich haben wir einen Ausschuss. Aber es muss ein Prozedere geben, mit dem wir uns im Zweifelsfall per Mehrheitsvotum als Parlament eine Meinung bilden können, so schwierig das auch sein mag.

(Beifall bei der FDP)

Dies sage ich ohne Kritik an den einen oder anderen. Hieran müssen wir noch etwas arbeiten. Denn

ich habe gesehen, dass es auf einmal erhebliche Unruhe auch auf unserer Seite gegeben hat.

Letzte Anmerkung! Ich finde es gut, dass wir uns mit diesem **Jugendprojekt** auch **Nichtregierungsorganisationen** geöffnet haben. Ich bin sehr dafür, dass wir in diesem Sinne weitermarschieren. Allerdings teile ich auch die Ansicht des Landtagspräsidenten 100-prozentig: Es muss klar sein, dass hier eine Veranstaltung der Parlamente stattfindet und das muss sich zum Beispiel auch im Stimmrecht niederschlagen. Das muss nach meinem Dafürhalten wirklich klar sein.

Vielleicht ist das Modell des Einbeziehens von Nichtregierungsorganisationen auch noch bei dem einen oder anderen Thema, das in Zukunft stattfinden könnte, auch auszuweiten auf andere Bereiche, also wenn es um Umweltthemen geht, um spezielle Verbände aus dem Bereich Umwelt- und Naturschutz oder bei kulturpolitischen Themen Nichtregierungsorganisationen aus der Kulturszene. Auch darüber sollte man fallweise, je nach dem anstehenden Thema, noch einmal sprechen. Alles Weitere wird im Europaausschuss zu beraten sein.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei CDU und SPD)

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Dr. Klug und erteile das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Herrn Abgeordneten Karl-Martin Hentschel.

**Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Angesichts der Zeit möchte ich kurz auf vier Punkte eingehen, erstens auf die eben von Herrn Dr. Klug zitierte Rede vor dem Institut für Weltwirtschaft. Ich habe die Rede im Original nachgelesen. Er hat sehr interessante Ausführungen gemacht. Er hat gesagt, 92 % aller Verkehre erfolgen auf dem Meer, und entscheidend ist für die Meerestransporte die **Anbindung der Häfen** an das Hinterland durch Autobahn und Eisenbahn. Sinnlos ist es, wenn man from road to sea will, Autobahnen und Eisenbahnen parallel zur Küste zur bauen. Es kommt auf die Hinterlandanbindung an. Ich glaube, das ist auch interessant für andere Kollegen, das einmal nachzulesen.

Zweitens kommen wir zum Grünbuch. Das **Grünbuch Meerespolitik** liegt mittlerweile vor. Insofern ist es gut, dass wir das jetzt weiter diskutieren. Es

**(Karl-Martin Hentschel)**

wird in Reykjavík auf der **Ostseeparlamentarierkonferenz** die Möglichkeit sein, dazu eine Stellungnahme abzugeben. Ich fand, das war ein guter Beginn, auch wenn ich aus anderen Gründen nicht gantztägig teilnehmen konnte. Ich fände es gut, wenn wir hier im Parlament in dem Sinne, wie Herr Klug das geschildert hat, in einem Abstimmungsprozess im Vorwege zu einer Position kommen würden, damit wir zum Grünbuch einen konkreten Impuls nach Brüssel geben können. Solche Konferenzen müssen ja den Sinn haben, dass dann auch tatsächlich Ergebnisse nach Brüssel kommuniziert werden. Sie sollen kein Selbstzweck sein. So habe ich auch den Präsidenten verstanden, dass er sagt, wenn solche Konferenzen stattfinden, müssen sie einen Sinn haben, sonst lohnt sich die Geldausgabe nicht. Da bin ich auch auf Ihrer Seite.

Bezüglich der Jugend sehe ich das ähnlich wie die Ausschussvorsitzende. Ich glaube, es ist ein sinnvolles Projekt und gratuliere, dass Sie sich durchsetzen konnten. Ich finde es sinnvoll, dass man das unter bestimmte Rahmenbedingungen stellt. Dass sie genannt worden sind, finde ich auch sinnvoll. Grundsätzlich finde ich, dass eine solche **Einbeziehung von Jugendlichen**, wodurch diese Dinge an weitere Personen transportiert werden, ein ausgesprochen guter Prozess ist, insbesondere wenn es sich herausstellt, wie wir im Ausschuss diskutiert haben, dass man zu einer sehr kostengünstigen Lösung kommen kann. Das ist dann umso besser.

Zum Schluss die Diskussion über die Frage, wie das **Parlament zu Abstimmungsprozessen** kommt, die Herr Dr. Klug hier angestoßen hat. Wir haben vereinbart, darüber noch einmal im Ältestenrat zu reden, wie man in Zukunft mit Ausschussreisen und Parlamentstätigkeiten umgehen sollte. Insofern will ich dazu nicht weiter Stellung nehmen. Ich glaube aber, dass es richtig ist, und ich möchte das als Vertreter einer der kleinen Fraktionen hier im Landtag angesichts der Lage einer großen Koalition ganz deutlich sagen. Ich habe natürlich den Anspruch, wenn das Parlament als Ganzes im Ausland oder auch in Schleswig-Holstein tätig wird, seien es Ausschüsse oder Delegationen und so weiter, dass dann auch die Voten der kleinen Fraktionen in angemessener Weise einbezogen werden. Ich hoffe, dass wir da zu einer vernünftigen Lösung kommen, denn sonst ist das unbefriedigend.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Karl-Martin Hentschel und erteile das Wort für den SSW der Frau Abgeordneten Anke Spoorendonk.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß, den letzten beißen die Hunde, aber ich habe ein paar grundsätzliche Anmerkungen, die ich gern loswerden möchte. Ich finde, es ist gut, dass wir mit dem Bericht des Landtagspräsidenten die Gelegenheit erhalten, hier das Thema Parlamentspartnerschaften anzusprechen. Leider ist es häufig so, dass diese Aspekte unserer Landtagsarbeit eher unter „ferner liefen“ wahrgenommen werden, als etwas für Liebhaber, womit kein Blumentopf zu gewinnen ist. Dabei, liebe Kolleginnen und Kollegen, wird genau umgekehrt ein Schuh daraus, denn die Gründung von Parlamentspartnerschaften gehört aus meiner Sicht wirklich eindeutig zu den Kernaufgaben eines modernen Landesparlaments,

(Beifall bei SSW und SPD)

vorausgesetzt, wir sind gewillt, die von uns geschlossenen Partnerschaften auch wirklich mit Leben zu erfüllen.

Das Parlamentsforum Südliche Ostsee ist somit viel mehr als eine Plattform für den Gedankenaustausch von Politikern so in etwa nach dem Motto „schön, dass wir mal darüber geredet haben“. Die beteiligten Landtage von Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern wollten gemeinsam mit den Sejmiks von Pommern und Westpommern ein **interregionales Netzwerk** gründen, unter anderem mit dem Ziel, den politischen, gesellschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhalt in der Region zu festigen. Das heißt, dass diese Zusammenarbeit, ostseepolitisch betrachtet - der Kollege Ritzeck sprach es auch schon an -, in den Kontext der **Ostseeparlamentarierkonferenz** und der **Konferenz der Ostsee-Subregionen** gehört. Dadurch erhält das neue Netzwerk des Parlamentsforums eine besondere Dynamik, die, richtig genutzt, dazu führen wird, dass die regionale Ebene in der **Ostseezusammenarbeit** insgesamt gestärkt wird.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der SPD)

Aus Sicht des SSW bedeutet dies, dass der Schleswig-Holsteinische Landtag ein großes Interesse daran haben sollte, weiterhin zu den Spielführern in der Ostseezusammenarbeit zu gehören.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei SPD und FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sage dies auch so deutlich, weil ich in letzter Zeit mehrfach gehört habe, dass auch die **Ostseekeoperation** bei der **Regierung** eigentlich in guten Händen liege. Das mag so sein, als Parlament haben wir aber an-

**(Anke Spoorendonk)**

dere Stärken, und da bin ich dann wieder bei den Kernaufgaben unseres Landtages.

Als das Parlamentsforum vom 21. bis zum 23. Mai 2006 hier im Landeshaus tagte, ging es um die integrierte Meerespolitik, ein Thema, das nicht nur für uns in Schleswig-Holstein, sondern für alle Ostseeanrainer von zentraler Bedeutung ist. Darum ist es folgerichtig, dass die Problemstellungen heruntergebrochen werden auf Ebenen, die die Menschen vor Ort direkt betreffen. Zu den Inhalten werde ich jetzt nichts mehr sagen, dazu ist aus dem Bericht des Landtagspräsidenten schon genug hervorgegangen. Die Beratungen laufen aber weiter, nicht zuletzt über den Europaausschuss, und das ist auch gut so.

Folgerichtig, sowohl in der Betrachtung von **Netzwerken** und regionaler Zusammenarbeit wie auch thematisch, ist aber auch, dass das Parlamentsforum eine **jugendpolitische Komponente** enthält. Das Hospitationsprojekt und der Jugendworkshop im Rahmen des Vorhabens waren ein Erfolg, worauf wir in Schleswig-Holstein auch ein bisschen stolz sein dürfen, weil die Initiative meines Wissens von dem hier in Kiel ansässigen **Ostseejugendsekretariat** ausgegangen ist.

(Beifall beim SSW)

Das Erfolgreiche an dem Projekt besteht aus Sicht des SSW aber nicht darin, dass jungen Menschen die Gelegenheit geboten wurde, sich kennen zu lernen und auszutauschen. Die Pointe ist eher, dass wir es mit den Entscheidungsträgern von morgen zu tun haben. Wenn wir es mit einer vertieften interregionalen Verständigung im Ostseeraum und in der Region Südliche Ostsee ernst meinen, dann geht kein Weg daran vorbei, die junge Generation einzubinden.

Ich sage dies so deutlich, weil es bei der Verabschiedung der **Resolution** eine Debatte gab, die aus meiner Sicht nicht ganz konstruktiv war. Vor dem Hintergrund dieser Debatte wäre es wünschenswert gewesen, wenn wir aus Schleswig-Holstein die Gelegenheit gehabt hätten, unsere Position intern besser abzustimmen. Aber das ist nun wirklich Schnee von gestern. Darum ist es gut, dass sich der Europaausschuss mit einem konkreten Vorschlag zur Weiterentwicklung des genannten Jugendprojekts befassen kann und dass es dann einen Vorschlag gibt, der Hand und Fuß hat.

Ich bedanke mich ausdrücklich beim Herrn Landtagspräsidenten für seinen Bericht, ich bedanke mich aber auch beim Präsidenten und der Landtagsverwaltung für die hervorragende Vorbereitung dieses Parlamentsforums.

(Beifall)

Wer sich ein bisschen damit befasst, weiß auch, dass so etwas nicht von ungefähr kommt. Darum bin ich dem Landtagspräsidenten dankbar dafür, dass er das ansprach. Für die Begleitung in diesem für das Profil des Landtages so wichtigen Politikbereich müssen wir, wenn wir das weiter wollen, diese Ressourcen zur Verfügung stellen.

(Beifall)

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Zu einem Dreiminutenbeitrag erteile ich dem Herrn Landtagspräsidenten das Wort.

**Martin Kayenburg, Landtagspräsident:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal will ich mich bei allen für die konstruktiven Stellungnahmen bedanken, die hier erfolgt sind. Ich glaube, wir haben damit eine gute Basis, um weiter zu diskutieren. Dies als Erstes.

Zweitens. Lieber Kollege Ritzek, Sie haben natürlich völlig Recht: Danzig liegt zwei Jahre zurück. Ich hatte aber gesagt, dass es gelungen sei, innerhalb von drei Jahren - um bei der maritimen Sprache zu bleiben - ein erfolgreiches Netzwerk aufzubauen. Das Projekt wurde im April 2003 in Hohwacht auf Kiel gelegt und Sie waren dabei.

Drittens. Ich halte den Vorschlag von Herrn Dr. Klug für ganz wichtig, NGOs weiterhin zu beteiligen. Damit wird auch deutlich, dass die Jugendlichen, die wir einbinden wollen, auch NGOs vertreten.

Viertens. Ich bin dankbar, dass wir das Projekt in dieser Unabhängigkeit weiterentwickeln können. Ich bin gern bereit, nicht nur im Europaausschuss, sondern auch in den anderen Ausschüssen dazu auch im Detail Stellung zu nehmen.

(Beifall im ganzen Haus)

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Ich stelle zunächst fest, dass der Berichts Antrag Drucksache 16/843 durch den Bericht des Landtagspräsidenten seine Erledigung gefunden hat.

Es ist beantragt worden, den mündlichen Bericht des Landtagspräsidenten zur abschließenden Beratung federführend dem Europaausschuss und mitberatend dem Bildungsausschuss, dem Wirtschaftsausschuss und dem Umwelt- und Agrarausschuss

**(Vizepräsidentin Frauke Tengler)**

zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Es ist so beschlossen.

Erlauben Sie mir noch eine geschäftsleitende Bemerkung. Die Fraktionen haben sich darauf geeinigt, die Vorlage unter Tagesordnungspunkt 50 dem Ausschuss ohne Aussprache zu überweisen.

Ich rufe somit nunmehr Tagesordnungspunkt 50 auf:

**Auswirkung des Aufstellungsgebotes auf die Geflügelwirtschaft in Schleswig-Holstein**

Bericht der Landesregierung  
[Drucksache 16/831](#)

Wer für die Überweisung an den Umwelt- und Agrarausschuss ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Es ist so beschlossen.

Damit sind wir am Schluss der heutigen Sitzung. Ich unterbreche die Tagung. Wir treffen uns morgen um 10 Uhr hier im Plenum wieder.

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluss: 18:03 Uhr**